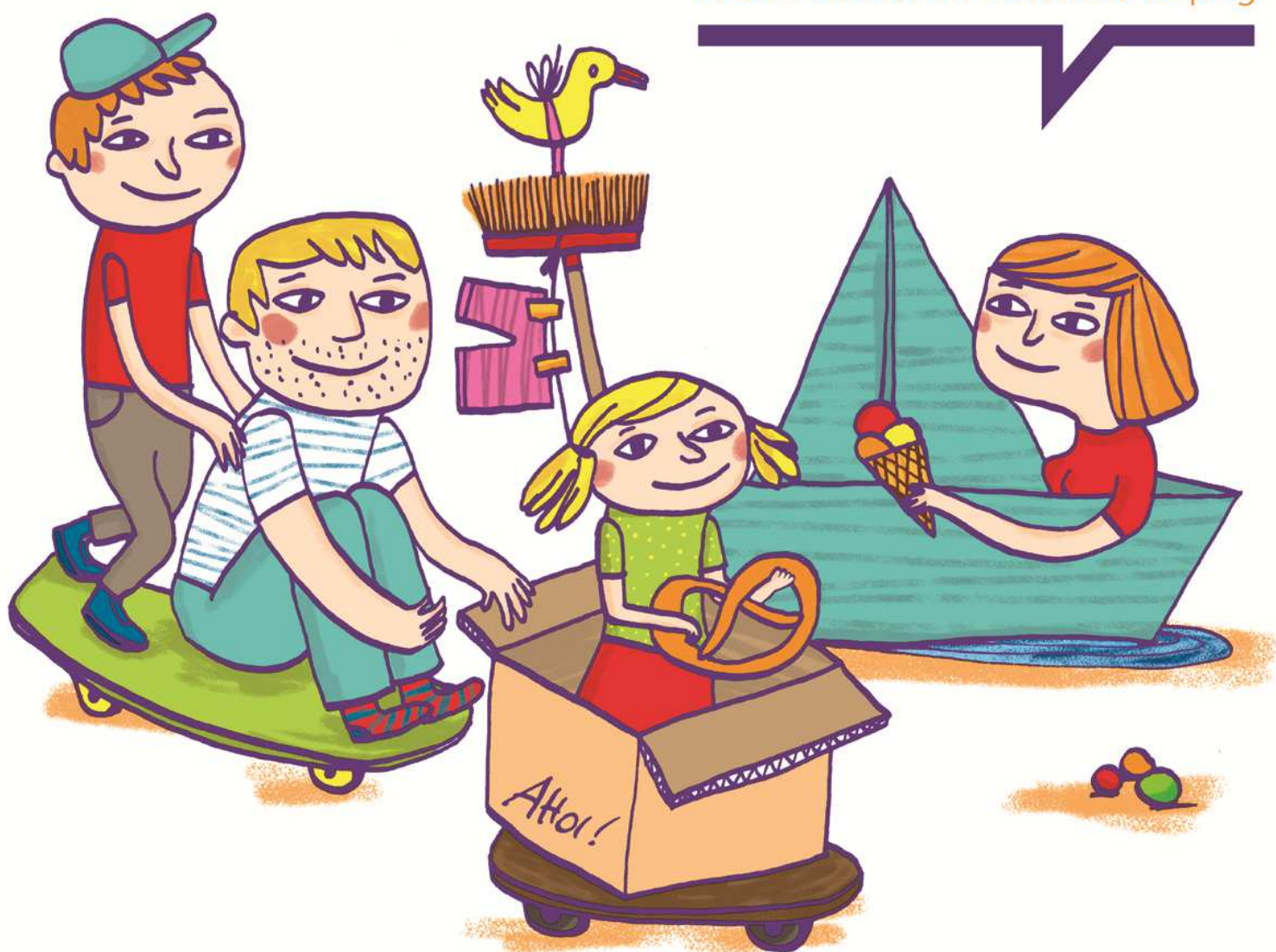


# HANDBUCH

für Kinderschutz im Landkreis Leipzig

Netzwerk für Kinderschutz und  
Frühe Hilfen im Landkreis Leipzig



Bundesinitiative  
Frühe Hilfen

Landkreis  Leipzig

# Vorwort



Wir alle wünschen Kindern ein Umfeld, das sie wertschätzt und verlässlich begleitet. In Ihrer täglichen Arbeit erleben Sie, dass dies aus vielerlei Gründen oft nicht gelingt. Sie sind vor Ort, im direkten Kontakt mit Kindern und Jugendlichen in belastenden Lebenssituationen und übernehmen beruflich oder ehrenamtlich große Verantwortung zum Schutz unserer Jüngsten. Dafür möchte ich Ihnen herzlich danken.

Wir alle gemeinsam haben es uns zu Aufgabe gemacht, Kindern ein gedeihliches Aufwachsen zu sichern. Das **Handbuch für Kinderschutz im Landkreis Leipzig** soll Sie dabei ganz konkret in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Die Frage, ob ein Kind in seiner Lebenssituation sicher und geschützt oder in Gefahr ist, kann durch kein Gesetz und kein Handbuch abschließend beantwortet werden. Das Handbuch kann Sie und alle andern am Kinderschutz beteiligten Professionen aber in ihrer täglichen Arbeit begleiten und Ihnen bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung Handlungssicherheit bieten. Es kann helfen, drohende Konflikte und Risiken zu erkennen um möglichst frühzeitig in diese Prozesse eingreifen zu können und damit zu verhindern, dass sich problematische Strukturen verfestigen.

Gerade im Kinderschutz ist eine sensible Wahrnehmung gefragt, um Risiken und Gefährdungen für Kinder und Jugendliche früh zu erkennen und einzuschätzen. Wenn es in der Arbeit mit den Familien gelingt, die Eltern in ihrer Erziehungsfähigkeit und -verantwortung zu stärken, hat dies unmittelbaren Einfluss auf die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen. Die Arbeit mit den Eltern ist daher elementar, um die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zu stabilisieren und zu fördern.

Prävention ist das zentrale Anliegen des Netzwerkes für Kinderschutz und Frühe Hilfen im Landkreis Leipzig, das als regionales Informations- und Kooperationssystem unterschiedlicher Professionen 2007 ins Leben gerufen wurde. In den vergangenen Jahren konnte die Zusammenarbeit verschiedenster Fachkräfte und Institutionen des Landkreises Leipzig intensiviert und ausgebaut werden. Das Handbuch für Kinderschutz im Landkreis Leipzig ist ein Ergebnis des Netzwerkes und stellt eine Arbeitshilfe von der Praxis für die Praxis dar.

Ich möchte mich an dieser Stelle herzlich für die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten bedanken.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Henry Graichen'.

Henry Graichen  
Landrat des Landkreises Leipzig

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Hinweise zur Handhabung

1. Definition Kindeswohlgefährdung

2. Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung

3. Ablaufschema bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung

- 3.1 Die Kollegiale Fallberatung
- 3.2 Unterstützung durch insoweit erfahrene Fachkräfte
- 3.3 Datenschutz
- 3.4 Dokumentation

4. Der Notfall - Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen

5. Das erweiterte Führungszeugnis - Eignungsvoraussetzung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

6. Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

- 6.1 Kinder- und Jugendhilfe
- 6.2 Gesundheitswesen
- 6.3 Beratung und Unterstützung für Familien
- 6.4 Beratung und Unterstützung bei häuslicher Gewalt
- 6.5 Familiengericht
- 6.6 Polizei
- 6.7 Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Leipzig

Anhang

- AI Kopiervorlagen
- AII Gesetzestexte
- AIII Notfallplan
- AIV Artikel "insoweit erfahrene Fachkraft"
- AV Das Elterngespräch - schwieriges zur Sprache bringen aber wie

Literaturhinweise

# Hinweise zur Handhabung

---

<b>Zweck</b>	Das Handbuch soll Sie in ihrer täglichen Arbeit unterstützen und Ihnen Handlungssicherheit geben, wenn Sie einen Verdacht auf Kindeswohlgefährdung haben.
<b>Zielgruppe</b>	Das Handbuch richtet sich an Fachkräfte des Landkreises Leipzig, die mit Familien bzw. Kinder/Jugendlichen bis zum 18.Lebensjahr arbeiten.
<b>Inhalt</b>	Das Handbuch enthält wichtige Informationen zum Umgang mit (einem Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung in Ihrer täglichen Arbeit.
<b>Layout</b>	Das Handbuch wurde als Ordner entwickelt. Einzelne Seiten können so im Falle von Aktualisierungen und Ergänzungen ausgetauscht werden. Gleichzeitig ist es möglich, die einzelnen Kapitel jeweils durch Registertrennblätter zu unterteilen, um das gezielte Suchen von Informationen zu erleichtern.
<b>Änderungen</b>	<p>Das Handbuch bedarf einer ständigen Aktualisierung.</p> <p>Änderungen der Inhalte gehen Ihnen per Mail zu.</p> <p>Die jeweils aktuelle Fassung des Handbuches wird auf den Internetseiten des Landkreises Leipzig <a href="http://www.landkreisleipzig.de">www.landkreisleipzig.de</a> unter Jugendamt / Koordinationsstelle Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen veröffentlicht.</p>

## **Ideen, Anregungen und Korrekturen zum Handbuch richten Sie bitte an:**

Landkreis Leipzig  
Jugendamt  
-Koordinierungsstelle Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen-  
Karl-Marx-Straße 22, Haus 2  
04668 Grimma  
Telefon: 03437 / 984 2352  
Fax: 03437 / 984 99 2352  
E-Mail: [kinderschutz@lk-l.de](mailto:kinderschutz@lk-l.de)

# 1 Definition Kindeswohlgefährdung

---

"**Kindeswohlgefährdung**" ist ein unbestimmter Rechtsbegriff, der durch die Rechtssprechung und Fachpraxis definiert und konkretisiert wird.

Der Bundesgerichtshof hat den Begriff der "Kindeswohlgefährdung" konkretisiert und versteht darunter *„eine gegenwärtige, in einem solchen Maße vorhandene Gefahr, dass sich bei der weiteren Entwicklung eine erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit voraussehen lässt.“* (Schmid/Meysen (2006) "Kindeswohlgefährdung als Rechtsbegriff"). Aus dieser Definition ergeben sich drei Kriterien für die Feststellung einer Kindeswohlgefährdung, die gleichzeitig erfüllt sein müssen:

- gegenwärtig vorhandene Gefahr
- Erheblichkeit der Schädigung sowie
- Sicherheit der Vorhersage.

## **Nichtgewährleistung einer dem Wohl des Kindes dienenden Erziehung**

bedeutet, dass die Personensorgeberechtigten (PSB) mit ihren Mitteln den Anspruch des jungen Menschen auf Erziehung nicht sicherstellen können.

Eine nicht dem Kindeswohl entsprechende Erziehung ist anzunehmen, wenn eine Fehlentwicklung bzw. ein Rückstand oder Stillstand der Persönlichkeitsentwicklung des jungen Menschen eingetreten ist oder droht. Soziale, gesundheitliche, psychische oder psychosoziale Belastungen in der Familie oder deren Umfeld können zu einer drohenden Kindeswohlgefährdung führen.

Da den Eltern im Rahmen ihrer elterlichen Erziehungsverantwortung ein weiter Spielraum im Hinblick auf Methoden und Ziele der Erziehung verbleibt, sollte vor dem Hintergrund der Pluralisierung von Lebenslagen und der Individualisierung der Lebensführung ein breites Spektrum an Normalität akzeptiert werden.

## **Vernachlässigung**

ist die andauernde oder wiederholte Unterlassung fürsorglichen Handelns sorgeverantwortlicher Personen (Eltern oder von ihnen autorisierte Betreuungspersonen), welches zur Sicherstellung der physischen und psychischen Versorgung des Kindes notwendig wäre.

Die Vernachlässigung kann sich neben der mangelnden Befriedigung körperlicher Bedürfnisse (Nahrung, Bekleidung, Unterkunft, Sicherheit) auf den emotionalen Austausch, die allgemeine Anregung, auch in Bezug auf Sprache und Bewegung oder auf die mangelnde Beaufsichtigung und Gesundheitsfürsorge des Kindes beziehen. Diese Unterlassung kann bewusst oder unbewusst, aufgrund unzureichender Einsicht oder unzureichenden Wissens erfolgen. Die durch die Vernachlässigung bewirkte chronische Unterversorgung des Kindes durch die nachhaltige Nichtberücksichtigung, Missachtung oder Versagung seiner Lebensbedürfnisse hemmt, beeinträchtigt oder schädigt seine körperliche und seelische Entwicklung und kann zu gravierenden Schäden oder gar zum Tode des jungen Menschen führen.

### **Misshandlung**

*körperliche M.* umfasst alle Handlungen, vom einzelnen Schlag mit der Hand über Prügeln, Festhalten und Würgen bis hin zum gewaltsamen Angriff mit Riemen, Stöcken, anderen Gegenständen und Waffen, die zu einer nicht zufälligen Verletzung eines Kindes führen, insbesondere zu Hämatomen, Prellungen, Schädel- und Knochenbrüchen, aber auch zu inneren Verletzungen, zu Verbrennungen, Verbrühungen oder Vergiftungen.

*Seelische oder psychische Gewalt* bezeichnet Handlungen und Aktionen, die zu einer schweren Beeinträchtigung einer vertrauensvollen Beziehung zwischen Bezugsperson und Kind führen und dessen geistig-seelische Entwicklung erheblich behindern. Seelische Gewalt ist beispielweise die deutliche Ablehnung, das ständige Überfordern, das Herabsetzen und Geringschätzen, Ängstigen und Terrorisieren, Isolieren und die Verweigerung von emotionaler Zuwendung eines Kindes.

### **Sexueller Missbrauch**

bezeichnet sexuelle Handlungen mit Körperkontakt (insbesondere Brust- und Genitalbereich) sowie beispielweise das Vorzeigen von pornographischem Material oder das Herstellen von pornographischen Filmen und Exhibitionismus durch eine wesentlich ältere oder erwachsene Person. Ausgenommen sind gleichrangige Liebesbeziehungen unter Jugendlichen und Heranwachsenden.

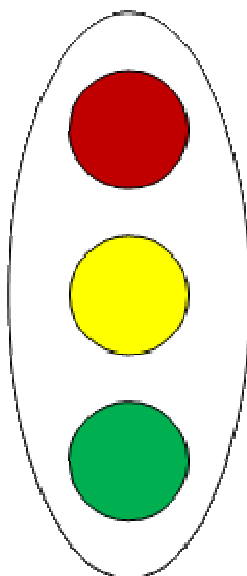
## 2 Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung

Die Bedürfnispyramide nach Maslow verdeutlicht, welche Bedürfnisse für die gesunde Entwicklung eines Kindes wichtig sind.



Die nachfolgend aufgeführten Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung sollen in Form der Ampelregelung eine Gefährdungseinschätzung erleichtern.

Die genannten Anhaltspunkte erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie erfassen nicht alle möglichen Gefährdungssituationen, sondern dienen der Orientierung.



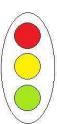

**Dringender Handlungsbedarf** wegen starkem Verdacht auf Kindeswohlgefährdung. Bereits bei einer roten Markierung besteht sofortiger Handlungsbedarf

**Klärungsbedarf**  
eventuelle Einleitung von Hilfen

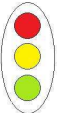

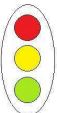

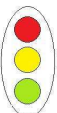

Weitere Beobachtung

Äußere Erscheinung des Kindes		Einschätzung
massive und wiederholte Zeichen von Verletzungen (z.B. Hämatome, Striemen, Narben, Knochenbrüche, Verbrennungen) ohne erklärbar unverfängliche Ursachen bzw. häufige Krankenhausaufenthalte aufgrund von angeblichen Unfällen		
starke Unterernährung		
fehlen jeder Körperhygiene (z.B. Schmutz- und Kotreste auf der Haut des Kindes/ faulende Zähne)		
mehrfach völlig witterungsunangemessene oder völlig verschmutzte Bekleidung		
Verhalten des Kindes		Einschätzung
wiederholte oder schwer gewalttätige und/oder sexuelle Übergriffe gegen andere Personen		
Kind wirkt berauscht und/ oder benommen bzw. im Steuern seiner Handlungen unkoordiniert (Einfluss von Drogen, Alkohol, Medikamente)		
wiederholtes apathisches oder stark verängstigtes Verhalten des Kindes		
Äußerungen des Kindes, die auf Misshandlung, sexuellen Missbrauch oder Vernachlässigung hinweisen		
Kind hält sich wiederholt zu altersunangemessenen Zeiten ohne Erziehungsperson in der Öffentlichkeit auf (z.B. nachts allein auf Spielplatz)		
Kind hält sich an jugendgefährdenden Orten auf (z.B. Stricherszene, Lokale, Spielhalle, Nachtclub)		

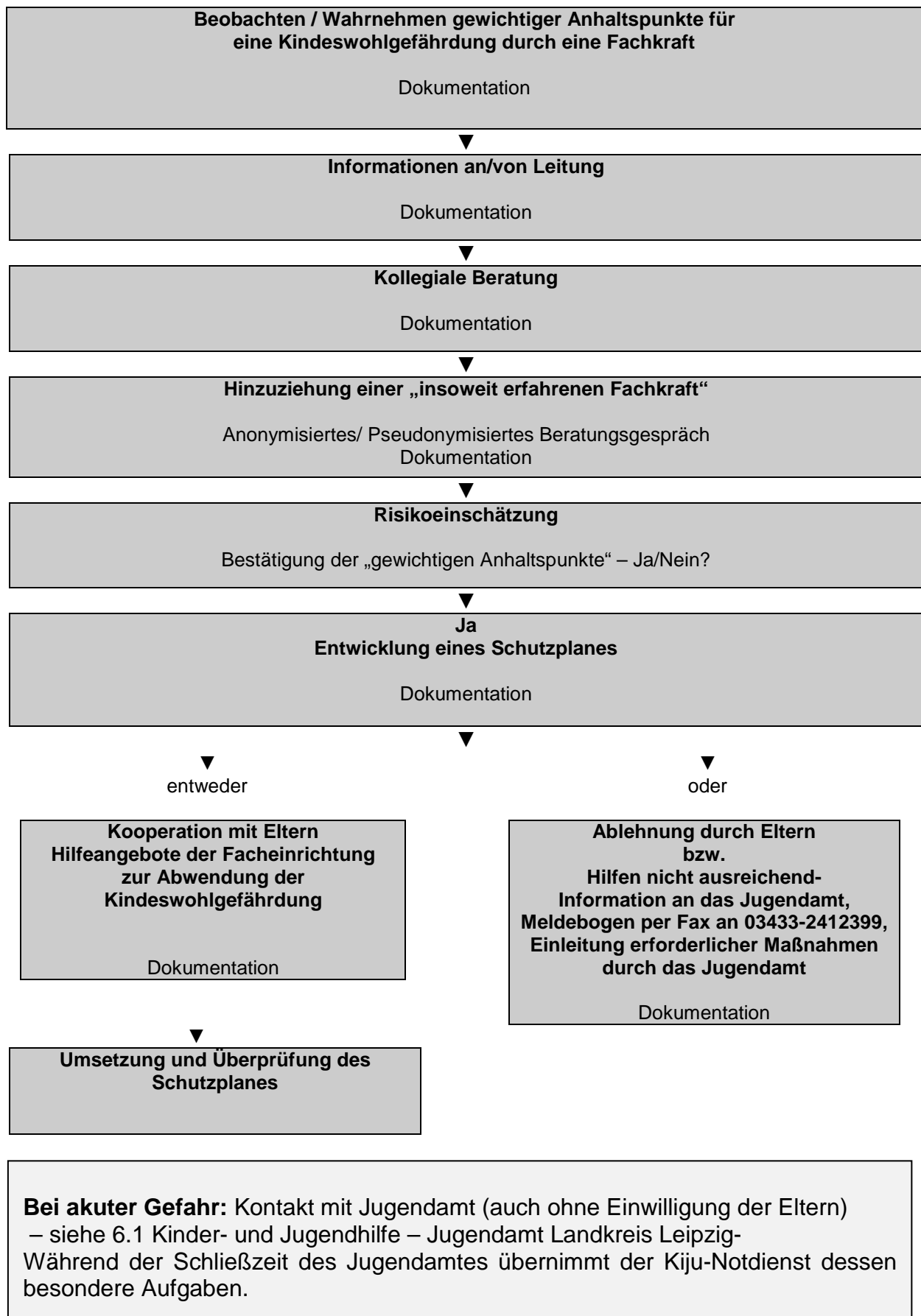


offensichtlich schulpflichtige Kinder bleiben ständig oder häufig der Schule fern		
Kind begeht gehäuft Straftaten		
Überanstrengung des Kindes / Jugendlichen durch Arbeiten, denen er körperlich nicht gewachsen ist		
<b>Verhalten der Erziehungspersonen der häuslichen Gemeinschaft</b>		<b>Einschätzung</b>
wiederholte oder schwere Gewalt zwischen den Erziehungspersonen		
nicht ausreichend oder völlig unzuverlässige Bereitstellung von Nahrung		
massive oder häufige körperliche Gewalt gegenüber dem Kind (z.B. Schütteln, Schlagen, Einsperren)		
häufiges massives Beschimpfen, Ängstigen oder Erniedrigen des Kindes		
Gewährung des unbeschränkten Zugangs zu Gewalt verherrlichenden oder pornographischen Medien		
Zwangsweise Verheiratung einer Minderjährigen		
Geschlechtsverkehr oder sonstige sexuelle Handlungen eines Elternteils mit einem anderen Partner in Gegenwart des Kindes		
Verweigerung der Krankheitsbehandlung oder der Förderung von Kindern; Vernachlässigung bei Krankheit		

Isolierung des Kindes (z.B. Kontaktverbot zu Gleichaltrigen)		
Fortgesetztes Einschließen und Alleinlassen des Kindes in der Wohnung		
Abhalten vom Schulbesuch bzw. Verweigerung der Durchsetzung der Schulpflicht		
Vernachlässigung und Fehlleitung von Begabung und Eignung in Schule, Ausbildung oder Berufswahl		
Duldung von oder Verleitung zu Alkohol- und Rauschmittelmissbrauch oder Prostitution		
ungerechtfertigte Verweigerung von Umgangskontakten mit dem Vater / der Mutter oder den Großeltern		
<b>Familiäre Situation</b>		<b>Einschätzung</b>
Obdachlosigkeit (Familie bzw. Kind lebt auf der Straße) Kleinkind wird häufig oder über einen langen Zeitraum unbeaufsichtigt oder in der Obhut offenkundig ungeeigneter Personen belassen		
Kind wird zur Begehung von Straftaten oder sonst verwerflichen Taten eingesetzt (z.B. Betteln, Diebstahl)		
<b>Persönliche Situation der Erziehungspersonen der häuslichen Gemeinschaft</b>		<b>Einschätzung</b>
stark verwirrtes Erscheinungsbild (führt Selbstgespräche, reagiert nicht auf Ansprache)		
häufig berauscht und / oder benommene bzw. eingeschränkt steuerungs-fähige Erscheinung, die auf massiven, verfestigten Drogen-, Alkohol- bzw. Medikamentenmissbrauch hindeutet		

Wohnsituation		Einschätzung
Wohnung ist stark vermüllt, völlig verdreckt oder weist Spuren äußerer Gewaltanwendung auf (z.B. stark beschädigte Türen)		
Nichtbeseitigung von erheblichen Gefahren im Haushalt (z.B. durch defekte Stromkabel oder Steckdosen, herumliegen von "Spritzbesteck")		
Fehlen von eigenem Schlafplatz bzw. jeglichem Spielzeug des Kindes		

### 3 Ablaufschema bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung



Ausgehend von diesem Ablaufschema werden im Folgenden Hinweise und Bemerkungen zu den einzelnen Schritten gegeben:

### **Informationen an/von Leitung**

Der erste Schritt im Verfahrensablauf bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung ist, die Leitung zu informieren und in den Fall einzubeziehen, da die Gesamtverantwortung der Einrichtungsleitung obliegt. Gerade der Umgang mit der Thematik Kindeswohlgefährdung darf nicht dem Belieben einzelner Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen obliegen, sondern bedarf eines abgestimmten Verfahrens zum Wohle der Kinder und Jugendlichen im Team (Schutzplan).

Gleichzeitig sichern sich die Fachkräfte mit dem Einbezug der Leitung persönlich ab, die im Falle der Veränderung von einer drohenden zur akuten Gefahr (=Notfall) die Meldung an das Jugendamt durchführt. Die Fachkraft, die die Fallverantwortung inne hat, kann in der weiteren Arbeit mit der Familie das bestehende Vertrauensverhältnis so besser aufrechterhalten.

### **Kollegiale Beratung**

Die Gefährdungseinschätzung im Team bietet die Möglichkeit, neue bzw. andere Sichtweisen zu gewinnen, um zielgerichtete Entscheidungen zu treffen. Methodisch bietet sich hier die kollegiale Fallberatung (vgl. Punkt 3.1) an.

### **Hinzuziehen einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“**

Der §8a SGB VIII und §8b SGB VIII sowie §4 KKG empfiehlt den Personen, die beruflich im Kontakt mit Kindern und Jugendlichen stehen, bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung im Einzelfall eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ hinzuzuziehen.

Der Begriff „insoweit erfahrene Fachkraft“ ist nicht rechtlich bestimmt, jedoch können Fachkräfte eine Qualifizierung als „insoweit erfahrene Fachkräfte“ abschließen. Aus dem §8a sowie §8b SGB VIII lässt sich ableiten, dass dieser Person eine unterstützende Funktion zukommen soll, wenn es um die Klärung von Verdachtsmomenten bei Kindeswohlgefährdung geht. Die Fallverantwortung trägt jedoch die Einrichtung/ der Dienst, so dass die „insoweit erfahrene Fachkraft“ nur eine Beratungsfunktion inne hat.

Handlungs- und Verantwortungsspielraum sowie eine Liste mit „insoweit erfahrenen Fachkräften“ im Landkreis Leipzig finden sie unter Punkt 3.2.

### **Entwicklung eines Schutzplanes**

Der Schutzplan stellt ein unterstützendes Arbeitsmittel dar, um der drohenden Kindeswohlgefährdung planvoll, abgestimmt und koordiniert entgegenzuwirken.

Entwicklung eines Schutzplanes

- Festlegung von Maßnahmen/Aktivitäten, die zum Schutz und Wohl des Kindes seitens der Einrichtung/dem Dienst unternommen werden
- Festschreibung aller am Schutzplan Beteiligten
- Festlegung von Terminen und Verantwortlichkeiten einschließlich deren Handlungs- und Entscheidungskompetenzen

Der Schutzplan sollte schriftlich erfolgen und ist insofern Teil der Dokumentation bei (Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung

### **Umsetzung und Überprüfung des Schutzplanes**

Die Kontrolle und Überprüfung der im Schutzplan beschriebenen Maßnahmen erfolgt entsprechend der Terminierung / Verantwortlichkeit.

Im Ergebnis der Überprüfung kann sich ergeben dass:

- der Schutzplan als erfüllt gilt, insofern die Gefährdungssituation abgewendet werden konnte
- der Schutzplan fortgeschrieben wird, wenn die drohende (latente) Gefährdung andauert und sich nicht zur akuten Gefahr für das Kind entwickelt

## 3.1 die kollegiale Fallberatung

---

Die professionelle Beratung ist in erzieherischen und helfenden Berufen unabdingbar, steht jedoch aus Zeit- und Kostengründen nicht immer zur Verfügung. Selbstorganisierte Beratungsmodelle, wie die sogenannte kollegiale Fallberatung bietet hier eine sinnvolle Alternative.

Die kollegiale Beratung ist zeitökonomisch, eignet sich gut für selbstangeführte Gruppen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern und ermöglicht eine Zusammenarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch mit unterschiedlichen Kompetenzen und aus verschiedenen Hierarchiestufen.

Die distanzierte Betrachtung ermöglicht es, den Blick zu öffnen, Situationen gemeinsam einzuschätzen und Lösungsansätze zu entwickeln.

### Ablaufschema zur kollegialen Fallberatung

	Zeit	Phase	Falleinbringer	Beratende Gruppe	Anmerkungen
1	5 Min.	Rollenverteilung - Gesprächsleitung - Falleinbringer - Beratende Gruppe			Wer bringt den Fall ein? Wer berät? Wer leitet?
2	10 Min.	Fallvorstellung	Situationsbeschreibung - Anhaltspunkte unter Nutzung des Ampelbogens, - Bisherige Handlungsschritte	Zuhören und Anfertigung von Notizen	Noch keine Nachfragen
3	10 Min.	Befragung des Falleinbringers	Differenzierte Beantwortung der Fragen	Verständnis- und Informationsfragen	Keine Probleminterpretation
4	10 Min.	Bearbeitung des Falls / Entwicklung von Hypothesen	Zuhören, keine aktive Mitarbeit	Gruppe berät sich: gemeinsame Formulierung von Hypothesen	Noch keine Lösung entwickeln
5	5 Min.	Stellungnahme	Zwischenrückmeldung an die beratende Gruppe	Zuhören und stilles Weiterdenken (evtl. Korrektur der Hypothesen)	
6	10 Min.	Lösungsvorschläge	Zuhören, keine Mitarbeit	Lösungsentwicklung durch die Gruppe (was würde jeder Einzelne anstelle des Falleinbringers tun)	Ausreden lassen – keine vorschnelle Kritik seitens des Falleinbringers
7	10 Min.	Entscheidung	Mitteilung welche Hypothesen angenommen und welche Vorschläge umgesetzt werden möchten	Zuhören	Ausreden lassen – keine Zwischendiskussion
8	5 Min.	Rückmeldung, Austausch und Abschluss	Äußerungen zur gegenwärtigen Situation „Mir geht es gerade...“	Persönliche Anmerkungen „Was ich mitnehme...“	Kurzeindruck zur Beratung schildern

Die Gesprächsleitung hat die Aufgabe der Moderation inne. Damit verhält sie sich gegenüber dem Falleinbringer sowie der beratenden Gruppe neutral und achtet auf Einhaltung der Regeln.

Quelle: [www.kollegiale-beratung.de](http://www.kollegiale-beratung.de)



## **3.2 Unterstützung durch „insoweit erfahrene Fachkräfte“ nach §8a und §8b SGB VIII sowie §4 KKG**

---

Die rechtlichen Rahmenbedingungen der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ ergeben sich aus dem Schutzauftrag gemäß §8a Abs. 2 sowie §8b Abs. 1 SGB VIII (siehe Anlage II). Des Weiteren regelt der §4 KKG ebenfalls für Geheimnisträger (=Personen nach §4 Abs. 1 KKG) den gesetzlichen Rahmen für die Hinzuziehung von „insoweit erfahrenen Fachkräften“.

Laut den Vereinbarungen zum § 8a SGB VIII zwischen den Trägern der freien Jugendhilfe bzw. den kommunalen Trägern der Jugendhilfe und dem Landkreis Leipzig, als Träger der öffentlichen Jugendhilfe, haben die freien/kommunalen Träger der Jugendhilfe sicherzustellen, dass ihre Fachkräfte bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine „insoweit erfahrene Fachkraft“ hinzuziehen (können).

Der Handlungs- und Verantwortungsspielraum einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ gestaltet sich dabei wie folgt:

- Sie hat eine beratende, prozessbegleitende Funktion.
- Sie trägt zu keiner Zeit die Fallverantwortung.
- Die Risikoabwägung erfolgt gegenüber der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ in anonymer/ pseudonymisierter Form.

Basis für die Funktionalität des Kinderschutzes stellt dabei eine vertrauensvolle und verlässliche Kooperationsbeziehung zwischen den Beteiligten sowie die Koordinierung durch das Jugendamt dar.

Weiterführende Informationen finden Sie im Anhang (Anlage IV) im Artikel „Die insoweit erfahrene Fachkraft – Überlegungen zu Standards der Fachberatung nach §8a SGB VIII“ von Ralf Slüter.

**Die Kontaktdaten der „insoweit erfahrenen Fachkräfte“ des Landkreises Leipzig erhalten Sie durch die Koordinierungsstelle Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen.**

Landkreis Leipzig

Jugendamt

-Koordinierungsstelle Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen-

Karl-Marx-Straße 22, Haus 2

04668 Grimma

Telefon: 03437 / 984 2352

Fax: 03437 / 984 99 2352

E-Mail: [kinderschutz@lk-l.de](mailto:kinderschutz@lk-l.de)

### 3.3 Datenschutz

---

Innerhalb der Arbeit mit Familien, Jugendlichen und/oder Kindern können Fragen zum Thema (Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung und Unsicherheiten im eigenem Handlungs- und Verantwortungsspielraum entstehen. Für alle Fachkräfte stellt der Verdacht auf Kindeswohlgefährdung eine Gradwanderung zwischen Schweigepflicht und Kinderschutz dar. Um Sicherheit in der Arbeit sowie den weiteren Vertrauensschutz zu gewährleisten, erhalten Sie hier wichtige Informationen zum Thema Datenschutz bei (Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung.

Im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe ist der Schutzauftrag gemäß § 8a sowie §8b SGB VIII (vgl. Anlage II) für alle Fachkräfte verpflichtend geregelt.

Die datenrechtlichen Bestimmungen der öffentlichen Jugendhilfe ergeben sich aus

- 35 SGB I
- §§ 67-85a SGB X
- §§ 61ff SGB VIII

Gemäß § 62 Abs. 1 SGB VIII dürfen Sozialdaten nur erhoben werden, soweit ihre Kenntnis zur Erfüllung der jeweiligen Aufgabe erforderlich ist (Erforderlichkeitsgrundsatz). Gerade im Fall der Kindeswohlgefährdung hängt die Entscheidung über zutreffende Maßnahmen (Gewährung von Hilfe zur Erziehung, Inobhutnahme oder Anrufung des Familiengerichts) von den erhobenen Daten ab. Grundlage für die Bestimmung des Datenbedarfs bilden daher Hypothesen über mögliche Ursachen der vorgetragenen oder wahrgenommenen Probleme über Auswirkungen der Schwierigkeiten auf die kindliche Entwicklung und deren Veränderbarkeit durch pädagogische Hilfen. Hinzu kommen Fragen zur Einschätzung des Risikos für das Wohl des Kindes in der Familie.

Gemäß § 62 Abs. 2 SGB VIII dürfen Sozialdaten grundsätzlich nur mit Kenntnis oder unter Mitwirkung des Betroffenen erhoben werden (Ersterhebungs- bzw. Kenntnisgrundsatz). Blicke jedoch das Jugendamt allein auf die Bereitschaft der Eltern angewiesen, die zur Aufklärung einer Kindeswohlgefährdung erforderlichen Informationen preiszugeben, so könnten die Eltern den Weg zur Abwendung einer

Gefährdung des Wohls ihres Kindes unter Berufung auf ihr Recht zur informationellen Selbstbestimmung versperren. Sie würden damit ihr Elternrecht missbrauchen.

**Deshalb gestattet § 62 Abs. 3 Nr. 1 SGB VIII in Gefährdungsfällen die Datenerhebung auch ohne Einwilligung der Betroffenen.**

Die Datenübermittlung innerhalb der öffentlichen Jugendhilfe ist gemäß §§ 64 und 65 SGB VIII geregelt. Gemäß § 65 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII sind im Falle einer Kindeswohlgefährdung dem Familiengericht die Sozialdaten mitzuteilen.

Damit gilt: **Kinderschutz ist dem Datenschutz vorrangig!**

**Demnach ist die Datenübermittlung auch ohne Einwilligung des Betroffenen zulässig solange das Kindeswohl nach ausreichender Prüfung (§ 65 Abs. 1 Nr. 2) nur so gewährleistet werden kann.** Ist im vorangehenden Prozess eine Risikoabschätzung notwendig, können unter Anonymisierung bzw. Pseudonymisierung der Sozialdaten des Betroffenen gemäß §§ 64 Abs. 2a und 65 Abs. 4 SGB VIII weitere Fachkräfte hinzugezogen werden.

Die Datenübermittlung der Träger der freien Jugendhilfe an das Jugendamt ist im § 15 BDSG geregelt:

*(1) Die Übermittlung personenbezogener Daten an öffentliche Stellen ist zulässig, wenn*

- 1. sie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der übermittelnden Stelle oder des Dritten, an den die Daten übermittelt werden, liegenden Aufgaben erforderlich ist und*
- 2. die Voraussetzungen vorliegen, die eine Nutzung nach § 14 zulassen würden.*

*[...]*

Gemäß § 14 Abs. 2 Nr. 2 und 8 BDSG ist die Nutzung von Sozialdaten nur dann zulässig wenn die Zustimmung des Betroffenen vorliegt oder ein akuter Eingriff in die Rechte einer anderen Person abzuwenden ist. Da bei einer Kindeswohlgefährdung die Rechte des Kindes (auf ein gewaltfreies Leben) erhebliche Beeinträchtigung

erfahren, ist demnach die Datenübermittlung der Fachkräfte auch ohne Einwilligung des gesetzlichen Vertreters an öffentliche Stellen nach § 15 BDSG rechtmäßig.

Mit der neuen Regelung zur Datenübermittlung bei Kindeswohlgefährdung des Sächsischen Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetzes vom 25.05.2009 sowie des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG) wird eine weitere Festlegung hinsichtlich des Datenschutzes im Falle einer Kindeswohlgefährdung getroffen. Gemäß § 5 SächsKiSchG sowie § 4 KKG haben

- Ärztinnen oder Ärzte, Hebammen, Entbindungspflegerinnen oder -pfleger oder Angehörige eines anderen Heilberufes
- Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
- Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberaterinnen oder -berater sowie
- Beraterinnen oder Berater für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
- Mitglieder oder Beauftragte einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
- staatlich anerkannte Sozialarbeiterinnen oder -arbeiter oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen oder -pädagogen
- Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen
- ErzieherInnen

die in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit auf gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung aufmerksam werden, auf die Mitwirkung des gesetzlichen Vertreters zur Abwendung der Gefahr hinzuwirken. Sollte dies nicht gewährleistet sein, ist die entsprechende Fachkraft berechtigt, die zur Abwendung der Gefahr nötigen Anhaltspunkte dem Jugendamt zu übermitteln.

Weiterhin ungenau bleibt die Bezeichnung „gewichtige“ Anhaltspunkte. Dazu macht das Gesetz keine greifbaren Angaben. Somit liegt die Einschätzung, über Grad der Gefährdung, im Ermessen der jeweiligen Fachkraft.

## Überblick der Datenschutzbestimmungen bei (Verdacht auf) Kindeswohlgefährdung

<b>Gesetz</b>	<b>Paragraph</b>	<b>Inhalt</b>
SGB VIII	§8a	Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung
SGB VIII	§62	Datenerhebung → In Gefährdungsfällen ist die Datenerhebung ohne Einwilligung der Betroffenen zulässig
SGB VIII	§64 §65	Datenübermittlung und –nutzung → Im Falle einer Kindeswohlgefährdung (ausreichende Prüfung notwendig!) ist die Datenübermittlung ohne Einwilligung der Betroffenen zulässig → Risikoeinschätzung in Kooperation mit einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ durch Anonymisierung bzw. Pseudonymisierung der Sozialdaten möglich
BDSG	§14 Abs. 2 Nr. 2 §15	Datenübermittlung an öffentliche Stellen (Jugendamt) → zur Abwendung der Gefährdung auch ohne Einwilligung der Betroffenen zulässig
KKG	§4	Datenübermittlung an das Jugendamt → Bei gewichtige Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung sowie Nichtmitwirkung des gesetzlichen Vertreters zur Abwendung der Gefahr

## 3.4 Dokumentation

---

Klarheit, Eindeutigkeit und Verbindlichkeit sind bei der Erfüllung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung (nach §8a SGB VIII) von großer Bedeutung. Fehleinschätzungen können gravierende Folgen haben und sind mit hohem Risiko für die betroffenen Kinder und Jugendlichen verbunden. Das Nichteinhalten von Verfahrenswegen und Standards kann unter Umständen auch zivil- und strafrechtliche Konsequenzen für die am Prozess des Schutzauftrages Beteiligten nach sich ziehen.

Eine detaillierte Dokumentation ist nicht nur für die am Prozess des Schutzauftrages Beteiligten sondern auch für das Jugendamt bei Einschaltung des Familiengerichtes von großer Bedeutung.

Die Dokumentation sollte folgende Punkte beinhalten:

- Personen
- Zeiten
- Orte
- Umstände
- Handlungsschritte
  - o Zugrunde liegende Annahmen (Hypothesen) und deren Begründung
  - o Getroffene Entscheidungen (diese müssen für Dritte nachvollziehbar begründet werden)
  - o Ergebnisse der Überprüfung und der Reflexion in kollegialer Beratung (mit der Leitung oder/und mit der „insoweit erfahrenen Fachkraft“)
  - o Kontaktaufnahme und Gespräche mit den Eltern/Sorgeberechtigten sowie deren Ergebnisse
  - o Kontaktaufnahme mit dem Kind/Jugendlichen sowie deren Ergebnis
  - o Beratungs- und Hilfsangebote
    - Vereinbarung über Rückmeldung zur Inanspruchnahme externer Hilfs- und Beratungsangebote
  - o Falls im konkreten Fall erforderlich, Darstellung der Informationen die an das Jugendamt weitergeleitet werden sowie Vereinbarung der weiteren Kooperation mit dem Jugendamt

Das Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen empfiehlt Ihnen den Ampelbogen (vgl. 2. Indikatoren einer Kindeswohlgefährdung) sowie den Schutzplan (vgl. AI Kopiervorlagen) als Teil der Dokumentation zu sichern. Der Ampelbogen enthält die gewichtigen Anhaltspunkte für einen Verdacht auf Kindeswohlgefährdung und der Schutzplan beschreibt die Handlungsschritte zur Abwendung einer Gefährdung.

**Grundsätzlich sollten alle Beobachtungen, Gespräche, Einschätzungen und getroffene Vereinbarungen aus dem Prozess zur Gefährdungseinschätzung sowie deren Ergebnisse dokumentiert werden.**

Die Dokumentation hilft Ihnen selbst, Sicherheit im eigenen Handeln zu erlangen, wenn es um (den Verdacht) auf Kindeswohlgefährdung geht und gleichzeitig anderen Fachkräften (Jugendamt, Familiengericht, Strafverfolgungsbehörden, etc.), wenn es um die Weiterbearbeitung eines Falles geht.

Für Medizinerinnen und Mediziner gelten zusätzlich Standards für die (Foto-) Dokumentation von Verletzungen und Krankheitsbildern. Die Ärztekammer hat hierfür ein entsprechendes Formular entwickelt.

(vgl. Sächsische Landesärztekammer (Hg.): Gewalt gegen Kinder – Misshandlung Minderjähriger, 2. Aktualisierte Auflage, Dresden 2006, [www.slaek.de/media/dokumente/kindmiss.pdf](http://www.slaek.de/media/dokumente/kindmiss.pdf))



## 4 Der Notfall – Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen

---

„§ 42 SGB VIII regelt die rechtlichen und fachlichen Anforderungen an eine zeitlich befristete Krisenintervention (Inobhutnahme) **durch das Jugendamt**.

Er eröffnet dem Jugendamt die Möglichkeit unmittelbaren Handelns zum Schutz des Kindes oder Jugendlichen in Eil - und Notfällen, ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten.“ (Kommentar zum SGB VIII, Verlag C.H.Beck München, R. Wiesner, 3.Auflage, S. 751)

Auszug aus dem SGB VIII - § 42 - Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen:

(1) Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn

1. Das Kind oder der Jugendliche um Obhut bittet oder
2. Eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen die Inobhutnahme erfordert und
  - a. Die Personensorgeberechtigten nicht widersprechen oder
  - b. Eine familiengerichtliche Entscheidung nicht rechtzeitig eingeholt werden kann oder
3. Ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten

Die Inobhutnahme umfasst die Befugnis, ein Kind oder einen Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform vorläufig unterzubringen.

**Einrichtungen im Landkreis Leipzig, die im Rahmen einer Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII Kinder und Jugendliche aufnehmen können:**

<b>Kinder- und Jugendnotdienst Landkreis Leipzig</b> Bildungs- und Sozialwerk Muldental e.V. Tanndorfer Fürstenweg 5 04680 Tanndorf (Colditz)  8 Plätze für Kinder und Jugendliche bis zum vollendeten 17. Lebensjahr.	0152 – 020 881 04 034381 – 55 64 4
<b>Kinderhaus Falkenhain „Villa Motschekiebchen“</b> Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Muldental e.V. Doktorweg 1 04808 Lossetal  2 Plätze für Kinder im Alter von 0-10 Jahren.	034262 – 4429-29

**Wichtig: die Unterbringung in einer Inobhutnahmestelle kann nur über die Polizei oder das Jugendamt erfolgen!**

**Der Kinder- und Jugendnotdienst Landkreis Leipzig des Bildungs- und Sozialwerk e.V. in Tanndorf übernimmt während der Schließzeiten des Jugendamtes dessen besondere Aufgaben:**

- Annahme und Bearbeitung eingehender Meldungen zu einer vermuteten Kindeswohlgefährdung (Gefährdungsanzeigen)
- Einschätzung des Gefährdungsrisikos
- Aufnahme von Selbstmeldern

# 5 Das erweiterte Führungszeugnis

## Eignungsvoraussetzung für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen

---

Mit den am 01. Mai 2010 in Kraft tretenden 5. Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes vom 16. Juli 2009 ist in §§ 30a, 31 Bundeszentralregistergesetz (BZRG) ein „erweitertes Führungszeugnis“ eingeführt worden, welches Auskunft über Personen erteilt, die beruflich, ehrenamtlich oder in sonstiger Weise kinder- und jugendnah tätig sind oder tätig werden sollen.<sup>1</sup>

Nicht erfasst von diesem Ausschluss der registerrechtlichen Privilegierung sind bisher allerdings Verurteilungen wegen weiterer Sexualdelikte.<sup>1</sup>

Der § 72a SGB VIII in Verbindung mit dem § 8a SGB VIII fordert die Träger auf, sich die Eignung ihrer Beschäftigten in Form eines erweiterten Führungszeugnis nachweisen zu lassen.

### Beschäftigte in der Arbeit mit Kinder und Jugendlichen sind:

- Fachkräfte, die in direktem Kontakt zu Kindern/ Jugendlichen stehen
- Leitungen der Einrichtungen
- gegen Entgelt Beschäftigte in der Kinder- und Jugendhilfe
  - Honorarkräfte
  - Hausmeister
  - Beschäftigte über AGH-Maßnahmen

- Auszubildende

Gemäß der Sächsischen Berufsfachschulordnung ist die Aufnahme der Ausbildung aufgrund einer rechtskräftigen Verurteilung wegen einer vorsätzlichen Straftat oder aus einem sonstigen personenbedingten Grund der für den angestrebten Beruf nicht geeignet erscheint, zu versagen. Der Nachweis der Eignung sollte in Form eines erweiterten Führungszeugnisses der Berufsschule im Rahmen des Aufnahmeverfahrens erbracht werden.

- Ehrenamtlich Beschäftigte in der Kinder und Jugendhilfe

Auch für ehrenamtlich Tätige wird ein Nachweis über die persönliche Eignung empfohlen. Der Nachweis kann über eine Selbstverpflichtungserklärung, die Unterzeichnung eines Ehrencodexes oder über ein Führungszeugnis erbracht werden. Die Umsetzung obliegt hierzu dem Träger. Für in gemeinnützigen

---

<sup>1</sup> Quelle: Bundesamt für Justiz, Stand: 26.01.2011

Einrichtungen ehrenamtlich Tätige kann ein Antrag auf Gebührenbefreiung für die Einholung des Führungszeugnisses bei der Meldebehörde gestellt werden. Für die Beantragung wird ein Nachweis für die ehrenamtliche Tätigkeit benötigt.

- Schülerpraktikanten in der Kinder- und Jugendhilfe

Aus den gegebenen gesetzlichen Grundlagen kann kein Erfordernis für den Nachweis der Eignung von Schülerpraktikanten in der Kinder- und Jugendhilfe abgeleitet werden. Daher ist es besonders wichtig, dass Praktikanten nur unter Aufsicht einer hauptamtlichen Fachkraft tätig werden.

### Antragsverfahren

Der Betroffene muss den Antrag nach § 30 Abs.2 BZRG bei der zuständigen Meldebehörde stellen. Ergänzend hat er dort eine schriftliche Aufforderung der Stelle vorzulegen, die das erweiterte Führungszeugnis verlangt und in der diese bestätigt, dass die Voraussetzungen des § 30a Abs.1 BZRG vorliegen.

# 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

## 6.1 Kinder- und Jugendhilfe

---

### ❖ Jugendamt Landkreis Leipzig

Das Jugendamt gliedert sich in folgende Bereiche:

- Wirtschaftliche Jugendhilfe
  - Elternbeiträge/Absenkungsbeiträge für Kindertageseinrichtungen
  - Eingliederungshilfe gem. SGB XII für Kinder und junge Menschen bis 18 Jahre
  - Hilfen zur Erziehung
  - Förderung Jugendhilfe/ Kita-Invest
- Unterhaltsangelegenheiten
  - Unterhalt/ Beurkundung/ Beistandschaften
  - Unterhaltsvorschuss
- Allgemeiner Sozialdienst (ASD)

Unterstützung und Beratung für Eltern:

  - in Fragen der Partnerschaft, bei Trennung und Scheidung sowie in Sorgerechts- und Umgangsregelungen
  - bei persönlichen und familiären Problemen
  - in Krisen- und Notsituationen bis hin zur Vermittlung ambulanter und stationärer Angebote
- Besondere Soziale Dienste
  - Adoptionsvermittlungsstelle
  - Pflegekinderdienst
  - Amtsvormundschaften/ Amtspflegschaften
  - Jugendgerichtshilfe
  - Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit/ Familienbildung
  - Kindertagesstätten-Fachberatung

sowie die Stabstellen:

- Jugendhilfeplanung
- Koordinationsstelle Netzwerk für Kinderschutz im Landkreis Leipzig
- Koordinationsstelle Kompetenzentwicklung für Schüler und Schülerinnen
- Haushalt/ Statistik
- Informationstechnik

Die MitarbeiterInnen beraten kostenlos und unterliegen der Schweigepflicht.

**Zuständigkeitsbereiche ASD Landkreis Leipzig Stand 01.04.2016**

<b>Mitarbeiter</b> (Vertretung)	<b>Städte/</b>	
	<b>Gemeinden</b>	<b>mit Ortsteilen</b>
<b>Frau Müller, S.</b> (Frau Klug) 03437/ 984 2327 <a href="mailto:sophie.mueller@lk-l.de">sophie.mueller@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2327	<b>Wurzen</b>  <b>Wurzener Umland und Lossatal</b>	<b>Buchstaben A – L</b>  (bezogen auf die Nachnamen des Kindes)  Großzscheпа, Kleinzscheпа, Kapsdorf, Hohburg, Müglenz, Lüptitz, Zschorna, Watschwitz, Oelschütz, Nitzschka, Pyrna, Sachsendorf, Burkartshain, Wäldgen
<b>Frau Klug</b> (Frau Müller, S.) 03437/984 2324 <a href="mailto:anne.klug@lk-l.de">anne.klug@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2324	<b>Wurzen</b>  <b>Wurzener Umland und Lossatal</b>	<b>Buchstaben M – Z</b>  (bezogen auf die Nachnamen des Kindes)  Thammenhain, Voigtshain, Frauwalde, Falkenhain, Heyda, Kühnitzsch, Körlitz, Dornreichenbach, Meltwitz, Mark Schönstädt, Mühlbach, Birkenhof, Streuben, Kühren, Kornhain, Trebelshain
<b>Herr Kronberg</b> (Frau Funke- Gradulewski) 03437/ 984 2329 <a href="mailto:thomas.kronberg@lk-l.de">thomas.kronberg@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2329	<b>Machern</b>  <b>Brandis</b>	Gerichshain, Dögnitz, Püchau, Lübschütz, Plagwitz  Posthausen  Brandis, Polenz, Waldsteinberg, Beucha,

[illegible]

<b>Frau Höhne</b> (Frau Petzold) 03437/984 2322 <a href="mailto:maria.hoehne@lk-l.de">maria.hoehne@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2322	<b>Colditz</b>	Hohnbach, Möseln, Lastau, Zschadraß, Leisenau Bockwitz, Commichau, Meusekwitz, Skoplau, Collmen, Erlbach, Raschütz, Hausdorf, Kaltenborn, Terpitzsch, Koltzschen, Zollwitz, Zschira, Tanndorf, Erlln, Maaschwitz, Podelwitz, Schönbach, Sermuth
	<b>Bad Lausick</b>	<b><u>nur</u> Ortsteile</b> Ebersbach, Ezoldshain, Glasten, Kleinbeucha, Lauterbach, Steinbach, Stockheim, Thierbaum Ballendorf, Beucha, Buchheim,
<b>Herr Böhland</b> (Frau Gast, Frau Naake) 03437/ 984 2323 <a href="mailto:detlef.boehland@lk-l.de">detlef.boehland@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2323	<b>Grimma</b>	Grimma - Süd und West bis Beiersdorfer Straße OT Großbardau, Kleinbardau, Waldbardau Beiersdorf,
<b>Frau Gast</b> (Herr Böhland, Frau Naake) 03437/ 984 2326 <a href="mailto:susanne.gast@lk-l.de">susanne.gast@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2326	<b>Grimma</b>	Grimma – Mitte Grimma - Nord
<b>Frau Naake</b> (Frau Gast, Herr Böhland) 03437/ 984 2325 <a href="mailto:peggy.naake@lk-l.de">peggy.naake@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2325	<b>Bennewitz</b>	Altenbach, Deuben, Grubnitz, Leulitz, Nepperwitz, Weißenborn, Zeititz, Schmölen, Rothersdorf, Pausitz, Neuweißenborn, Bach
	<b>Thallwitz</b>	Canitz, Kollau, Lossa, Nischwitz, Wasewitz, Röcknitz, Böhlitz, Zwochau
	<b>Grimma</b>	<b><u>nur</u> OT</b> Grechwitz, Neunitz, Neu Neunitz, Döben, Dorna, Schkortitz, Höfgen, Naundorf, Kaditzsch



<b>Herr Bartsch</b> (Frau Frenzel) 03433/ 241 2344 <a href="mailto:benjamin.bartsch@lk-l.de">benjamin.bartsch@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2344	<b>Naunhof</b>  <b>Großpösna</b>  <b>Espenhain</b>	Erdmannshain, Lindhardt, Albrechtshain, Ammelshain, Fuchshain, Eicha  Großpösna, Güldengossa, Gruna, Seifertshain, Störmthal, Dreiskau-Muckern  <u><b>nur OT</b></u> Mölbis, Oelzschau, Pötzschau, Kömmlitz
<b>Frau Frenzel</b> (Herr Bartsch) 03433/ 241 2317 <a href="mailto:martina.frenzel@lk-l.de">martina.frenzel@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2317	<b>Böhlen</b>  <b>Rötha</b>  <b>Espenhain</b>	Böhlen, Gaulis, Großdeuben  Rötha  <b>nur</b> Espenhain - Ort
<b>Herr Reichmann</b> (Frau Köhler)  03433/ 241 2316 <a href="mailto:thomas.reichmann@lk-l.de">thomas.reichmann@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2316	<b>Geithain</b>  <b>Narsdorf</b>  <b>Frohbürg OT</b>  <b>Kohren-Sahlis</b>	Geithain, Niedergräfenhain, Syhra, Theusdorf, Wickershain, Nauenhain  Dölitzsch, Narsdorf, Bruchheim, Kolka, Niederpickenhain, Oberpickenhain, Ossa, Rathendorf, Wenigossa  Altottenhain, Elbisbach, Flößberg, Frankenhain, Hopfgarten, Ottenhain, Prießnitz, Tautenhain, Trebushain  Eckersberg, Jahnshain, Linda, Meusdorf, Kohren-Sahlis, Neuhof, Pflug, Rüdigsdorf, Terpitz, Walditz, Altmörsitz, Dolsenhain, Gnadstein, Wüstenstein
<b>Frau Köhler</b> (Herr Reichmann)  03433/ 241 2318 <a href="mailto:joerdis.koehler@lk-l.de">joerdis.koehler@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2318	<b>Frohbürg</b>  <b>Kitzscher</b>	Stadtgebiet, Frauendorf, Nenkersdorf, Roda, Schöna, Greifenhain, Streitwald, Eschefeld,  Bubendorf, Benndorf  Braußwig, Dittmannsdorf, Thierbach, Hainichen, Kitzscher, Trages

[illegible]

<b>Frau Illguth</b> 03433/ 241 2314 <a href="mailto:erik.winter@lk-l.de">erik.winter@lk-l.de</a> Christiane Illguth@lk-l.de  Fax: 03437/ 984 99 2314	<b>Pegau</b>  <b>Elstertrebnitz</b>	Großstorkwitz, Pegau, Weideroda  Elstertrebnitz
<b>Herr Albert</b> (Frau Nehring) 03433/ 241 2320 alexander.albert@lk-l.de Fax: 03437/ 984 99 2320	<b>Markkleeberg</b>	Auenhain, Gaschwitz, Großstädteln, Wachau Markkleeberg – Ost und Mitte <u>bis</u> Bahnschienen, <b>einschließlich</b> F.-Ebert-Str.und Ring
<b>Frau Nehring</b> (Herr Albert) 03433/ 241 2319 <a href="mailto:kerstin.nehring@lk-l.de">kerstin.nehring@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2319	<b>Markkleeberg</b>	Markkleeberg – West, - Mitte <u>ab</u> Bahnschienen <u>ohne</u> F.-Ebert-Str. und Ring
<b>Frau Eidam</b> (Frau Haustein) 03433/ 241 2311 <a href="mailto:nadine.eidam@lk-l.de">nadine.eidam@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2311	<b>Borna</b> (incl. OT)	<b>Buchstaben A – K</b>  (bezogen auf die Nachnamen des Kindes)
<b>Frau Haunstein</b> (Frau Eidam) 03433/ 241 2315 <a href="mailto:susann.Haunstein@lk-l.de">susann.Haunstein@lk-l.de</a> Fax: 03437/ 984 99 2315	<b>Borna</b> (incl. OT)	<b>Buchstaben L – Z</b>  (bezogen auf die Nachnamen des Kindes)

**Während der Schließzeit des Jugendamtes übernimmt der Kiju-Notdienst  
Landkreis Leipzig dessen besondere Aufgaben:**

- Annahme und Bearbeitung eingehender Meldungen zu einer vermuteten Kindeswohlgefährdung
- Einschätzung des Gefährdungsrisikos
- Aufnahme von Selbstmeldern

**Kontaktdaten**

Tanndorfer Fürstenweg 5	Tel. 034381/ 55 64 4
04680 Colditz OT Tanndorf	Mobil 0152 02 08 81 04

<b>SozialarbeiterInnen - Bereich Eingliederungshilfe nach SGB VIII und SGB XII für Kinder und Jugendliche</b>	
<b>Frau Schmidt</b> (Frau Werner, Frau Geuthel)  03437/ 984 2221 <a href="mailto:jana.schmidt@lk-l.de">jana.schmidt@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2221	- EGH nach SGB XII sowie § 35a SGB VIII  Grimma, Otterwisch, Parthenstein, Belgershain, Naunhof, Trebsen, Bennewitz, Wurzen, Lossatal, Thallwitz
<b>Frau Werner</b> (Frau Schmidt, Frau Geuthel)  03437/ 984 2223 <a href="mailto:doreen.werner@lk-l.de">doreen.werner@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2223	- EGH nach SGB XII sowie § 35a SGB VIII  Markranstädt, Pegau, Zwenkau, Elstertrebnitz, Groitzsch, Böhlen, Rötha, Espenhain, Großpösna, Markkleeberg
<b>Frau Geuthel</b> (Frau Schmidt, Frau Werner)  03437/ 984 2245 <a href="mailto:Heike.geuthel@lk-l.de">Heike.geuthel@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2245	- EGH nach SGB XII sowie § 35a SGB VIII  Neukieritzsch, Regis-Breitingen, Borna, Kitzscher, Bad Lausick, Frohburg, Colditz, Geithain, Narsdorf, Kohren-Sahlis

**Sachgebietsleiterin :** Frau Mergner – Stauffenbergstr. 4, 04552 Borna, 6.2.23  
03433/ 241 2310  
barbara.mergner@lk-l.de  
Fax: 03437/ 984 99 2310

**Informationen:**

Fax der Mitarbeiter auf PC: 03437/ 984 99 .... (Nr. des Apparates z.B. 2315)

Dienstsitz Grimma: 04668 Grimma, Haus 2, Parkplatz „Am Prophetenberg“

Dienstsitz Borna: 04552 Borna, Stauffenbergstr. 4, Haus 6, 2.Etage

Postanschrift:

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Jugendamt/ ASD  
z.H. ....  
Stauffenberg Str. 4  
04552 Borna

## • Jugendgerichtshilfe

Die Jugendgerichtshilfe ist Jugendhilfe in Ermittlungs- und Strafverfahren. Sie ist ein Angebot an Jugendliche (zur Tatzeit 14, aber noch nicht 18 Jahre alt) und Heranwachsende (zur Tatzeit 18, aber noch nicht 21 Jahre alt), gegen die Ermittlungen geführt werden und Anklage erhoben wird.

### **Aufgaben der Jugendgerichtshilfe:**

- Im Falle von erstmals und nur gering straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden:  
die Einleitung erzieherischer Maßnahmen mit dem Ziel, die Erhebung der Anklage und damit die förmliche Hauptverhandlung zu umgehen
- Im Falle von wiederholter oder schwerer Delinquenz:  
die Betreuung und Beratung der vor Gericht angeklagten Jugendlichen und ihrer Eltern sowie der angeklagten Heranwachsenden vor, während und nach ihrer Hauptverhandlung
- Vermittlung von Hilfen nach dem SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfe) sowie von Maßnahmen nach Jugendgerichtsgesetz (z. B. Maßnahmen zum Zwecke der Vermeidung von Untersuchungshaft, Betreuung, Gruppenarbeit, Täter-Opfer-Ausgleich, gemeinnützige Arbeit)
- Betreuung von inhaftierten Jugendlichen und Heranwachsenden und die Unterstützung der Wiedereingliederung
- Unterstützung des Gerichts und der Staatsanwaltschaft mit der Abgabe gutachtlicher Stellungnahmen

### **Kontaktdaten**

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Jugendamt / SG bes. soz. Dienste  
Jugendgerichtshilfe  
Stauffenbergstraße 4, Haus 6  
04552 Borna

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Jugendamt / SG bes. soz. Dienste  
Jugendgerichtshilfe  
Karl-Marx-Straße 22, Haus 2  
04668 Grimma

Der/Die richtige AnsprechpartnerIn richtet sich nach dem Wohnort im Landkreis Leipzig. Eine Übersicht über Zuständigkeiten sowie weitere Kontaktdaten finden Sie unter [www.landkreisleipzig.de](http://www.landkreisleipzig.de)

## • Kindertagesstätten-Fachberatung

Im Landkreis Leipzig sind zwei Kindertagesstätten-Fachberaterinnen tätig, welche den Erzieherinnen, Leiterinnen, kommunalen und freien Trägern von Kitas, Eltern und Tagespflegepersonen fachlich zur Seite stehen.

### **Aufgaben der Kindertagesstätten-Fachberatung:**

- Fachberatung zu allen organisatorischen, inhaltlichen sowie konzeptionellen Fragen der pädagogischen Arbeit in den Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen
- Fachberatung im Rahmen der Gestaltung von Fortbildungsangeboten und berufsbegleitenden Weiterbildungsmaßnahmen und deren Inhalte für das pädagogische Personal in den Kitas und für Tagespflegepersonen
- Erstellen und Fortschreiben einer aktuellen Bedarfsplanung für Kindertagesbetreuung, um ein bedarfsgerechtes Angebot an Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen im Landkreis Leipzig zu sichern
- Sicherung der Vorhaltepflcht von Tagespflegeplätzen und Aufbau eines Netzes von Tagespflegepersonen im Landkreis
- Mitwirkung bei der Gewährleistung der Rechtssicherheit beim Betreiben von Kitas oder Tagespflegestellen

### **Kontakt Daten**

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Jugendamt / SG bes. soz. Dienste  
Frau Ingrid Leutelt  
Stauffenbergstraße 4, Haus 6  
04552 Borna  
Tel. +49 (3433) 241-2356  
Fax +49 (3437) 98499-2356  
Mail: [ingrid.leutelt@lk-l.de](mailto:ingrid.leutelt@lk-l.de)

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Jugendamt / SG bes. soz. Dienste  
Frau Annett Pöhnert  
Karl-Marx-Straße 22, Haus 2  
04668 Grimma  
Tel. +49 (3437) 984-2357  
Fax +49 (3437) 98499-2357  
Mail: [annett.poehnert@lk-l.de](mailto:annett.poehnert@lk-l.de)

## ❖ **Kinder- und Jugendnotdienst Landkreis Leipzig**

Träger des kiju-Notdienstes ist das Bildungs- und Sozialwerk e.V.

### **Aufgaben des Kinder- und Jugendnotdienstes:**

... während der Schließzeit des Jugendamtes übernimmt der kiju-Notdienst dessen besondere Aufgaben:

- Annahme und Bearbeitung eingehender Meldungen zu einer vermuteten Kindeswohlgefährdung
- Einschätzung des Gefährdungsrisikos
- Aufnahme von Selbstmeldern

... Tägliche Aufgaben des kiju-Notdienst:

- Schutz, Versorgung, Betreuung, Beratung rund um die Uhr an 365 Tagen
- Unterstützung bei Gesprächen z.B. mit Eltern, Schule, Jugendamt oder anderen Einrichtungen
- Klärung und Vermittlung von Hilfeangeboten zur Krisenbewältigung

### **Kapazität:**

- 8 Plätze für Jungen und Mädchen im Alter von 0 bis zum 18. Lebensjahr im Bereich der Inobhutnahme

### **Kontakt Daten**

Kiju Notdienst LK-L Tanndorfer Fürstenweg 5 04680 Tanndorf (Colditz) Tel. 034381/ 55644 Mobil 0152 02 08 81 04 Fax 034381/ 55655
---



# 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

## 6.2 Gesundheitswesen

---

### ❖ Gesundheitsamt Landkreis Leipzig

Das Gesundheitsamt, bestehend aus den Sachgebieten Amtsärztlicher Beratungsdienst, Hygiene, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst und Psychosozialer Dienst, betreut folgende Aufgabenbereiche:

#### Aufgaben des Gesundheitsamtes:

- Amtsärztliche Begutachtungen/Tuberkulosebetreuung
- Impfstelle
- Schwangerschaft/Mutterschaft
- Behindertenberatung/Onkologie/AIDS-Beratung
- Infektionsschutz
- Umwelthygiene
- Krankenhaushygiene
- Jugendärztlicher Dienst
- Jugendzahnärztlicher Dienst
- Prävention/Gesundheitsförderung
- Sozialpsychiatrischer Dienst
- Suchtberatungs- und Behandlungsstelle
- Kontakt-Beratungsstelle

#### Kontaktdaten

Umfangreiche Hinweise, Öffnungszeiten und Telefonnummern:  
[www.landkreisleipzig.de](http://www.landkreisleipzig.de)

<b>Hauptsitz:</b> Bahnhofstraße 4, Gebäude 42, 04668 Grimma	Telefon: 03437 984 2401 Mail: <a href="mailto:gesundheitsamt@lk-l.de">gesundheitsamt@lk-l.de</a>
---	---

**Außenstelle:** Stauffenbergstr. 4, Haus 6, 04552 Borna

**Psychosozialer Dienst, Schwangerenberatung,  
Aufsuchende Suchtberatung:**  
Karl-Marx-Straße 17, Haus 5a, 04668 Grimma

## ❖ **Frühförder- und Beratungsstellen**

### **Anlaufstelle für Familien mit entwicklungsauffälligen Kindern:**

- Unsere interdisziplinären Teams bestehen aus verschiedenen Fachkräften, die durch enge Kooperation die Entwicklung der Kinder umfassend, ganzheitlich und individuell unterstützen können.
- Das Angebot reicht von heilpädagogischer Frühförderung, über psychologische Beratung und Diagnostik bis hin zu speziellen Therapien im Rahmen der Ergotherapie

Frühförderung ist ein System von interdisziplinär abgestimmten Hilfen für behinderte bzw. von Behinderung bedrohte Kinder (Geburt bis Schuleintritt)

### **Aufgaben der Frühförderung:**

- Entwicklungsauffälligkeiten frühzeitig zu erkennen
- Einer Vergrößerung der Entwicklungsrückstände entgegenzuwirken
- Die Behinderung des Kindes zu beheben oder zu mildern
- Die Unterstützung und Stärkung der Familie
- Öffentlichkeitsarbeit für die Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen

### **Wir bieten Hilfe bei:**

- Entwicklungsstörungen oder –verzögerungen
- seelischer, geistiger oder körperlicher Behinderung bzw. wenn eine solche Behinderung droht
- Auffälligkeiten in der Sprachentwicklung
- Wahrnehmungsstörungen
- Motorischen Entwicklungsverzögerungen
- Verhaltensauffälligkeiten, Problemen im Sozialverhalten
- Angststörungen
- Frühkindlichem Autismus
- Bindungsstörungen

## **Kontaktaten**

### **AWO Frühförder- und Beratungsstelle**

Am Bahnhof 1

04808 Wurzen

Tel.: 03425 / 923232

Fax: 03425 / 8519788

Email: [fruehfoerderstelle-wurzen@awo-mulde-collm.de](mailto:fruehfoerderstelle-wurzen@awo-mulde-collm.de)

Web: [www.awo-fruehfoerderstelle.de](http://www.awo-fruehfoerderstelle.de)

### **Interdisziplinäre Frühförder- und Beratungsstelle der Lebenshilfe Grimma e.V.**

Südstraße 80/ Gebäude 90

04668 Grimma

Tel.: 03437/ 971993 oder 03437/ 971990

Fax: 03437/ 971994

Email: [ifb@lebenshilfe-grimma.de](mailto:ifb@lebenshilfe-grimma.de)

Web: [www.lebenshilfe-grimma.de](http://www.lebenshilfe-grimma.de)

### **Humanitas gGmbH Frühförderstelle**

Raupenhainer Str. 45

D-04552 Borna / Gnandorf

Tel.: (03433) 90 50 81

Fax.: (03433) 90 50 81

e-mail: [FFSTBorna-gGmbH@humanitas-leipzig.de](mailto:FFSTBorna-gGmbH@humanitas-leipzig.de)

### **Interdisziplinäre Frühförderstelle Reinker**

Brauhausstr. 5

04552 Borna

Tel.: 03433 / 74 66 301

Web: [www.reinker.org](http://www.reinker.org)

Hauptstraße 8

04416 Markkleeberg

Tel.: 03433 / 350 16 36

Web: [www.reinker.org](http://www.reinker.org)

Glück-Auf-Weg 2a

04567 Kitzscher

Tel.: 03433 / 260 43 46

Web: [www.reinker.org](http://www.reinker.org)

Bahnhofstraße 1

04634 Geithain

Tel.: 0172 / 634 47 70

Web: [www.reinker.org](http://www.reinker.org)

### **Sozialpädiatrisches Zentrum (SPZ) Leipzig mit Außenstelle im Sana Klinikum Borna**

Dr. med. Susann Fischer/

Dr. med. Jana Schönbach

Rudolf-Virchow-Straße 2

04552 Borna

E-Mail: [susann.fischer@sana.de](mailto:susann.fischer@sana.de)

E-Mail: [jana.schoenbach@sana.de](mailto:jana.schoenbach@sana.de)

Tel.: Tel.: 03433 21-1601

## ❖ **Schwangerschaftsberatung**

Die Beratungsstellen sind staatlich anerkannt und bieten kostenlos und auf Wunsch anonym Beratung zu allen Fragen bezüglich der Schwangerschaft, Familien- und Lebensplanung an. Ziel ist es, gemeinsam eine Verbesserung der individuellen, familiären und sozialen Lebenssituation zu erreichen.

### **Zielgruppe:**

Schwangere, Familien, Paare und einzelne Ratsuchende

### **Aufgaben der Schwangerschaftsberatung:**

Die einzelnen Beratungsstellen haben unterschiedliche Angebote, die bei Bedarf erfragt werden können.

- Beratung Hilfe und Begleitung im Schwangerschaftskonflikt (§§ 218, 219)
- Vermittlung finanzieller Hilfen:
  - Antragsbearbeitung der Bundes- und Landesstiftung
    - Hilfen für Mutter und Kind
    - Hilfen für Familien in Not
- Beratung zu Fragen des Mutterschutzes, Elterngeldes und Elternzeit, Arbeitslosengeld II, Kindergeld und weiteren Beratungs- und Betreuungsangeboten
- Informationen zu rechtlichen Bestimmungen, finanziellen Hilfen, Begleitung und Unterstützung bei der Geltendmachung gesetzlicher Ansprüche
- Beratung zu Verhütungsmöglichkeiten und Familienplanung
- Beratung zu Pränataldiagnostik
- Individuelle Elternberatung nach der Geburt
- Beratung zu Problemen in der Familie, Ehe, Partnerschaft und in Lebenskrisen
- Gruppenarbeit

### **Besonderheiten:**

Termine nach Vereinbarung!

Hausbesuche bei Bedarf möglich.

Ort	Ansprechpartner
<p>DRK KV Leipzig-Land e.V. Schwangerschafts-, Familien-, Ehe- und Lebensberatung</p> <p><b><u>Zwenkau</u></b> Schulstraße 15 04442 Zwenkau</p> <p><b><u>Markkleeberg</u></b> Kirchallee 1 04416 Markkleeberg</p> <p><b><u>Markranstädt</u></b> Teichweg 16 04420 Markranstädt</p> <p><b><u>Borna</u></b> Roßmarksche Straße 4 04552 Borna</p>	<p>E-Mail: <a href="mailto:schwangerenberatung@drk-leipzig-land.de">schwangerenberatung@drk-leipzig-land.de</a> <a href="http://www.drk-leipzig-land.de">www.drk-leipzig-land.de</a></p> <p>Frau Dix Frau Knoch-Lotter Frau Haine <b>Tel: 034203/ 492 40</b> Fax: 034203/ 491 02</p> <p>Frau Dix Tel.: 0341/ 35 41 12 24</p> <p>Frau Knoch-Lotter Tel.: 034205/ 842 80</p> <p>Frau Grabias Frau Haine Tel.: 03433/ 91 90 73 Fax: 03433/ 91 90 74</p>
<p><b><u>Grimma</u></b> Landratsamt Landkreis Leipzig Gesundheitsamt Schwangerenberatungsstelle Leipziger Str. 42 04668 Grimma</p>	<p>Frau Böhme Tel: 03437/98 42 415 Fax: 03437/ 98 49 92 415 <a href="mailto:Ute.boehme@lk-l.de">Ute.boehme@lk-l.de</a></p>
<p><b><u>Wurzen</u></b> pro familia Landesverband Sachsen e.V. Schwangerenberatungsstelle Wurzen Friedrich-Ebert-Straße 2 04808 Wurzen</p>	<p>Frau Zwietz Tel: 03425/984308 Fax: 03425/984292 <a href="mailto:wurzen@profamilia.de">wurzen@profamilia.de</a> <a href="http://www.profamilia-sachsen.de">www.profamilia-sachsen.de</a></p>
<p>Diakonisches Werk im KBZ Leipziger Land e.V.</p> <p><b><u>Geithain</u></b> Markt 8 04643 Geithain</p> <p><b><u>Markranstädt</u></b> Schulstr. 7 04420 Markranstädt</p>	<p>Frau Dürrling Tel: 034296/944971 <a href="mailto:skb@diakonie-leipziger-land.de">skb@diakonie-leipziger-land.de</a></p> <p>Frau Dürrling Tel: 034205/209816 <a href="mailto:skb@diakonie-leipziger-land.de">skb@diakonie-leipziger-land.de</a></p>

## ❖ Suchtberatung

### Zielgruppe:

- Betroffene und deren
  - o Angehörige
  - o Freunde
  - o Kollegen
- Einrichtungen und Dienste

### Aufgaben der Suchtberatung:

- Beratung und Betreuung
- Vermittlung zu ambulanten und stationären Entgiftungsbehandlungen
- Ambulante Begleitung beim Leben ohne Suchtmittel
- Hilfe in Krisensituationen
- Therapievorbereitung, -vermittlung und -nachsorge
- Aufsuchende Arbeit
- Unterstützung in behördlichen und sozialen Angelegenheiten
- Veranstaltungen zur Suchtprävention
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen
- psychosoziale Betreuung bei Substitutionsbehandlung

Die Beratung erfolgt kostenlos, vertraulich und anonym!

Die MitarbeiterInnen der Beratungsstellen unterliegen der Schweigepflicht!

### Kontakt Daten

Ort	Telefon
Landratsamt Landkreis Leipzig Gesundheitsamt / Suchtberatung  <b>Borna</b> Stauffenbergstraße 4, Haus 6 04552 Borna  <b>Geithain</b> Colditzer Straße 1 04643 Geithain	          Tel.: 03433/241 2473-2475 andreas.freiberger@lk-l.de      Tel.: 034341/339770 andreas.freiberger@lk-l.de

<p>Trägerwerk Soziale Dienste in Sachsen GmbH Suchtberatungs- und Behandlungsstelle</p> <p><b>Grimma</b> Karl-Marx-Straße 17 04668 Grimma</p> <p><b>Wurzen</b> Dr.-Külz-Straße 5 04808 Wurzen</p> <p><b>Colditz</b> Töpfergasse 4 04680 Colditz</p> <p><b>Borsdorf</b> Rathausstraße 1 (Hinterhaus) 04451 Borsdorf</p>	<p>sbb-grimma@traegerwerk-sachsen.de</p> <p>Tel.: 03437/941 6464 sbb-grimma@traegerwerk-sachsen.de</p> <p>Tel.: 03425/852315 sbb-grimma@traegerwerk-sachsen.de</p> <p>Tel.: 0162/830 69 70 sbb-grimma@traegerwerk-sachsen.de</p> <p>Tel.: 0162/8306962 sbb-grimma@traegerwerk-sachsen.de</p>
<p>DRK KV Leipzig-Land e.V. Psychosoziale Beratungsstelle für Suchtkranke und Angehörige</p> <p><b>Markkleeberg</b> Kirchallee 1 04416 Markkleeberg</p> <p><b>Zwenkau</b> Schulstraße 15 04442 Zwenkau</p> <p><b>Markranstädt</b> Teichweg 16 04420 Markranstädt</p>	<p>suchtberatung@drk-leipzig-land.de</p> <p>Tel.: 0341/3580762 suchtberatung@drk-leipzig-land.de</p> <p>Tel.: 034203/49220 suchtberatung@drk-leipzig-land.de</p> <p>Tel.: 034205/44340 suchtberatung@drk-leipzig-land.de</p>

### **Aufsuchende Suchtberatung:**

Gesundheitsamt Landkreis Leipzig

Karl-Marx-Straße 17, Haus 5 A, Zimmer 219, 04668 Grimma

Jana Junghans

Tel.: 03437/2457

E-Mail: [jana.junghans@lk-l.de](mailto:jana.junghans@lk-l.de)

## ❖ Sana Kliniken Leipziger Land - Borna

Die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin der Sana Kliniken Leipziger Land in Borna, engagiert sich schon seit mehreren Jahren in enger Zusammenarbeit mit den niedergelassenen Kinderärzten, Hebammen, Mitarbeitern des Jugendamtes und des Allgemeinen Sozialdienstes sowie anderer Einrichtungen wie Kindertagesstätten und Schulen verschiedener Träger im Kinderschutz des Landkreises. Die Kinderklinik **betreut Kinder und Jugendliche von 0 – 18 Jahren**, einschl. frühgeborener Kinder, auf zwei Stationen. Auf einer allgemeinpädiatrischen Station können Kinder vom Säuglings- bis zum Jugendalter betreut werden. Auf Wunsch wird ein **Elternteil stationär mit aufgenommen**, um den Aufenthalt für das Kind so angenehm wie möglich zu gestalten. Zur Betreuung steht uns ein Team von z. T. hoch spezialisierten Kinderärzten und engagierten Kinderkrankenschwestern sowie Fachkollegen anderer Disziplinen des Hauses zur Verfügung. Folgende ärztliche Spezialisierungen sind vorhanden: **Neonatologie (Neugeborenenmedizin), Kinderkardiologie, Neuropädiatrie, Kinderintensivmedizin, Kinderchirurgie, Kinderradiologie, Kinder- und Jugendpsychologie.**

Eine **Kindernotfallambulanz ist rund um die Uhr ärztlich besetzt**. Der diensthabende Arzt kann ggf. in Absprache mit anderen Ärzten entscheiden, ob eine weitere Behandlung notwendig ist, ob eine Behandlung ambulant oder stationär anzuraten ist oder ob in seltenen Fällen ein Intensivtransport in ein Zentrum (Universität Leipzig) erfolgen muss. Zur Akutversorgung unserer Patienten stehen **Intensivüberwachungsbehandlungsplätze** zur Verfügung. Die Klinik verfügt über einen ausgebildeten Kinderchirurgen. Ein weiterer hoch spezialisierter Kinderchirurg, der wöchentlich Kinder mit betreut, kann im Notfall außerplanmäßig hinzugezogen werden.

Alle modernen diagnostischen Untersuchungen sind in der Klinik möglich. Zum Ärzteteam gehören ein ausgebildeter **Kinderradiologe** sowie weitere Radiologen mit langjähriger kinderradiologischer Erfahrung. Durchgeführt werden CT-Untersuchungen, MRT-Untersuchungen – auch in Narkose, Durchleuchtungen, spezielle Untersuchungen des Darmes und Harntraktes, Endoskopien des oberen und unteren Verdauungstraktes sowie Szintigraphien.



Zu unserem Team gehören zwei Kinderärzte mit **Subspezialisierung** für **Neuropädiatrie**, die sich u. a. mit **Entwicklungsverzögerungen** und **Entwicklungsstörungen** von Kindern und Jugendlichen befassen können. Bei entsprechender Indikation kann eine **Humangenetikerin** zur Klärung von vererbten Erkrankungen hinzugezogen werden.

Ebenfalls zu unserem Behandlungsteam zählt eine ausgebildete **Kinder- und Jugendlichenpsychologin und –psychotherapeutin**. Dadurch können differenzierte Entwicklungstests und die Diagnostik von Leistungsstörungen bzw. Teilleistungsstörungen geboten werden. Bei Verdacht auf **Kindeswohlgefährdung** stellt eine **psychologische Diagnostik** einen ganz wichtigen Baustein zur diagnostischen Abklärung und der Beginn einer Psychotherapie eine wichtige therapeutische Intervention dar. In vielen Fällen können Wege, die die Entlassung des Kindes begleiten, durch die **Sozialarbeiterinnen** des Hauses mitgebahnt werden.

Gemeinsam mit der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe bildet die Neugeborenenmedizin der Kinderklinik ein **Perinatalzentrum der Stufe 2**. Es werden Risikoschwangerschaften, Kinder mit angeborenen Fehlbildungen, Neugeborene mit Anpassungsstörungen und Frühgeborene betreut.

Besonderer Wert wird auf eine sehr enge Mutter-Kind-Bindung während des gesamten stationären Aufenthaltes gelegt. Die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin und für Gynäkologie, Geburtshilfe stehen im Zertifizierungsprozess der UNICEF für die Initiative „**Babyfreundliches Krankenhaus**“.

Gemeinsam mit niedergelassenen Kinderärzten, Hebammen, Mitarbeitern des Jugendamtes wird allen Müttern ein **Unterstützungsprogramm für Neugeborene** angeboten. Besonders kommt dieses Programm der ersten kleinen Schritte Müttern und Familien zugute, deren Kinder Risikofaktoren für eine frühzeitige Kindeswohlgefährdung aufweisen.

Ebenso wird allen Eltern neugeborener Kinder nach der Entlassung aus der Geburtsklinik die Teilnahme und Mitwirkung an der Elternschule mit vielfältigen Programmen angeboten.

### **Kontaktaten**

Adresse:

Rudolf Virchow-Straße 2

04552 Borna

Zentrale Notaufnahme (24 Stunden besetzt)

0 34 33 / 21 – 0

Terminvereinbarung Klinik für Kinder- und Jugendmedizin

0 34 33 / 21 – 16 01

0 34 33 / 21 – 16 18

Kinderstation (Mo. – Fr. 8 Uhr bis 16 Uhr)

0 34 33 / 21 – 16 16

0 34 33 / 21 – 16 15

### **Kinderschutzgruppe**

Ansprechpartner:

Fr. Dipl. Psych.Burdack / Fr. Dr. med. Schönbach

0 34 33 / 21 – 16 08

Erreichbarkeit außerhalb der Dienstzeiten

0 34 33 / 21 – 16 15

## ❖ Muldentalkliniken GmbH

Die Muldentalkliniken GmbH verfügen über zwei Standorte: Grimma und Wurzen.

Die Abteilung für **Kinder- und Jugendmedizin im Krankenhaus Wurzen** betreut unabhängig von der Art der Erkrankung gesunde und kranke Neugeborene, Säuglinge, Kleinkinder, Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr einschließlich kinderchirurgische Patienten.

Aufgrund der personellen und technischen Ausstattung der Kinderstation können in Wurzen Entbindungen ab der 32. Schwangerschaftswoche erfolgen.

Die Entbindungsabteilung des Krankenhauses Grimma wird ebenfalls konsiliarisch von der Abteilung betreut.

Hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit mit der **Kinderneuropsychiatrischen Institutsambulanz des HELIOS Park-Klinikums Leipzig**, welche sich auf dem Gelände des Wurzener Krankenhauses befindet.

Folgende **Leistungen der Abteilung für Kinder- und Jugendmedizin** sind besonders zu erwähnen:

- 2 x wöchentlich ambulante Sprechstunde durch niedergelassenen Kinderchirurgen, ambulante und stationäre kinderchirurgische Operationen
- 24 Stunden Kindernotfallambulanz
- ambulante und stationäre spezialisierte Ultraschalldiagnostik
- bei Bedarf Organisation spezieller Hilfsangebote für Kinder und Eltern
- 1 x monatlich Elternabend für werdende Eltern
- 1 x monatlich Geschwisterschule für Kinder ab 4 Jahre
- Mitaufnahme eines Elternteils auf der Kinderstation
- Sozialdienst im Haus
- Nachbetreuung durch Hebammen

Kontaktdaten	KH Wurzen	KH Grimma
Adresse	Kutusowstraße 70	Kleiststraße 5
	04808 Wurzen	04668 Grimma
Krankenhauszentrale	03425 93-0	03437 993-0
Notfallambulanz	03425 93-2116	03437 993-111
Kinder- und Jugendstation	03425 93-2219	
Sekretariat Kinder- und Jugendstation	03425 93-2318	
Kreißsaal	03425 93-2312	03437 993-250
Kinderschutzgruppe		
Fr. CÄ Dr. med. Gröger	03425 93-2318	
Außerhalb der Dienstzeiten	03425 93-2118	

## ❖ **HELIOS Park-Klinikum Leipzig: Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie**

In unserer Klinik behandeln wir Kinder und Jugendliche im Alter von 0 - 18 Jahren im ambulanten, tagesklinischen oder vollstationären Setting zur Krisenintervention, Diagnostik und Therapie. Die Behandlung orientiert sich an den therapeutischen Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. Es stehen multiprofessionelle und multimodale Methoden zur Verfügung.

### Unser Leistungsspektrum:

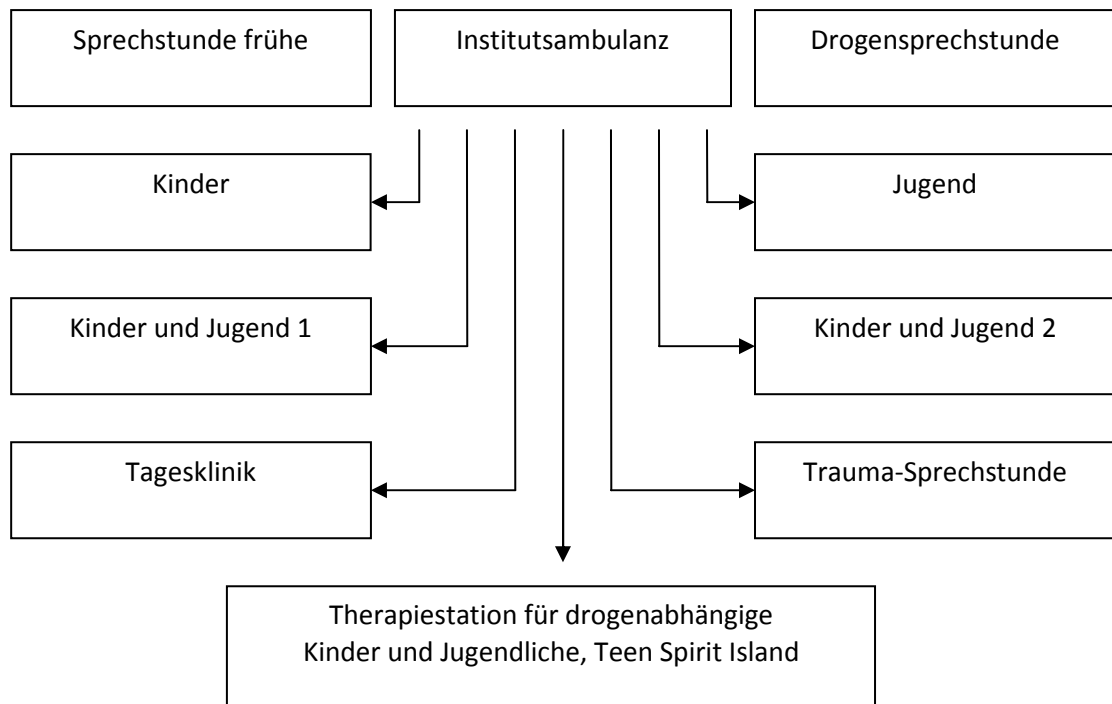
- Entwicklungs- und Verhaltensstörungen
- Posttraumatische Belastungsstörungen
- Anpassungsstörungen
- Psychosen
- psychosomatische Störungen
- Ess-Störungen
- Drogenabhängigkeit
- ADHS
- Depressive Störungen
- Angststörungen
- Zwangsstörungen
- Frühe Interaktionsstörungen
- Persönlichkeitsstörungen

### Behandlungsmethoden:

- psychodynamische Einzel- und Gruppentherapie
- Traumatherapie
- systemische Familienberatung und -therapie
- pädagogisch-therapeutische Elternarbeit
- verhaltenstherapeutisches Training
- Ergotherapie
- Bewegungstherapie
- Akupunktur
- Entspannungsverfahren
- soziales Kompetenztraining
- aktive Freizeitgestaltung

### **Zugangswege:**

Patienten, die kinder- und jugendpsychiatrische Diagnostik, Begutachtung und Therapie benötigen, können sich in der Ambulanz des Park-Klinikum Leipzig bzw. in den Außenstellen in Borna, Grimma, Wurzen bzw. Torgau melden. Es erfolgt ein ambulantes Gespräch zur Klärung der weiteren Vorgehensweise und Zuweisung zum passenden Behandlungssetting.



## Kontakt Daten

### **HELIOS Park-Klinikum Leipzig**

Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie

Morawitzstraße 2, 04289 Leipzig

Chefarzt: Prof. Dr. Med. Andries Korebrits

Tel: 0341 / 864 – 12 51

E-Mail: [andries.korebrits@helios-kliniken.de](mailto:andries.korebrits@helios-kliniken.de)

### **Institutsambulanz Leipzig**

Tel: 0341 / 864 1301

Außerhalb der regulären Öffnungszeiten melden Sie sich bitte unter folgender

Telefonnummer: 0341 / 864 1000

### **Kompetenzzentrum Borna**

Haus H

Rudolf-Virchow-Str. 2

04552 Borna

Tel: 03433 / 77 888 20

### **Kompetenzzentrum Wurzen**

03425 / 856 – 59 10

Dienstag Sprechstunde in Grimma

## ❖ Kinderärzte

Die Kontaktdaten der Kinderärzte sind alphabetisch nach Ortsnamen geordnet. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit

<b>Borna</b> Dipl. Med. Peter Gebauer Leipziger Straße 26a 04552 Borna  Dipl. Med. Alexandra Keller Rudolf-Virchow-Straße 2 04552 Borna  Dipl. Med. Yohannes Menedo Rudolf-Virchow-Straße 2 04552 Borna  Dipl. Med. Antje Ritter Raupenhainer Straße 100 04552 Borna	Tel.: 03433 27090 Fax: 03433 270929  Tel.: 03433 211601  Tel.: 03433 211630 Fax: 03433 211631  Tel.: 03433 905050 Fax: 03433 905430
<b>Böhlen</b> Gemeinschaftspraxis Dr. Med. Christoph Eymann Röthaer Straße 5 04564 Böhlen	Tel.: 034206 51700 Fax: 034206 51735
<b>Brandis</b> Dr. Med. Marlies Heinze Markt 13 04821 Brandis	Tel.: 034292 72021 Fax: 034292 78949

<b>Colditz</b> Dipl. Med. Christina Gerth Sophienstraße 12 04680 Colditz	Tel.: 034381 42029 Fax: 034381 42029
<b>Geithain</b> Dr. Med. Annemarie Hommel Dresdner Straße 36 04643 Geithain	Tel.: 034341 33134 Fax: 04331 33257
<b>Grimma</b> Dr. Med. Dirk Hausen Straße des Friedens 27 04668 Grimma  Dipl.-Med. Vetterlein Vorwerkstraße 1 04668 Grimma	Tel.: 03437 911214 Fax: 03437 916867  Tel.: 03437 942289 Fax: 03437 942230
<b>Kitzscher</b> Dipl. Med. Christine Gregor Ernst-Schneller-Straße 2 04567 Kitzscher	Tel.: 03433 741135 Fax: 03433 741135
<b>Markkleeberg</b> Dr. Med. Anja Sierpinski Rathausstraße 7 04416 Markkleeberg  Dr. Med. Christiane Brech Ring 18 04416 Markkleeberg	Tel.: 0341 3581501 Fax: 0341 3581585  Tel.: 0341 3580451 Fax: 0341 3580580



<b>Markranstädt</b> Gemeinschaftspraxis Dr. Med. Eileen Hempel Dr. Med. Christoph Eymann Eisenbahnstraße 10 04420 Markranstädt	Tel.: 034205 423049 Fax: 034205 423086
<b>Mutzschen</b> Dr. Med. Steffen Sachse Markt 1 04688 Mutzschen	Tel.: 034385 51374 Fax: 034385 539881
<b>Naunhof</b> Dipl. Med. Peter Fischer Lindenstraße 17 04683 Naunhof	Tel.: 034293 29183 Fax: 034293 35941
<b>Rötha</b> Dipl. Med. Gudrun Schleicher Markt 8 04571 Rötha	Tel.: 034206 72481 Fax: 034206 68503
<b>Wurzen</b> Dipl. Med. Steffi Köpsel Martin-Luther-Straße 21 04808 Wurzen  Dr. med. Anja Krause Dipl. Med. Gabriele Sachse Kutusowstraße 70 04808 Wurzen  Dipl. Med. Beate Junghans Heinrich-Heine-Straße 3 04808 Wurzen	Tel.: 03425 928377 Fax: 03425 928358  Tel.: 03425 932601 Fax: 03425 932611  Tel.: 03425 923020 Fax: 03425 818429

**Zwenkau**

Dr. Med. Brunhilde Richter

Wasserturmstraße 5

04442 Zwenkau

Tel.: 034203 32185

Fax: 034203 43744

## ❖ Hebammen

Hebammen sind die Fachkräfte in der Betreuung und Beratung rund um die Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Ein Ziel der Hebammenhilfe ist die gezielte Unterstützung der werdenden Mütter in den verschiedenen Alltagssituationen.

Die Hebammenhilfe ist eine Dienstleistung die in der Regel während der Schwangerschaft bis acht Wochen nach der Geburt durch die gesetzliche Krankenversicherung getragen wird. Für genauere Informationen können sich die Familien beziehungsweise die werdenden Mütter mit ihrer Krankenkasse in Verbindung setzen. Im Falle einer Privatversicherung müsste eine Abklärung über die Angebote der Versicherung erfolgen.

Zu den Angeboten einer Hebamme gehören u. a.:

- Vorsorgeuntersuchungen
- Geburtsvorbereitung
- Betreuung während der Geburt
- Stillberatung
- Hinweise zur Pflege des Babys
- Nachsorge
- Wochenbett

Des Weiteren ist es den einzelnen Hebammen möglich zusätzliche Angebote (Kurse) zu initiieren.

**Kontaktdaten der Hebammen im Landkreis Leipzig unter**  
**[www.hebammensuche.de](http://www.hebammensuche.de)**

## ❖ Gynäkologen

Die Kontaktdaten der Gynäkologen sind alphabetisch nach Ortsnamen sortiert. Sie erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

<b>Bad Lausick</b> Dr.med. Ives Reiche Straße der Einheit 51 04651 Bad Lausick	Tel. 034345 22416 Fax 034345 25235
<b>Borna</b> Dr.med. Carsten Schetschorke Kirchstraße 24 04552 Borna  Dr.med. Ute Trümper Brühl 1 04552 Borna  Antje Hansen Heinrichstraße 5 04552 Borna	Tel. 03433 204050 Fax 03433 260286  Tel. 03433 204060 Fax 03433 204060  Tel.: 03433 205212
<b>Groitzsch</b> Dr.med. Ulrike Burkhardt Markt 11 04539 Groitzsch	Tel. 034296 40940 Fax 034296 40950
<b>Kitzscher</b> Dr.med. Ines Lenk Ernst-Schneller-Straße 2 04567 Kitzscher	Tel. 03433 741190 Fax 03433 777688

<b>Markkleeberg</b> Dipl.med. Astrid von Nyssen-Naumann Ring 7a 04416 Markkleeberg  Dr.med. Hans-Jürgen Wolf Ring 18 04416 Markkleeberg	Tel. 0341 3580613 Fax 0341 3580722  Tel. 0341 3581767 Fax 0341 3581768
<b>Wurzen</b> Dipl.med. Amir Miri Martin-Luther-Straße 21 04808 Wurzen  Dipl.med. Jürgen Klaußner Dresdener Straße 34a 04808 Wurzen  Dipl.med. Ilka Gröger Schillerstraße 44 04808 Wurzen	Tel. 03425 926523 Fax 03425 8531579  Tel. 03425 929903 Fax 03425 853737  Tel. 03425 923081 Fax 03425 818599
<b>Zwenkau</b> Dr.med. Adalbert Rösch Wasserturmstraße 5 04442 Zwenkau	Tel. 034203/32181 Fax 034203/62883
<b>Colditz</b> MVZ Schönbach Dipl.med. Christiane Illgen-Weißgerber Colditzer Straße 11 04680 Colditz OT Schönbach  Mandy Bindemann Nicolaistraße 2 04680 Colditz	Tel. 034381/42141 Fax 034381/459984  Tel. 034381/80660 Fax 034381/80620

<b>Grimma</b> Dr.med. Andreas Maerzke Straße des Friedens 27 04668 Grimma  Dr.med. Jürgen Klaußner Bahnhofstraße 13 04668 Grimma	   Tel. 03437/914891 Fax 03437/914891   Tel. 03437/7082558 Fax 03437 7082559
<b>Geithain</b> Tatjana Weber Bahnhofstraße 1 04643 Geithain	  Tel. 03434142462 Fax 03434140645
<b>Machern</b> Dr.med. Claudia Westphal Seitenstraße 30 04827 Machern	 Tel. 034292/75348 Fax 034292/75452

## ❖ **Vermittlung von (sozial)-psychiatrischen Hilfen für psychisch- und suchtkranke Eltern**

Eine psychische Erkrankung der Eltern stellt einen hohen Belastungs- und Risikofaktor für die betroffenen Kinder dar, sodass der Kinderschutz hier eine wichtige Aufgabe aller Professionen ist und einen hohen Stellenwert in der beruflichen Praxis einnimmt.

Psychisch Kranke sollen adäquate Hilfestellungen erhalten, ohne ihr Lebensumfeld aufgeben zu müssen.

Das Gesundheitsamt bietet eine Orientierungshilfe um schnellstmöglich erste Anlaufstellen zu finden und somit die Versorgung psychisch Kranker zu sichern.

### **Kontakt Daten**

Gesundheitsamt, Landratsamt Landkreis Leipzig  
SG Psychosozialer Dienst  
Frau Dr. Koenitz  
Karl – Marx – Straße 17  
04668 Grimma  
Tel: 03437/ 984 2454  
Fax: 03437/ 984 99 2454  
Mail: Ina.Koenitz@lk-l.de

### **Aufsuchende Suchtberatung des Gesundheitsamtes Landkreis Leipzig**

#### **Angebot:**

- Erstberatung und evtl. Hilfebedarfsplanung bei Abhängigkeitserkrankungen und in psychosozialen Krisen
- Hilfe beim Ausfüllen von Formularen und beim Stellen von Anträgen
- Begleitung bei Behördengängen
- Vermittlung suchttherapeutischer Behandlungen und weiterführenden Hilfen

### **Kontakt Daten**

Gesundheitsamt, Landratsamt Landkreis Leipzig  
Frau Junghans  
Karl – Marx – Straße 17  
04668 Grimma  
Tel: 03437/ 984 2457  
Fax: 03437/ 984 99 2457  
Mail: jana.junghans@lk-l.de

## 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

### 6.3 Beratung und Unterstützung für Familien

---

#### ❖ Familienbildung

**Familien unterstützen**, unter diesem Motto finden unter dem Dachern der beiden Familienzentren Lichtblick e.V. sowie AWO Familienvilla, vielfältige Angebote der Begegnung, Bildung und Beratung für Familien statt. Die Familienzentren sind offene Begegnungsstätten für Mütter, Väter und Kinder und alle Menschen, die sich der Erziehung von Kindern widmen – unabhängig von ihrem sozialen Umfeld. **Zu den Angeboten** gehören soziale Kontakte für die Kleinsten und ihre Eltern in offenen Treffs genauso wie Vorträge zur Kindererziehung oder Kurse zur Kommunikation in der Familie, die Unterstützung von Selbsthilfestrukturen oder die Weitervermittlung an Beratungsstellen. Gerade weil Eltern die Pflicht haben, ihre Kinder zu erziehen, ist es notwendig, ihnen Wege zu zeigen, wie Konfliktsituationen gewaltfrei gelöst werden können.

**FabiMobil** ist als ein mobiles Familienbildungsprojekt konzipiert, welches Veranstaltungen für Eltern und Kinder in Kommunen des Landkreises Leipzig anbietet.

#### Kontakt Daten

<b>AWO Familienvilla Wurzen</b> Am Bahnhof 1 04808 Wurzen Tel.: 03425 / 923232 03425 / 8519788 Email: <a href="mailto:familienvilla@awo-mulde-collm.de">familienvilla@awo-mulde-collm.de</a> <a href="http://www.awo-familienvilla.de">www.awo-familienvilla.de</a>	<b>AWO – MoFa – Mobile Familienbildung</b>  Mobil: 0152/ 24441261 E-Mail: <a href="mailto:MoFa@awo-mulde-collm.de">MoFa@awo-mulde-collm.de</a>
<b>Lichtblick e.V. Familienzentrum</b> Hauptstraße 56 04416 Markkleeberg Tel.: 0341 / 35 42 848 Fax: 0341 / 35 42 863 E-Mail: <a href="mailto:fz@lichtblick-fuer-familien.de">fz@lichtblick-fuer-familien.de</a> <a href="http://www.lichtblick-fuer-familien.de">www.lichtblick-fuer-familien.de</a>	<b>Lichtblick e.V. FabiMobil</b> Tel.: 0341-35022088 E-Mail: <a href="mailto:fabimobil@lichtblick-fuer-familien.de">fabimobil@lichtblick-fuer-familien.de</a> <a href="http://www.lichtblick-fuer-familien.de">www.lichtblick-fuer-familien.de</a>



## ❖ Familienpatenschaften

Wir, die MitarbeiterInnen der Diakonie-Freiwilligenzentrale, sind bemüht Interessenten, die freiwillig aktiv werden wollen, in eine geeignete Familie zu vermitteln. Es handelt sich um Ehrenamtliche, die sich für die Betreuung von Kindern zur Verfügung stellen.

Familien können bei uns ihren Bedarf auf Betreuung eines Kindes anmelden. Wir sind dann bedacht, eine geeignete FamilienpatIn<sup>2</sup> zu finden. Ein erstes Kennenlerngespräch von Familien und PatIn findet unter Beisein der Koordinatorin des Projektes statt. Es wird besprochen, wie die Unterstützung und Entlastung im Alltag durch die PatIn erfolgen kann. In der Regel wird daraufhin eine „Schnupperphase“ vereinbart. Familie und PatIn können nach ca. 4 Wochen des ersten Kennenlernens entscheiden, ob diese Patenschaft weitergeführt werden soll.

### **Aufgabe der Familienpaten und deren Zugangsweg**

Voraussetzung für die ehrenamtliche Arbeit als Familienpate/ -in ist ein erweitertes Führungszeugnis. Das bekommen Interessenten aber kostenfrei. Die Diakonie-Freiwilligenzentrale stellt eine entsprechende Bescheinigung aus. Die Familienpaten werden während ihrer ehrenamtlichen Arbeit in diversen Schulungen durch Fachkräfte unterrichtet, so dass sie sich in Erster Hilfe auskennen und auch familiäre Notsituationen erkennen. Die Koordinatorin des Projektes steht den Freiwilligen und Familien jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung.

Die Aufgaben der Paten in der Familie sind vielfältig und orientieren sich an den eigenen Neigungen, sowohl der Freiwilligen als auch der Kinder und Familien.

Typischerweise gehört zu den Aufgaben:

- Freizeitgestaltung mit den Kinder, z. B. basteln, lesen , Spielplatzbesuch
- Hausaufgabenhilfe
- Begleitung zum Arztbesuch, Musikschule, Sport etc.
- Abholen von der Betreuungseinrichtung
- Unterstützung in Erziehungsfragen

---

<sup>2</sup> Familienpaten können sowohl Männer als auch Frauen werden

Das Familienpatenschaftsprojekt ist insbesondere auf Familien mit Kindern von 0 bis 7 Jahre ausgelegt, die im Landkreis Leipzig wohnen und auf Hilfe durch Familienpaten aus unterschiedlichsten Gründen angewiesen sind.

Wir unterstützen insbesondere:

- sehr junge Eltern
- Alleinerziehende
- Eltern in Trennungs-und Scheidungssituation
- Familien, die isoliert leben und kein funktionierendes Netzwerk haben
- Familien mit Mehrfachbelastungen wie: Krankheit, Behinderung, Arbeitslosigkeit,
- Familien mit Migrationshintergrund, die ungenügend integriert sind

### **Kontakt Daten**

Diakonie Leipziger Land Freiwilligenzentrale Grimma Markt 2, 04668 Grimma Telefon: 03437 / 70 16 22 <a href="mailto:fz.grimma@diakonie-leipziger-land.de">fz.grimma@diakonie-leipziger-land.de</a>
--

## ❖ Erziehungs- und Familienberatung

Erziehungs- und Familienberatung ist ein komplexes Hilfsangebot für Kinder, Jugendliche, Eltern und an der Erziehung beteiligte Personen. Sie verbindet individuelle Hilfen mit präventiven Aktivitäten. In den Beratungsstellen arbeiten multiprofessionelle Fachteams, bestehend aus Diplom-PsychologInnen und Diplom-SozialpädagogInnen und/ oder ErziehungswissenschaftlerInnen.

### Die Beratungsstellen bieten Beratung bei:

- Erziehungsfragen und Familienproblemen,
- Verhaltensauffälligkeiten der Kinder und Jugendlichen,
- Schulproblemen und Entwicklungsstörungen,
- Trennung und Scheidung der Eltern,
- Gewalterfahrungen in der Familie oder in der Schule
- sowie in Lebenskrisen

Es sind Einzel-, Paar- und Familienberatung möglich.

**Die MitarbeiterInnen stehen unter Schweigepflicht und die Beratungen sind kostenfrei.**

<b>Borna</b>	Kirchstr. 8 04552 Borna	☎ 03433 / 803165 <a href="mailto:beratungsstelle-borna@awo-leipzigerland.de">beratungsstelle-borna@awo-leipzigerland.de</a>	AWO Kita und ambulante Dienste GmbH
<b>Geithain (Außenstelle)</b>	Robert-Koch-Str. 8 04643 Geithain	☎ 0173/1807084 <a href="mailto:beratungsstelle-borna@awo-leipzigerland.de">beratungsstelle-borna@awo-leipzigerland.de</a>	AWO Kita und ambulante Dienste GmbH
<b>Böhlen</b>	Leipziger Str. 87 04564 Böhlen	☎ 034206 / 53756 <a href="mailto:verein@wegweiser-boehlen.de">verein@wegweiser-boehlen.de</a>	Wegweiser e.V.
<b>Markkleeberg (Außenstelle)</b>	Hauptstr. 15 04416 Markkleeberg	☎ 0341 / 35 87 188 <a href="mailto:beratungsstelle@wegweiser-boehlen.de">beratungsstelle@wegweiser-boehlen.de</a>	Wegweiser e.V.

<b>Pegau</b>	Napoleonhaus Kirchplatz 9 04523 Pegau	☎ 034296/ 94 74 20 <a href="mailto:kjf@diakonie-leipziger-land.de">kjf@diakonie-leipziger-land.de</a>	Diakonisches Werk im KBZ Leipziger Land e.V.
<b>Markranstädt (Außenstelle)</b>	Schulstr. 7 04420 Markranstädt	☎ 034205 / 20 95 45 <a href="mailto:kjf@diakonie-leipziger-land.de">kjf@diakonie-leipziger-land.de</a>	Diakonisches Werk im KBZ Leipziger Land e.V.
<b>Grimma</b>	Schulstr. 26 04668 Grimma	☎ 03437 / 918096 ErzBSt-Grimma <a href="mailto:@internationaler-bund.de">@internationaler-bund.de</a>	Internationaler Bund für Sozialarbeit e.V.
<b>Naunhof (Außenstelle)</b>	Wurzener Str. 25 04683 Naunhof	☎ 03437/ 91 80 96 <a href="mailto:ErzBSt-Grimma@internationaler-bund.de">ErzBSt-Grimma@internationaler-bund.de</a>	Internationaler Bund für Sozialarbeit e.V.
<b>Colditz (Außenstelle)</b>	Wettiner Ring 17 04680 Colditz	☎ 03437/ 91 80 96 <a href="mailto:ErzBSt-Grimma@internationaler-bund.de">ErzBSt-Grimma@internationaler-bund.de</a>	Internationaler Bund für Sozialarbeit e.V.
<b>Wurzen</b>	Straße des Friedens 18 04808 Wurzen	☎ 03425 / 92 01 87 <a href="mailto:ebs-wurzen@volkssolidaritaet.de">ebs-wurzen@volkssolidaritaet.de</a>	Volkssolidarität Wurzen e.V.

## ❖ DURCHBLICK - Allgemeine Beratungsstelle Markranstädt

Die allgemeine Beratungsstelle Durchblick begleitet Hilfesuchende in den verschiedensten persönlichen Not- und Problemlagen. Sie vermittelt professionelle Beratungs- sowie Hilfsangebote und bietet Unterstützung im „Behördendschunel“.

Durchblick ist Informationsquelle zu familienunterstützenden Angeboten und koordiniert ehrenamtliche Hilfen. Dazu werden vielfältige Angebote von freien Trägern und Institutionen vernetzt. Sie erhalten „Hilfe zur Selbsthilfe“ und werden bei der Bewältigung Ihrer Probleme unterstützt.

Die Hilfe von Durchblick erfolgt zeitnah, vertraulich und in einem geschützten Rahmen. Die Arbeitsweise ist bedarfsorientiert und partnerschaftlich bei der gemeinsamen Entwicklung von Lösungsstrategien und im Zusammenwirken mit anderen Diensten und Institutionen. Bürgernahe Öffnungszeiten sowie Terminvereinbarungen und mobile Beratung geben eine gute Orientierungshilfe im Alltag.

Ein weiteres Leistungsspektrum stellt die Unterstützung im Alltag mit fetalen Alkoholspektrumsstörungen (FASD) dar. Die Beratungsstelle bietet

- Beratung und Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Teilhabeleistungen
- Begleitung im Kontakt mit Behörden
- Informationsmaterial und Seminare für Betroffene und Bezugspersonen
- Informationsveranstaltungen für Institutionen, Freie Träger und sonstige Interessierte
- Beratung im Umgang und der Alltagsbewältigung mit FASD-betroffenen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen
- Informations- und Erfahrungsaustausch in Gruppen und vor Ort

### **Kontaktaten**

---

Allgemeine Beratungsstelle Markranstädt  
Ansprechpartnerin: Gerhild Landeck  
Weißbachweg 1  
04420 Markranstädt  
Tel.: 034205 / 69 97 80  
Mobil: 0172 75 44 700  
Fax: 034205 / 61 147  
E-Mail: [durchblick@markranstaedt.de](mailto:durchblick@markranstaedt.de)

---



## ❖ Sozialamt Landkreis Leipzig

Folgende Leistungen können u. a. beim Sozialamt in Bezug auf die Beratung und Unterstützung von Familien beantragt bzw. in Anspruch genommen werden:

Leistung	Ansprechpartner	Kontakt
Wohngeld und Lastenzuschuss (außer Stadt Borna und Stadt Grimma)	Sachgebietsleiterin Frau Kempfert	03433 / 241 2118
Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII	Sachgebietsleiterin Frau Sachse	03433 / 241 2103
Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaften in Zusammenhang mit der Ausgabe von Schwerbehindertenausweisen	Sachgebietsleiterin Frau Rost	03433 / 241 2127
Landesblindengeld einschl. Nachteilsausgleich z.B. bei Schwerbehinderung von Kindern	Sachgebietsleiterin Frau Rost	03433 / 241 2127
Bundeselterngeld, Landeserziehungsgeld	Sachgebietsleiterin Frau Rost	03433 / 241 2127

### **Kontaktdaten des Sozialamtes**

Umfangreiche Hinweise, Öffnungszeiten und Telefonnummern  
[www.landkreisleipzig.de](http://www.landkreisleipzig.de)

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Sozialamt  
Stauffenbergstraße 4, Haus 6  
04552 Borna  
Tel. +49 (3433) 241 - 2101

Landratsamt Landkreis Leipzig  
Sozialamt  
Karl-Marx-Straße 22, Haus 2  
04668 Grimma  
Tel. +49 (3437) 984 - 2141

E-Mail: [sozialamt@lk-l.de](mailto:sozialamt@lk-l.de)

## ❖ Kommunales Jobcenter Landkreis Leipzig

Das Kommunale Jobcenter des Landkreises Leipzig bietet finanzielle Unterstützung, wenn das Familieneinkommen nicht ausreichend ist. Andere Einkommensarten wie Kindergeld, Unterhalt und Elterngeld werden grundsätzlich bei der Berechnung des Bedarfes mit herangezogen.

Bereits während der Schwangerschaft erhalten Frauen bei vorliegender Hilfebedürftigkeit einen Mehrbedarf in Höhe von 17% (ab der 13. Schwangerschaftswoche) des jeweils gültigen Regelbedarfes und auch einen einmaligen Zuschuss für die Beschaffung von Schwangerschaftsbekleidung. Im Monat vor der Geburt des Kindes wird auf Antrag weiterhin ein zweckgebundener Zuschuss zur Bekleidungsausstattung und zur „sonstigen Ausstattung“ des zu erwartenden Kindes gewährt. Auch können betreffende Personen Unterstützung beim Wiedereinstieg nach der Elternzeit ins Berufsleben, z.B. durch Vermittlungsangebote erhalten.

### Kontaktdaten

Friedrich-Ebert-Str. 2

**04808 Wurzen**

☎ 03437 984-10

Richard-Wagner-Str. 8

**04539 Groitzsch**

☎ 03437 984-50

Südstraße 80, Geb. 62

**04668 Grimma**

☎ 03437 984-20

Hauptstr. 101

**04416 Markkleeberg**

☎ 03437 984-60

Str. der Deutschen Einheit 6

**04643 Geithain**

☎ 03437 984-30

Hordisstr. 1

**04420 Markranstädt**

☎ 03437 984-80

Stauffenbergstr. 4, Haus 1

**04552 Borna**

Deutzener Str. 24

**04552 Borna**

☎ 03437 984-40

E-Mail: [jobcenter@lk-l.de](mailto:jobcenter@lk-l.de)

[www.landkreisleipzig.de/kommunales-jobcenter-landkreis-leipzig.html](http://www.landkreisleipzig.de/kommunales-jobcenter-landkreis-leipzig.html)

- **Bildung und Teilhabe**

Sofern Familien soziale Leistungen wie Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kinderzuschlag, Sozialhilfe oder Leistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, können sie auf Antrag natürlich auch alle Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Anspruch nehmen.

**Leistungsspektrum:**

- Ausflüge in Kinderkrippe und Kindergarten (auch bei Tagesmüttern)
- Ausflüge in der Schule und im Hort (Wandertage, Exkursionen, Museum etc.)
- Klassenfahrten und mehrtägige Ausflüge in Schulen, KiTa´s und Horten
- Schulmaterial von 100 €/Schuljahr pauschal
- Kosten für Schülerbeförderung
- Lernförderung bei Versetzungsgefahr
- Mittagessen in der KiTa, der Schule und dem Hort
- Leistung von maximal 10 Euro im Monat kann nach Wunsch zum Beispiel eingesetzt werden für:
  - Mitgliedsbeiträge der Bereiche Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit
  - Unterricht in künstlerischen Fächern
  - Angeleitete Aktivitäten der kulturellen Bildung
  - Die Teilnahme an Freizeiten (z.B. Ferienlager)

**Ansprechpartner für Empfänger von SGB II – Leistungen**

Serviceteam (analog der Ansprechpartner vor Ort)

**Ansprechpartner für Empfänger von SGB XII / Wohngeld und/oder Kinderzuschlags-Leistungen**

Team Bildung und Teilhabe  
Südstraße 80, Gebäude 62  
04668 Grimma  
☎ 03437 / 984 - 3111

E-Mail: [bildung-teilhabe@lk-l.de](mailto:bildung-teilhabe@lk-l.de)  
[www.landkreisleipzig.de/bildungs-und-teilhabetpaket.html](http://www.landkreisleipzig.de/bildungs-und-teilhabetpaket.html)



## ❖ Hilfe und Unterstützung für ausländische Familien und Flüchtlinge

### Aufgaben des Ausländeramts:

- SG Statusangelegenheiten
  - Mitwirkung im Visumverfahren
  - Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und anderen Aufenthaltsdokumenten
  - Aufenthaltsbeendigung
- SG Asylbewerberleistungen
  - Leistungsgewährung gem. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)
  - Unterbringung von Asylbewerbern

### Kontaktdaten

Statusangelegenheiten:	Asylbewerberleistungen:
Thomas Pohling Sachgebietsleiter Bahnhofstraße 5, Geb.42 04668 Grimma Tel. 03437 / 984-1710 Fax: 03437 / 984-1759	Marcel Jahn Sachgebietsleiter Stauffenbergstr. 4, Haus 3 04552 Borna Tel: 03437 / 984-1730 Fax: 03437 / 984 99-1730

### Kontaktdaten Jugendamt ASD Mitarbeiter für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

<b>Frau Zimmer</b> (Frau Schad, Frau Schreiber)  03437/ 984 2382 <a href="mailto:anke.zimmer@lk-l.de">anke.zimmer@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2382	<b>Frau Schad</b> (Frau Schreiber, Frau Zimmer)  03437/ 984 2383 <a href="mailto:franziska.schad@lk-l.de">franziska.schad@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2383	<b>Frau Schreiber</b> (Frau Schad, Frau Zimmer)  03437/ 984 2384 <a href="mailto:julia.schreiber@lk-l.de">julia.schreiber@lk-l.de</a>  Fax: 03437/ 984 99 2384
--	--	--

## **Aufgaben des Ausländerbeauftragten im Landkreis Leipzig:**

Vorrangiges Anliegen der Arbeit der ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten ist die Integration der dauerhaft ansässigen ausländischen Wohnbevölkerung in das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben des Landkreises zu fördern.

Ausländische (und natürlich auch deutsche) Bürger können sich mit Bitten und Beschwerden an die Ausländerbeauftragte wenden. Sie helfen auch bei der Klärung von Problemfällen in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden.

### **Kontakt Daten:**

<u>ehemaliger Muldentalkreis</u>	<u>Leipziger Land</u>
Frau Kunadt	Herr Othman
Ausländerbeauftragter	Ausländerbeauftragter
Karl-Marx-Str. 22, Haus 2	Stauffenbergstr. 4, Haus 3
04668 Grimma	04552 Borna
Tel: 03437 / 984 – 4102	Tel: 03433 / 241 – 41 03
Mobil: 0160 74 86 454	Abdulhamid.Othman@lk-l.de

## **Flüchtlingssozialarbeit**

Sozialarbeiter der Flüchtlingssozialarbeit stehen seit Anfang 2015 asylsuchenden Menschen im Landkreis Leipzig zur Seite, um das Zurechtfinden in der neuen Lebenssituation zu erleichtern. Die Sozialarbeiter bieten an verschiedenen Standorten Sprechzeiten an und suchen regelmäßig Asylsuchende in den Asylbewerberheimen oder in ihren Wohnungen auf.

### **Aufgaben der Flüchtlingssozialarbeit:**

- Orientierung im neuen Lebensumfeld
- Allgemeine, soziale Fragen
- Psychosoziale Problemlagen
- Medizinische Versorgung
- Hilfestellung bei verschiedenen Einrichtungen/Vereinen (Schul- und Kitabesuch, Ärzte, Sportvereine, etc.)
- Umgang mit Behörden, Antragstellung
- Sozialleistungen
- Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten
- Deutschkurse, Arbeit- und Ausbildung
- Wohnraum

Die Beratungen sind kostenfrei und vertraulich. Auch Bürgerinnen und Bürger mit ihren Fragen zur Situation von Asylsuchenden im Landkreis können sich an die Beratungsstellen wenden.

<b>Kontakt Flüchtlingssozialarbeiter Landkreis Leipzig</b>	
<b>Raum Grimma / Wurzen beinhaltet folgende Städte:</b> <b>Grimma, Wurzen, Colditz, Brandis, Naunhof, Borsdorf, Trebsen, Lossatal, Thallwitz, Bennewitz, Parthenstein, Belgershain und Machern</b>  <u>DRK Muldental</u> Schulstr. 17 04668 Grimma  Clara-Zetkin-Platz 1 04808 Wurzen	Sprechzeiten: Grimma Tel: 03437 / 920015 Montag: 09 – 12 Uhr Wurzen Montag und Mittwoch: 12.30 – 15 Uhr Freitag: 09 – 12 Uhr  Frau Christiane Korschunow Tel.: 0151 544 17 443 <a href="mailto:c.korschunow@drk-muldental.de">c.korschunow@drk-muldental.de</a>  Herr Johannes Khaznadar Tel.: 0151 441 62 854 <a href="mailto:j.khaznadar@drk-muldental.de">j.khaznadar@drk-muldental.de</a>  Martina Schwerdtner Tel.: 0151 441 62 877 <a href="mailto:m.schwerdtner@drk-muldental.de">m.schwerdtner@drk-muldental.de</a>
<b>Raum Markkleeberg beinhaltet folgende Städte:</b> <b>Markkleeberg, Böhlen, Rötha, Espenhain, Pegau, Groitzsch, Zwenkau, Elstertrebnitz, Großpösna und Markranstädt</b>  <u>Caritasverband Leipzig e.V.</u> Koburger Straße 86 04416 Markkleeberg	Bürozeiten: Montag, 13:00- 16:00 Uhr Donnerstag, 09:00 – 12:00 Uhr Tel: 0341 / 35 01 96 83 Tel: 0171 / 56 36 739  Ansprechpartner: Frau Bensien <a href="mailto:f.bensien@caritas-leipzig.de">f.bensien@caritas-leipzig.de</a> Herr Klement <a href="mailto:j.klemment@caritas-leipzig.de">j.klemment@caritas-leipzig.de</a> Frau Tolksdorf <a href="mailto:a.tolksdorf@caritas-leipzig.de">a.tolksdorf@caritas-leipzig.de</a> Herr Hajji <a href="mailto:k.hajji@caritas-leipzig.de">k.hajji@caritas-leipzig.de</a> Herr Gottschald <a href="mailto:u.gottschald@caritas-leipzig.de">u.gottschald@caritas-leipzig.de</a>
<b>Raum Geithain / Frohburg beinhaltet folgende Städte:</b> <b>Frohburg, Geithain, Kitzscher, Otterwisch, Kohren-Sahlis, Narsdorf und Bad Lausick</b>	Bürozeiten in Stadtverwaltung Geithain, Markt 11, Raum 204: Montag, 10:00 – 12:00 Uhr Donnerstag, 09:00 – 12:00 Uhr

<u>Wegweiser e.V.</u> Markt 11 04643 Geithain	Ansprechpartner: Frau Pöhl Tel: 0162 80 40 130 Frau Opfermann Tel: 0177 71 75 907 <a href="mailto:info@wegweiser-boehlen.de">info@wegweiser-boehlen.de</a>
<b>Raum Borna beinhaltet folgende Städte:  Borna, Regis-Breitingen und Neukieritzsch</b>  <u>Diakonie Leipziger Land</u> Am Gericht 3 04552 Borna	Bürozeiten: Dienstag, 9-12 Uhr Freitag, 9-12 Uhr  Ansprechpartner: Herr Caspar Tel: 0176 457 97548 <a href="mailto:Sebastian.caspar@diakonie-leipziger-land.de">Sebastian.caspar@diakonie-leipziger-land.de</a>  Herr Engelhardt Tel: 0176 578 217 63
<b>Raum Borna beinhaltet folgende Städte:  Borna, Regis-Breitingen und Neukieritzsch</b>  <u>IB Mitte gGmbH</u> Leipziger Straße 65 04552 Borna	Tel: 0170 / 78 17 845  Ansprechpartner: Frau Hänel <a href="mailto:FSA-Borna@internationaler-bund.de">FSA-Borna@internationaler-bund.de</a>

### **Projekte im Landkreis Leipzig:**

<u>Diakonie Leipziger Land – „Weltennachbarn“</u> Ziel: Patenschaften zwischen Einheimischen und Flüchtlingen schließen Projektkoordinatorin: Frau Litwinski Tel: 0176 47 36 31 27  <u>UNU MONDO Grimma – Interkultureller Treff</u> Mehrgenerationenhaus „Alte Feuerwehr“ Tel: 03437 / 98 26 14 Vorübergehend: Hohnstädter Str. 12, 04668 Grimma Eigentlicher Standort: Nicolaipplatz 5, 04668 Grimma  <u>Bon Courage e.V. Borna – Beratung und Unterstützung für Asylsuchende im  Landkreis Leipzig</u> Markt 6, 04552 Borna Tel: 0160 95 68 50 94  <u>Jugendmigrationsdienst Leipzig, Beratungsstelle Borna</u> Leipziger Straße 65, 04552 Borna Tel: 03433 / 77 86 86
--

## 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

### 6.4 Beratung und Unterstützung bei häuslicher Gewalt

---

#### ❖ Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking des Wegweiser e.V.



##### **Wir unterstützen:**

- Frauen und Männer, die von häuslicher Gewalt oder Stalking betroffen oder bedroht sind
- Angehörige und Bekannte von betroffenen Menschen
- LehrerInnen, ErzieherInnen, BetreuerInnen und andere Menschen, die professionellen Rat zum Thema suchen

##### **Wir beraten:**

- in Krisen- und Konfliktsituationen bei häuslicher Gewalt und Stalking
- über Möglichkeiten, die Gewalt zu bewältigen
- über rechtliche Schutzmöglichkeiten
- über Frauen- und Kinderschutzhäuser
- kostenfrei
- bei Bedarf aufsuchend
- auf Wunsch anonym

##### **Wir vermitteln:**

- auf Wunsch an Anwältinnen und Anwälte, Beratungsstellen und Therapeutinnen und Therapeuten etc.

**Wir begleiten:**

- bei Bedarf zu Terminen bei der Polizei, bei Anwältinnen und Anwälten, bei Gerichtsterminen und beim Jugendamt

Wir führen Weiterbildungen für Fachkräfte durch.

Wir koordinieren die Netzwerkarbeit der beteiligten Berufsgruppen im Landkreis.

**Kontakt Daten**

Wegweiser e.V.

Koordinierungs- und Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking

Lange Str. 50

04668 Grimma

Telefon: 03437 / 70 84 78

Mobil: 0162 80 40 130

Fax: 03437 / 70 84 77

E-Mail: [interventionsstelle@wegweiser-boehlen.de](mailto:interventionsstelle@wegweiser-boehlen.de)

[www.wegweiser-boehlen.de](http://www.wegweiser-boehlen.de)

**Notruf Frauen- und Kinderschutzhaus rund um die Uhr: 0177 / 30 392 19**

## ❖ Frauen- und Kinderschutzhaus des Wegweiser e.V.



### **Wir bieten:**

- eine sichere Unterkunft für Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt oder Stalking betroffen oder bedroht sind

### **Wir beraten:**

- in Vorbereitung auf einen Einzug ins Frauen- und Kinderschutzhaus
- in Krisensituationen
- über Möglichkeiten, die Gewalt zu bewältigen
- bei sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Problemen
- bei Fragen, die die Kinder betreffen

### **Wir begleiten:**

- bei Bedarf zu Terminen bei der Polizei, bei Anwältinnen und Anwälten, bei Gerichtsterminen, beim Jugendamt und Jobcenter

### **Wir vermitteln:**

- auf Wunsch an Anwältinnen und Anwälte, Beratungsstellen und Therapeutinnen und Therapeuten etc.

### **Wir unterstützen:**

- bei der Klärung der Wohnsituation
- bei der Betreuung der Kinder

### **Kontakt Daten**

Frauen- und Kinderschutzhaus des Wegweiser e.V.  
PSF 1215  
04541 Borna  
Telefon: 03433 / 90 38 28

**Notruf Frauen- und Kinderschutzhaus (rund um die Uhr) 0177 / 30 392 19**

E-Mail: [gewaltschutz@wegweiser-boehlen.de](mailto:gewaltschutz@wegweiser-boehlen.de)

[www.wegweiser-boehlen.de](http://www.wegweiser-boehlen.de)

## ❖ Beratungsstelle zur täterorientierten Anti-Gewaltarbeit



Wir beraten Männer und Frauen, die körperliche Gewalt (schlagen, treten usw.) und/oder seelische Gewalt (beleidigen, drohen, terrorisieren) und / oder sexuelle Gewalt im häuslichen Kontext ausüb(t)en.

Zur Beratung können die Männer und Frauen aus eigener Motivation kommen oder wenn sie dies als Auflage vom Gericht, dem Jugendamt oder anderen Institutionen bekommen.

Wir unterstützen in Einzelberatungen, Paarberatungen und / oder Gruppensitzungen dabei,

- die Ausgangssituationen zu betrachten und auslösende Momente zu erkennen.
- Ihr bisheriges Leben zu reflektieren und wie Sie bisher mit Gewalt umgegangen sind.
- zu erkennen, welche Auswirkungen ihr Handeln auf (ihre) Kinder hat.
- Verantwortung für Ihr Handeln zu übernehmen.
- andere Möglichkeiten im Umgang miteinander zu erkennen und zu leben.

### **Grundsätze unserer Arbeit:**

- Wir bearbeiten nicht nur die offene Eskalation physischer Gewalt, sondern auch deren Vorstadien, in denen psychisch Gewalt ausgeübt, verbal und emotional erniedrigt, verletzt und gedemütigt wird, wir versuchen auslösende Situationen und Muster mit den Tätern zu erkennen und zu beeinflussen.  
Wir arbeiten mit Männer und Frauen, die physische und/oder psychische Gewalt auf andere ausüben.
- Wir gehen davon aus, dass Männer und Frauen in Gewaltsituationen zusammenwirken (wenn auch meistens in einer männlicher Täter- weibliches Opfer-Dynamik). Bei der täterorientierten Arbeit arbeiten wir sowohl mit gewaltausübenden Männern als auch mit gewaltausübenden Frauen und versuchen die Eingebundenheit der Gewalttätigkeit in die Familiendynamik zu entschlüsseln und zu verändern.



Neben der individuell- biographischen Perspektive ist uns eine familiensystemische Sichtweise, aber auch der Blick auf strukturelle Rahmenbedingungen wichtig um den individuellen, psychologischen und therapeutisch beeinflussbaren Anteil herausarbeiten zu können. Akzeptanz und Wertschätzung der Person und Verständnis ihres Handelns im Rahmen einer biographischen und familiendynamischen Perspektive müssen einhergehen mit einer klaren Haltung gegenüber dem gewalttätigen Handeln.

Es geht uns darum, dass die TäterInnen auch in schwierigen Lebenssituationen Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und andere Handlungsmöglichkeiten erkennen.

Unser Herangehen ist lösungs- und ressourcenorientiert, uns geht es nicht nur um das Vermeiden von Gewalt, sondern um neue Lösungen im Rahmen der Möglichkeiten eines gewaltausübenden Täters/Täterin, um den Erwerb von anderen Konfliktlösungsstrategien, um die Stärkung positiver Aspekte der Familiendynamik bzw. soweit notwendig und möglich um die Veränderung unbefriedigender Lebenssituationen.

#### **Uns ist wichtig:**

- Täterarbeit ist für uns aktiver Opferschutz
- Der Schutz des Opfers geht vor, das heißt, dass wir nur dann Paare beraten, wenn es für das Opfer in Ordnung ist, es in momentaner Sicherheit ist.
- Wir arbeiten eng mit Interventionsstellen, Polizei und Justiz zusammen.
- Neben unserer Beratungstätigkeit gehören Vernetzung/ Öffentlichkeitsarbeit und Prävention zu unseren Schwerpunkten
- Wir unterstehen der Schweigepflicht.

#### **Kontaktdaten**



Unsere Beratungsstelle befindet sich in  
04416 Markkleeberg  
August –Bebel – Straße 35  
Tel.: 0341 / 350 21 33  
Fax: 0341 / 350 21 34  
E-Mail: [beratungsstelle-le@triade-le.de](mailto:beratungsstelle-le@triade-le.de)  
[www.triade-le.de](http://www.triade-le.de)

finanziert mit Mitteln des  
Sächsischen Staatsministeriums  
für Soziales und Verbraucherschutz

## ❖ **Beratungsstelle zur Opferhilfe**

Wir beraten Frauen/ Männer und Kinder/ Jugendliche, wenn sie oder Angehörige/ Bekannte/ Freunde Opfer oder Zeugen einer Straftat geworden sind und dementsprechend Beratung und Unterstützung benötigen. Diese Beratung ist **kostenlos** sowie **streng vertraulich**.

**Dabei sollen grundlegende Fragen wie:**

- Was passiert eigentlich mit mir? Es ist nichts mehr, wie es war.
- Bin ich selbst schuld? Wie gehe ich um, mit dem Vorwurf selbst schuld zu sein?
- Was ist, wenn der Täter ein Bekannter oder Verwandter ist?
- Was kommt auf mich zu? Wie geht es jetzt weiter?
- Welche Ansprüche und Rechte habe ich als Opfer oder Zeuge?
- Was kann ich tun, um mich (und/ oder einen Angehörigen) zu schützen?

**geklärt werden.**

Darüber hinaus informieren und schulen wir Institutionen zum Umgang mit Betroffenen von Straftaten.

In besonderen Fällen besuchen wir die Ratsuchenden auch in ihrem Wohnort, wenn es keine Möglichkeit gibt, unsere Beratungsstelle in Leipzig zu nutzen.

**Aufgaben der Beratungsstelle zur Opferhilfe:**

- Gespräche mit Sozialpädagog\_innen (psychosoziale Beratung, Entlastungsgespräche, Traumaberatung),
- Begleitung in Krisensituationen,
- Beratung von Angehörigen und Freunden,
- Information über Ihre Rechte als Opfer einer Straftat, zur Anzeigenerstattung und zum Gerichtsverfahren,
- Begleitung bei der Entscheidungsfindung (Anzeige, Umzug, Therapie u. a.),
- Unterstützung bei der Wahrnehmung Ihrer Interessen und im Umgang mit Behörden (z.B. Antragsstellung),

- Begleitung zu Zeugenaussagen, Anwälten und Gerichtsverhandlungen,
- Zeugeninformation,
- Unterstützung bei der Suche nach geeigneten Rechtsanwälten, Therapeuten oder anderen Fachdiensten,
- telefonische Beratung und Information, materielle Hilfe (auf Antrag)

Der Verein arbeitet in der allgemeinen Beratung für Opfer von Straftaten mit einer festen Konzeption. Diese ist im Wesentlichen mit dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz abgestimmt. Im gesellschaftspolitischen Raum möchte der Opferhilfe Sachsen e.V. eine stete Berücksichtigung der Rechte der Verletzten aus Straftaten erreichen.

Sein Anliegen, die professionelle Unterstützung und Beratung der Opfer von Straftaten, wird heute durch qualifizierte Mitarbeiterinnen in den Beratungsstellen flächendeckend im Freistaat Sachsen umgesetzt. Neben den Aufgaben der Opferberatung und Zeugenbegleitung ist der Verein auch bei der fachlichen Fort- und Weiterbildung in den Bereichen Justiz, Polizei und bei freien Trägern auf sozialem Gebiet kontinuierlich tätig.

### **Kontakt Daten**

Opferhilfe Sachsen e.V.  
Beratungsstelle Leipzig  
Kochstraße 1  
04275 Leipzig

Tel: 0341 / 22 54 318  
Fax: 0341 / 96 27 50 15  
Email: [leipzig@opferhilfe-sachsen.de](mailto:leipzig@opferhilfe-sachsen.de)  
[www.opferhilfe-sachsen.de](http://www.opferhilfe-sachsen.de)



# 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

## 6.5 Familiengericht

---

Das Familiengericht darf gemäß **§1666 BGB** in die Rechte der Eltern eingreifen, wenn das Wohl des Kindes gefährdet ist. Demnach hat das Familiengericht folgende Aufgaben in Bezug auf den Kinderschutz zu erfüllen:

- Entscheidungen über die Übertragung der elterlichen Sorge auf ein Elternteil
- Entscheidungen über den teilweisen/vollständigen Entzug der elterlichen Sorge
- Entscheidungen über das Ruhen der elterlichen Sorge
- Entscheidungen über den Umgang

### **elterliche Sorge § 1626 BGB:**

Abs. 1:

Die Eltern haben die Pflicht und das Recht, für das minderjährige Kind zu sorgen. Die elterliche Sorge umfasst die Sorge für die Person des Kindes (Personensorge) und das Vermögen des Kindes (Vermögenssorge)

Abs. 2:

Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbstständigem und verantwortungsvollem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an.

Abs. 3:

Zum Wohl des Kindes gehört in der Regel der Umgang mit beiden Elternteilen.

Ein **Antrag** beim Familiengericht sollte immer Name und Anschrift sämtlicher Beteiligten ( Kinder, Vater, Mutter, Jugendamt) enthalten.

Der Antrag muss möglichst konkret sein (bsp. "Die elterliche Sorge für die Kinder .... wird auf die Mutter übertragen" oder " Das Aufenthaltbestimmungsrecht für die Kinder ... wird auf den Vater übertragen" oder " Der Vater hat mit den Kindern ... Umgang an jedem 2. Wochenende im Monat von Freitag, ... Uhr bis Sonntag ... Uhr)

Der Antrag soll begründet werden, d.h. der Interessenkonflikt ist zu beschreiben, dies möglichst kurz und ohne den anderen Elternteil herabzuwürdigen.

### **Verfahrensablauf:**

Nach Eingang des Antrags (mit Einzahlung der Gerichtskosten, ggf. nach gesonderter Aufforderung oder mit Verfahrenskostenhilfeantrag) wird umgehend Termin zur Anhörung sämtlicher Beteiligten, insbesondere auch der Kinder, bestimmt ( § 155 FamFG schreibt vor, dass

Kindschaftssachen, die den Aufenthalt des Kindes, das Umgangsrecht oder die Herausgabe des Kindes betreffen, vorrangig und beschleunigt zu bearbeiten sind und innerhalb eines Monats nach Eingang bei Gericht ein Termin festzusetzen ist.)

Falls zwischen den Beteiligten in diesem Termin eine Einigung erzielt wird, wird diese protokolliert und vom Gericht gebilligt. Das Verfahren ist dann abgeschlossen.

Falls keine Einigung zustande kommt, wird dem Kind zu dessen Unterstützung i.d.R. ein Verfahrensbeistand (vgl. § 158 FamFG) vom Gericht bestellt, die Eltern können zu einem kostenlosen Informationsgespräch über Mediation verpflichtet werden, das Jugendamt begleitet die Eltern weiter und es kann, wenn auch mit dieser Unterstützung kein Einvernehmen der Eltern hergestellt werden kann, ein psychologisches/ psychiatrisches Sachverständigengutachten vom Gericht eingeholt werden. Das Gericht berücksichtigt dann i.d.R. dieses Gutachten bei der Entscheidung über den gestellten Antrag. Die gerichtliche Entscheidung beendet das Verfahren in 1. Instanz, die Beteiligten haben jedoch ein Beschwerderecht, dann wird die Sache beim Oberlandesgericht Dresden nochmals verhandelt.

### **Kontaktdaten**

Familiengericht Grimma  
Klosterstraße 9  
04668 Grimma  
Tel. 03437/985 20

Familiengericht Borna  
Am Gericht 2  
04552 Borna  
Tel. 03433/275 50

# 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

## 6.6 Polizei

---

### **Aufgabenbereich der Polizei bei einer Kindeswohlgefährdung:**

Die konkrete Umsetzung der polizeilichen Aufgaben wird im Polizeigesetz des Freistaates Sachsen geregelt. Im Abschnitt 1, § 1 heißt es dazu:

Die Polizei hat die Aufgabe von dem Einzelnen und dem Gemeinwesen Gefahren abzuwehren, durch die die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht wird und Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu beseitigen, soweit es im öffentlichen Interesse liegt. Sie hat insbesondere:

- die freiheitliche demokratische Grundordnung zu schützen
- Straftaten vorzubeugen, zu verhindern und aufzuklären
- Vorbereitungen zu treffen, künftige Gefahren abwehren zu können.

### **Primäre Aufgaben der Polizei bei einer Kindeswohlgefährdung sind:**

#### ***a) die Gefahrenabwehr***

Situationen, die im konkreten Fall, in absehbarer Zeit, mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden an Leib, Leben und Gesundheit eines Kindes führen würden, verhindern bzw. zu beenden

#### ***b) die Strafverfolgung***

möglicher Straftaten erforschen und alle Maßnahmen treffen, um eine Verdunklung der Sache zu verhüten (entsprechend des Legalitätsprinzips – Handeln von Amts wegen)

#### ***c) Opferschutz/Opferhilfe im weiteren Sinne***

individuelle Beratung zur Vorbeugung oder auch im Nachgang einer Straftat und Präventionsmaßnahmen durch Auftreten in thematisierten Veranstaltungen zum

Kinderschutz (z.B. Elternabende, Foren), Halten von Vorträgen, Bekanntgabe von Ansprechpartnern, eventuelle Sicherheitstrainings durchführen oder organisieren.

### ***Akuter Handlungsbedarf***

Sind die Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr unaufschiebbar, d.h. ist ein sofortiges Eingreifen durch die Polizei notwendig, um eine akute Gefahr für Leib, Leben und Gesundheit eines Kindes abzuwenden, wird die Polizei eigenständig tätig. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn die Polizei Kenntnis einer lebensbedrohlichen Vernachlässigung eines Säuglings erlangt und die Einschaltung des ASD zur Gefahrenabwehr aus zeitlichen Gründen nicht zu verantworten wäre. In der Regel handelt es sich hier um Fälle, die außerhalb der Erreichbarkeitszeiten des ASD bekannt werden. Die Entscheidung über die Unaufschiebbarkeit der Maßnahme liegt im Ermessen der Polizei.

### ***Ohne akuten Handlungsbedarf***

Erlangt die Polizei Kenntnis von Hinweisen über eine Kindeswohlgefährdung, die keine sofortige Intervention erfordert, leitet die Polizei diese Erkenntnisse an den ASD weiter, damit dieser im Rahmen seines gesetzlichen Auftrages die Gefährdung überprüft und den daraus abzuleitenden Handlungsbedarf feststellt.

Grundlage für die Weitergabe dieser Daten an den ASD ist das Polizeigesetz des Freistaates Sachsen, Abschnitt 1 § 2, Abs.1 (Tätig werden für andere Stellen).

### ***Strafverfolgung (Legalitätsprinzip)***

Wenn die Polizei Kenntnis einer Straftat erlangt, ist sie immer zur Strafverfolgung verpflichtet. Grundlage dafür ist § 163 STPO:

Erlangt die Polizei also Kenntnis einer Kindeswohlgefährdung durch Misshandlung, Missbrauch oder Vernachlässigung oder erhält sie Hinweise auf einen solchen Straftatbestand, muss der Vorfall von den Beamten/innen untersucht und strafrechtliche Maßnahmen ergriffen werden. Bei allen Anfragen, Rücksprachen oder Fallbesprechungen in Anwesenheit der Polizei ist diese Tatsache zu bedenken.

### **Wann ist die Polizei in Fällen von Kindeswohlgefährdung einzubeziehen?**

Misshandlung, Missbrauch und Vernachlässigung von Kindern haben schwerwiegende und meist auch nachhaltige Folgen für die Opfer. Die Kooperation

zwischen ASD und Polizei ist deshalb zwingend im Sinne der Opfer wahrzunehmen und darf nicht dem Zufall überlassen werden.

Neben der Respektierung der unterschiedlichen Aufträge und der berechtigten Abgrenzung ist es notwendig, dass an den Stellen, an denen eine Kooperation aus fachlichen Gründen sinnvoll und aus datenschutzrechtlichen Gründen möglich ist, die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit vorhanden ist. Durch klare Absprachen und kooperatives Verhalten können Verfahren im Einzelfall für alle Beteiligten so konstruktiv wie möglich gestaltet werden.

Die Polizei und der ASD unterscheiden sich in ihrer Aufgabenstellung grundlegend:

- **Aufgabe der Polizei** ist in erster Linie die Strafverfolgung des Täters/ der Täterin
- **Aufgabe des ASD** ist: die Kinder vor weiteren Gefahren für ihr Wohl zu schützen und die dafür eingeleiteten Hilfen und Maßnahmen immer vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf das Wohl des Kindes und vor allem im Interesse des Kindes auszuwählen.

Dieser grundlegend unterschiedlichen Aufgabenstellung wird durch entsprechende datenschutzrechtliche Regelungen Rechnung getragen.

### **Was zeichnet eine funktionale Kooperation zwischen dem ASD und der Polizei bei einer vorliegenden Kindeswohlgefährdung aus?**

Eine funktionale Kooperation, darunter wird eine effiziente Zusammenarbeit im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten verstanden, beginnt nicht erst am konkreten Fall bzw. Sachverhalt. Die Schaffung von institutionellen Rahmenbedingungen, die bereits im Vorfeld mittels Informationsaustausch abgesteckt sein sollen, ermöglicht Klarheit über den Auftrag,

bestehende Möglichkeiten und Grenzen (Schnittmengen/Schnittstellen). Die Strukturen und die Ansprechpartner sollten auf beiden Seiten bekannt sein.

### **Institutionelle Rahmenbedingungen**

Regelmäßiger Informationsaustausch (ähnlich Netzwerktreffen) um über:



- die jeweiligen Aufgabenstellungen und Strukturen zu informieren
- Möglichkeiten und Grenzen der Zusammenarbeit aufzuzeigen
- Darstellung spezifischer, gegenwärtiger oder langzeitlicher Problembereiche
- bestehende Vorbehalte abzubauen und konkrete Absprachen zu treffen.

**Quellen:**

[www.dji.de/asd](http://www.dji.de/asd), Kindler, H., Meysen T. & Werner A. (HG.) (2006) Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD), München: Deutsches Jugendinstitut e.V.

## 6 Netzwerkpartner im Landkreis Leipzig

### 6.7 Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Leipzig

---

Die wichtigste Funktion der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten ist es, darüber zu wachen, dass der verfassungsrechtlich formulierte Gleichheitsgrundsatz (Art. 3, Abs. 3 Grundgesetz i.V.m. Art. 8 sächs. Verfassung und § 60 Landkreisordnung des Freistaates Sachsen) im täglichen Leben tatsächlich eingehalten wird. Das heißt die Aufmerksamkeit richtet sich auf den Abbau von Gleichstellungsdefiziten im örtlichen Lebensumfeld und auf Strukturveränderungen zur Verbesserung der Situation von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen.

Die Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises hat Querschnittsaufgaben zu erfüllen, die die frauenpolitische Koordination und Kontaktpflege im Landkreis und überregional voranbringt und ausbaut.

Dies bedeutet, dass sich die Gleichstellungsbeauftragte einsetzt für:

- Gleiche wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen und Männern
- Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben
- Die Beseitigung aller Formen geschlechterbezogener Gewalt
- Die Beseitigung von Geschlechterstereotypen

Zusammengefasst muss die Gleichstellungsbeauftragte vier formale Funktionen erfüllen:

- Information und Beratung
- Konzeptualisierung und Initiierung von gleichstellungsfördernden Maßnahmen
- Artikulation und Vertretung der Bedürfnisse und Interessen von Frauen
- Schnitt- und Vermittlungsstelle zwischen Einwohnerinnen und Einwohnern, Politikerinnen und Politikern auf kommunaler-, Landes- und Bundesebene, sowie Institutionen, Organisationen, Unternehmen, Verbänden, Initiativen, Projekten und Vereinen

Neben dem Landkreis haben auch alle Städte und Gemeinden Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen, an die sich hilfesuchende Bürgerinnen und Bürger vor Ort wenden können.

### **Kontakt Daten**

Frau Morgenroth

Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Leipzig

Stauffenbergstraße 4, Haus 2, 04552 Borna, Zi.2.2.1

Telefon: 03433 / 241 4100

Fax: 03437 / 984 99 4100

# A I Kopiervorlagen

**Fallgespräch auf Grund der Gefährdung eines Kindes/Jugendlichen**

---

Kind/Jugendlicher (Name, Vorname – Geb.-Datum)

---

Anschrift

---

Sorgeberechtigte

Telefon-Nr.

**„Gewichtige Anhaltspunkte“ wurden festgestellt durch:**

---

Name, Vorname

Funktion/Aufgabe

---

Träger

Telefon - Nr.

Nachstehend „gewichtige Anhaltspunkte“ wurden festgestellt und in dem Fallgespräch vorgetragen:

Am Fallgespräch haben neben o.G. Personen teilgenommen:

---

Name, Vorname

Funktion/Aufgabe

---

Name, Vorname

Funktion/Aufgabe

**Folgende Ergebnisse / Festlegungen erfolgen:**

- ☐ Gespräch mit \_\_\_\_\_  
Mutter/Vater/Vormund am: \_\_\_\_\_ Ort: \_\_\_\_\_
- ☐ weitere Hilfen werden auf Grund des Gespräches vom \_\_\_\_\_ nicht für  
erforderlich gehalten
- ☐ ein Schutzplan wurde erstellt
- ☐ Information des Jugendamtes (schriftlich an zuständigen ASD, siehe Anlage 3  
Meldebogen an den ASD)
- ☐ ...
- ☐ ...
- ☐ ...
- ☐ ...

Es werden nachstehende Hilfen, Unterstützungen seitens der Einrichtung / des Dienstes  
angeboten:

---

Datum / Unterschrift

Geb.-Datum

was	durch wen	wie und bis wann	Überprüfung (erfolgt / nicht erfolgt)

☐

.....

9

Unterschrift

**Meldebogen an den ASD: Hinweis auf Kindeswohlgefährdung**

Träger: \_\_\_\_\_

Einrichtung: \_\_\_\_\_ Name: \_\_\_\_\_ Tel.: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

**An Jugendamt/**

**Allgemeiner Sozialdienst**

**per Fax: 03433/2412399 (Sekretariat Jugendamt)**

Bezirk: \_\_\_\_\_

**Für das Kind /die Kinder**

Name, Vorname	Geburtsdatum	wohnhaft (Straße/ bei ...)
---------------	--------------	----------------------------

Name, Vorname	Geburtsdatum	wohnhaft (Straße/ bei ...)
---------------	--------------	----------------------------

Name, Vorname	Geburtsdatum	wohnhaft (Straße/ bei ...)
---------------	--------------	----------------------------

kann die Gefährdung des Kindeswohls nicht ausgeschlossen werden. Es wird um eine Prüfung des Kindeswohles gebeten.

**Sorgeberechtigte:**

Name, Vorname	wohnhaft (Straße/ bei ...)
---------------	----------------------------

Name, Vorname	wohnhaft (Straße/ bei ...)
---------------	----------------------------

**Kurzschilderung des Sachverhaltes/ des Vorkommnisses/ der Problemstellung:**  
(Evtl. ergänzende Informationen sind umseitig vorzunehmen)

Unterschrift: \_\_\_\_\_



## Schweigepflichtentbindung

Hiermit entbinde ich, .....die Mitarbeiter der  
Einrichtung ..... gegenüber:

1. ....
2. ....
3. ....

zu folgenden Themenbereichen:

.....

von der Schweigepflicht.

.....  
Ort, Datum

.....  
Unterschrift

## A II Gesetzestexte

## A II Gesetzestexte

---

### ❖ Sächsisches Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz (SächsKiSchG)

Seit dem 06. Juli 2010 ist das **Zweite Gesetz zur Förderung der Teilnahme von Kindern an Früherkennungsuntersuchungen** in Kraft getreten.

Es umfasst in Artikel 1 das „Sächsische Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz“ (SächsKiSchG) und ist eine Neuauflage des Gesetzes zur Förderung der Teilnahme von Kindern an Früherkennungsuntersuchungen.

Die Neufassung beinhaltet im Wesentlichen folgende Änderungen<sup>1</sup>:

Das bisher vorgesehene Erinnerungsverfahren wird auf das in einigen Bundesländern bereits etablierte Einladungsverfahren umgestellt. Mit einem an die Eltern gerichteten Schreiben sollen Hintergrundinformationen zu Früherkennungsuntersuchungen bereitgestellt und damit die Bereitschaft zu einer möglichst umfassenden Teilnahme gestärkt und erhöht werden.

Das Versenden der Einladungen und der Erinnerungsschreiben übernimmt nun die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen (KVS) als einheitliche Stelle. Dies reduziert den verwaltungsmäßigen Aufwand bei den Gesundheitsämtern und stellt so eine Entlastung im Verfahren dar. Darüber hinaus sind die Konkretisierungen erfolgt, welche die zu übermittelnden Daten und die Datenlöschungszeitpunkte betreffen.

Das Sächsische Kindergesundheits- und Kinderschutzgesetz ist nach wie vor Baustein des „Sächsischen Handlungskonzeptes für präventiven Kinderschutz“, mit dem die Voraussetzung geschaffen werden, um

- Eltern in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung für ihre Kinder zu unterstützen,
- Verantwortliche, deren Aufgabengebiet und Tätigkeitsbereich die Kinder- und Jugendhilfe betrifft, zu stärken

- Fachkräfte, deren Arbeitsalltag auf Kinder ausgerichtet ist, über ihren Arbeitsbereich hinaus in Kinder- und Jugendschutzaufgaben einzubeziehen
- die Bevölkerung für das Wohl der in ihrem Umfeld lebenden Kinder zu sensibilisieren.

<sup>1</sup>Quelle: Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz

## ❖ **Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz – BKiSchG)**

Mit dem 01. Januar 2012 ist das „Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen“ in Kraft getreten.

Es umfasst das „neu geschaffene“ Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz – kurz KKG sowie Änderungen im SGB VIII und anderer Gesetze.

Das Gesetz steht für einen umfassenden, aktiven Kinderschutz und bringt sowohl Prävention als auch Intervention gleichermaßen voran.

Ziel des Gesetzes ist es, einen aktiven Kinderschutz durch den Ausbau der Frühen Hilfen sowie durch verlässliche regionale Netzwerkstrukturen zu gewährleisten. Die Eltern sollen ermutigt werden, Hilfen zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz und zum Aufbau einer positiven Eltern-Kind-Beziehung in Anspruch zu nehmen. Fachliche Leitlinien und Qualitätskriterien der Kinder- und Jugendhilfe sollen (weiter-) entwickelt und gesetzlich abgesichert werden. Daneben wurde mit Hilfe des Gesetzes eine einheitliche Norm der Informationsweitergabe über Anhaltspunkte einer Kindeswohlgefährdung geschaffen sowie das Verfahren der Gefährdungseinschätzung weiterentwickelt, um aussagekräftige Daten zu erhalten.

Die zentralen Punkte des Gesetzes sind:<sup>2</sup>

- **Stärkung des Einsatzes von Familienhebammen**

Ab 2012 stellt das Bundesfamilienministerium einen jährlichen Fond zur Verfügung.

- **Verbindliche Standards in der Kinder- und Jugendhilfe**

Verbindliche Standards wie Leitlinien zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen müssen entwickelt, angewendet und regelmäßig überprüft werden. An die Umsetzung von Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und –sicherung ist auch die Finanzierung aus öffentlichen Mitteln geknüpft.

- **Verhinderung des „Jugendamts-Hopping“**

Künftig ist sichergestellt, dass bei Umzug der Familie das neu zuständige Jugendamt die notwendigen Informationen vom bisher zuständigen Jugendamt erhält, die es braucht, um das Kind wirksam zu schützen.

- **Ausschluss einschlägig Vorbestrafter von Tätigkeiten in der Kinder- und Jugendhilfe**

Alle hauptamtlichen Mitarbeiter/innen in der öffentlichen und freien Jugendhilfe müssen ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Für Ehrenamtliche vereinbaren die Träger die Vorlagepflicht des erweiterten Führungszeugnisses je nach Art, Dauer und Intensität des Kontakts zu Kindern und Jugendlichen.

- **Regelung zum Hausbesuch durch das Jugendamt**

Der Hausbesuch soll zur Pflicht werden – sofern dadurch der wirksame Schutz des Kindes nicht in Frage gestellt ist und der Besuch fachlich erforderlich ist.

<sup>1</sup> Deutsches Jugendinstitut, Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzestextes zur Stärkung des aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen, Stand: 2010.

<sup>2</sup> BMFSFJ Internetredaktion, Stand: 16.März 2011

## **Gesetz zur Stärkung eines aktiven Schutzes von Kindern und Jugendlichen (Bundeskinderschutzgesetz - BKiSchG)**

Vom 22. Dezember 2011

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

### Inhaltsübersicht

Artikel 1 Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG)  
Artikel 2 Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch  
Artikel 3 Änderungen anderer Gesetze  
Artikel 4 Evaluation  
Artikel 5 Neufassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch  
Artikel 6 Inkrafttreten

gebots im Hinblick auf die Entwicklung von Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren für Mütter und Väter sowie schwangere Frauen und werdende Väter (Frühe Hilfen).

### Artikel 1

#### Gesetz

zur Kooperation und Information im Kinderschutz  
(KKG)

#### §1

#### Kinderschutz und staatliche Mitverantwortung

(1) Ziel des Gesetzes ist es, das Wohl von Kindern und Jugendlichen zu schützen und ihre körperliche, geistige und seelische Entwicklung zu fördern.

(2) Pflege und Erziehung der Kinder und Jugendlichen sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) Aufgabe der staatlichen Gemeinschaft ist es, soweit erforderlich, Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung zu unterstützen, damit

1. sie im Einzelfall dieser Verantwortung besser gerecht werden können,
2. im Einzelfall Risiken für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen frühzeitig erkannt werden und
3. im Einzelfall eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen vermieden oder, falls dies im Einzelfall nicht mehr möglich ist, eine weitere Gefährdung oder Schädigung abgewendet werden kann.

(4) Zu diesem Zweck umfasst die Unterstützung der Eltern bei der Wahrnehmung ihres Erziehungsrechts und ihrer Erziehungsverantwortung durch die staatliche Gemeinschaft insbesondere auch Information, Beratung und Hilfe. Kern ist die Vorhaltung eines möglichst frühzeitigen, koordinierten und multiprofessionellen An-

## §2

### Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung

(1) Eltern sowie werdende Mütter und Väter sollen über Leistungsangebote im örtlichen Einzugsbereich zur Beratung und Hilfe in Fragen der Schwangerschaft, Geburt und der Entwicklung des Kindes in den ersten Lebensjahren informiert werden.

(2) Zu diesem Zweck sind die nach Landesrecht für die Information der Eltern nach Absatz 1 zuständigen Stellen befugt, den Eltern ein persönliches Gespräch anzubieten. Dieses kann auf Wunsch der Eltern in ihrer Wohnung stattfinden. Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, bezieht sich die in Satz 1 geregelte Befugnis auf die örtlichen Träger der Jugendhilfe.

## §3

### Rahmenbedingungen für verbindliche Netzwerkstrukturen im Kinderschutz

(1) In den Ländern werden insbesondere im Bereich Früher Hilfen flächendeckend verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit der zuständigen Leistungsträger und Institutionen im Kinderschutz mit dem Ziel aufgebaut und weiterentwickelt, sich gegenseitig über das jeweilige Angebots- und Aufgabenspektrum zu informieren, strukturelle Fragen der Angebotsgestaltung und -entwicklung zu klären sowie Verfahren im Kinderschutz aufeinander abzustimmen.

(2) In das Netzwerk sollen insbesondere Einrichtungen und Dienste der öffentlichen und freien Jugendhilfe, Einrichtungen und Dienste, mit denen Verträge nach § 75 Absatz 3 des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch bestehen, Gesundheitsämter, Sozialämter, Gemeinsame Servicestellen, Schulen, Polizei- und Ordnungsbehörden, Agenturen für Arbeit, Krankenhäuser, Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderstellen, Beratungsstellen für soziale Problemlagen, Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes, Einrichtungen und Dienste zur Müttergenesung sowie zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen, Familienbildungsstätten, Familiengerichte und Angehörige der Heilberufe einbezogen werden.

(3) Sofern Landesrecht keine andere Regelung trifft, soll die verbindliche Zusammenarbeit im Kinderschutz als Netzwerk durch den örtlichen Träger der Jugendhilfe organisiert werden. Die Beteiligten sollen die Grundsätze für eine verbindliche Zusammenarbeit in Vereinbarungen festlegen. Auf vorhandene Strukturen soll zurückgegriffen werden.

(4) Dieses Netzwerk soll zur Beförderung Früher Hilfen durch den Einsatz von Familienhebammen gestärkt



werden. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt den Aus- und Aufbau der Netzwerke Frühe Hilfen und des Einsatzes von Familienhebammen auch unter Einbeziehung ehrenamtlicher Strukturen durch eine zeitlich auf vier Jahre befristete Bundesinitiative, die im Jahr 2012 mit 30 Millionen Euro, im Jahr 2013 mit 45 Millionen Euro und in den Jahren 2014 und 2015 mit 51 Millionen Euro ausgestattet wird. Nach Ablauf dieser Befristung wird der Bund einen Fonds zur Sicherstellung der Netzwerke Frühe Hilfen und der psychosozialen Unterstützung von Familien einrichten, für den er jährlich 51 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird. Die Ausgestaltung der Bundesinitiative und des Fonds wird in Verwaltungsvereinbarungen geregelt, die das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen mit den Ländern schließt.

#### §4

Beratung und  
Übermittlung von Informationen  
durch Geheimnisträger bei Kindeswohlgefährdung

(1) Werden

1. Ärztinnen oder Ärzten, Hebammen oder Entbindungspflegern oder Angehörigen eines anderen Heilberufes, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert,
2. Berufspsychologinnen oder -psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung,
3. Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberaterinnen oder -beratern sowie
4. Beraterinnen oder Beratern für Suchtfragen in einer Beratungsstelle, die von einer Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts anerkannt ist,
5. Mitgliedern oder Beauftragten einer anerkannten Beratungsstelle nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes,
6. staatlich anerkannten Sozialarbeiterinnen oder -arbeitern oder staatlich anerkannten Sozialpädagoginnen oder -pädagogen oder
7. Lehrerinnen oder Lehrern an öffentlichen und an staatlich anerkannten privaten Schulen

in Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sollen sie mit dem Kind oder Jugendlichen und den Personensorgeberechtigten die Situation erörtern und, soweit erforderlich, bei den Personensorgeberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

(2) Die Personen nach Absatz 1 haben zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung gegenüber dem Träger der öffentlichen Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft. Sie sind zu diesem Zweck befugt, dieser Person die dafür erforderlichen Daten zu übermitteln; vor einer Übermittlung der Daten sind diese zu pseudonymisieren.

(3) Scheidet eine Abwendung der Gefährdung nach Absatz 1 aus oder ist ein Vorgehen nach Absatz 1 erfolglos und halten die in Absatz 1 genannten Personen ein Tätigwerden des Jugendamtes für erforderlich, um eine Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen abzuwenden, so sind sie befugt, das Jugendamt zu informieren; hierauf sind die Betroffenen vorab hinzuweisen, es sei denn, dass damit der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen in Frage gestellt wird. Zu diesem Zweck sind die Personen nach Satz 1 befugt, dem Jugendamt die erforderlichen Daten mitzuteilen.

#### Artikel 2

#### Änderung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3134), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 29. Juni 2011 (BGBl. I S. 1306) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 8a wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 8b Fachliche Beratung und Begleitung zum Schutz von Kindern und Jugendlichen“.

- b) Die Angabe zum Fünften Abschnitt wird wie folgt gefasst:

„Fünfter Abschnitt

Beurkundung, vollstreckbare Urkunden“.

- c) Die Angabe zu § 59 wird wie folgt gefasst:

„§ 59 Beurkundung“.

- d) Die Angabe zu § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a Tätigkeitsausschluss einschlägig vorbestrafter Personen“.

- e) Nach der Angabe zu § 79 wird folgende Angabe eingefügt:

„§ 79a Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe“.

- f) Die Angabe zu § 81 wird wie folgt gefasst:

„§ 81 Strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen“.

- g) Die Angabe zu § 86c wird wie folgt gefasst:

„§ 86c Fortdauernde Leistungsverpflichtung und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel“.

2. In § 2 Absatz 3 Nummer 12 werden die Wörter „und Beglaubigung“ gestrichen.

3. § 8 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Kinder und Jugendliche haben Anspruch auf Beratung ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten, wenn die Beratung auf Grund einer Not- und Konfliktlage erforderlich ist und solange durch die Mitteilung an den Personensorgeberechtigten der Beratungszweck vereitelt würde. § 36 des Ersten Buches bleibt unberührt.“

## 4. § 8a wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird das Wort „abzuschätzen“ durch das Wort „einzuschätzen“ ersetzt.

## bb) Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Soweit der wirksame Schutz dieses Kindes oder dieses Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird, hat das Jugendamt die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder den Jugendlichen in die Gefährdungseinschätzung einzubeziehen und, sofern dies nach fachlicher Einschätzung erforderlich ist, sich dabei einen unmittelbaren Eindruck von dem Kind und von seiner persönlichen Umgebung zu verschaffen.“

cc) In Satz 3 werden die Wörter „den Personensorgeberechtigten oder“ gestrichen.

## b) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 4 und wie folgt gefasst:

„(4) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass

1. deren Fachkräfte bei Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für die Gefährdung eines von ihnen betreuten Kindes oder Jugendlichen eine Gefährdungseinschätzung vornehmen,
2. bei der Gefährdungseinschätzung eine insoweit erfahrene Fachkraft beratend hinzugezogen wird sowie
3. die Erziehungsberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche in die Gefährdungseinschätzung einbezogen werden, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.

In die Vereinbarung ist neben den Kriterien für die Qualifikation der beratend hinzuzuziehenden insoweit erfahrenen Fachkraft insbesondere die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte der Träger bei den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die Gefährdung nicht anders abgewendet werden kann.“

## c) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensorgeberechtigten oder“ gestrichen

## d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und in Satz 1 werden die Wörter „die Personensorgeberechtigten oder“ gestrichen.

## e) Nach Absatz 4 wird folgender Absatz 5 angefügt:

„(5) Werden einem örtlichen Träger gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder eines Jugendlichen bekannt, so sind dem für die Gewährung von Leistungen zuständigen örtlichen Träger die Daten mitzuteilen, deren Kenntnis zur Wahrnehmung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a erforderlich ist. Die Mitteilung soll im

Rahmen eines Gespräches zwischen den Fachkräften der beiden örtlichen Träger erfolgen, an dem die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche beteiligt werden sollen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird.“

## 5. Nach § 8a wird folgender § 8b eingefügt:

## „§ 8b

Fachliche Beratung und Begleitung  
zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

(1) Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen, haben bei der Einschätzung einer Kindeswohlgefährdung im Einzelfall gegenüber dem örtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung durch eine insoweit erfahrene Fachkraft.

(2) Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien

1. zur Sicherung des Kindeswohls und zum Schutz vor Gewalt sowie

2. zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten.“

## 6. In § 10 Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§§ 14 bis 16“ durch die Wörter „den §§ 14 bis 16g“ ersetzt.

## 7. § 16 wird wie folgt geändert:

## a) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt:

„(3) Müttern und Vätern sowie schwangeren Frauen und werdenden Vätern sollen Beratung und Hilfe in Fragen der Partnerschaft und des Aufbaus elterlicher Erziehungs- und Beziehungskompetenzen angeboten werden.“

## b) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5.

## 8. § 17 wird wie folgt geändert:

## a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Im Fall der Trennung und Scheidung sind Eltern unter angemessener Beteiligung des betroffenen Kindes oder Jugendlichen bei der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzepts für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge und der elterlichen Verantwortung zu unterstützen; dieses Konzept kann auch als Grundlage für einen Vergleich oder eine gerichtliche Entscheidung im familiengerichtlichen Verfahren dienen.“

## b) In Absatz 3 werden die Wörter „(§ 622 Absatz 2 Satz 1 der Zivilprozessordnung)“ gestrichen und das Wort „Parteien“ durch die Wörter „beteiligte Eheleute und Kinder“ ersetzt.

9. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Pflegeperson hat vor der Aufnahme des Kindes oder Jugendlichen und während der Dauer des Pflegeverhältnisses Anspruch auf Beratung und Unterstützung; dies gilt auch in den Fällen, in denen für das Kind oder den Jugendlichen weder Hilfe zur Erziehung noch Eingliederungshilfe gewährt wird oder die Pflegeperson nicht der Erlaubnis zur Vollzeitpflege nach § 44 bedarf. Lebt das Kind oder der Jugendliche bei einer Pflegeperson außerhalb des Bereichs des zuständigen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe, so sind ortsnahe Beratung und Unterstützung sicherzustellen. Der zuständige Träger der öffentlichen Jugendhilfe hat die aufgewendeten Kosten einschließlich der Verwaltungskosten auch in den Fällen zu erstatten, in denen die Beratung und Unterstützung im Wege der Amtshilfe geleistet wird. § 23 Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.“

b) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 2a eingefügt:

„(2a) Die Art und Weise der Zusammenarbeit sowie die damit im Einzelfall verbundenen Ziele sind im Hilfeplan zu dokumentieren. Bei Hilfen nach den §§ 33, 35a Absatz 2 Nummer 3 und § 41 zählen dazu auch der vereinbarte Umfang der Beratung der Pflegeperson sowie die Höhe der laufenden Leistungen zum Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen. Eine Abweichung von den dort getroffenen Feststellungen ist nur bei einer Änderung des Hilfebedarfs und entsprechender Änderung des Hilfeplans zulässig.“

10. In § 42 Absatz 2 Satz 3 wird der Punkt am Ende durch die Wörter „; § 39 Absatz 4 Satz 2 gilt entsprechend.“ ersetzt.

11. Dem § 43 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:  
„§ 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.“

12. Dem § 44 Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:  
„§ 72a Absatz 1 und 5 gilt entsprechend.“

13. § 45 wird wie folgt gefasst:

#### „§ 45

#### Erlaubnis für den Betrieb einer Einrichtung

(1) Der Träger einer Einrichtung, in der Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut werden oder Unterkunft erhalten, bedarf für den Betrieb der Einrichtung der Erlaubnis. Einer Erlaubnis bedarf nicht, wer

1. eine Jugendfreizeiteinrichtung, eine Jugendbildungseinrichtung, eine Jugendherberge oder ein Schullandheim betreibt,
2. ein Schülerheim betreibt, das landesgesetzlich der Schulaufsicht untersteht,
3. eine Einrichtung betreibt, die außerhalb der Jugendhilfe liegende Aufgaben für Kinder oder Jugendliche wahrnimmt, wenn für sie eine entsprechende gesetzliche Aufsicht besteht oder im Rahmen des Hotel- und Gaststättengewerbes der Aufnahme von Kindern oder Jugendlichen dient.

(2) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn das Wohl der Kinder und Jugendlichen in der Einrichtung gewährleistet ist. Dies ist in der Regel anzunehmen, wenn

1. die dem Zweck und der Konzeption der Einrichtung entsprechenden räumlichen, fachlichen, wirtschaftlichen und personellen Voraussetzungen für den Betrieb erfüllt sind,
2. die gesellschaftliche und sprachliche Integration in der Einrichtung unterstützt wird sowie die gesundheitliche Vorsorge und die medizinische Betreuung der Kinder und Jugendlichen nicht erschwert werden sowie
3. zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.

(3) Zur Prüfung der Voraussetzungen hat der Träger der Einrichtung mit dem Antrag

1. die Konzeption der Einrichtung vorzulegen, die auch Auskunft über Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung und -sicherung gibt, sowie
2. im Hinblick auf die Eignung des Personals nachzuweisen, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind; Führungszeugnisse sind von dem Träger der Einrichtung in regelmäßigen Abständen erneut anzufordern und zu prüfen.

(4) Die Erlaubnis kann mit Nebenbestimmungen versehen werden. Zur Sicherung des Wohls der Kinder und der Jugendlichen können auch nachträgliche Auflagen erteilt werden.

(5) Besteht für eine erlaubnispflichtige Einrichtung eine Aufsicht nach anderen Rechtsvorschriften, so hat die zuständige Behörde ihr Tätigwerden zuvor mit der anderen Behörde abzustimmen. Sie hat den Träger der Einrichtung rechtzeitig auf weitergehende Anforderungen nach anderen Rechtsvorschriften hinzuweisen.

(6) Sind in einer Einrichtung Mängel festgestellt worden, so soll die zuständige Behörde zunächst den Träger der Einrichtung über die Möglichkeiten zur Beseitigung der Mängel beraten. Wenn sich die Beseitigung der Mängel auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirken kann, so ist der Träger der Sozialhilfe an der Beratung zu beteiligen, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen. Werden festgestellte Mängel nicht behoben, so können dem Träger der Einrichtung Auflagen erteilt werden, die zur Beseitigung einer eingetretenen oder Abwendung einer drohenden Beeinträchtigung oder Gefährdung des Wohls der Kinder oder Jugendlichen erforderlich sind. Wenn sich eine Auflage auf Entgelte oder Vergütungen nach § 75 des Zwölften Buches auswirkt, so entscheidet die zuständige Behörde nach Anhörung des Trägers der Sozialhilfe, mit dem Vereinbarungen nach dieser Vorschrift bestehen, über die Erteilung der Auflage. Die Auflage ist nach Möglich-

keit in Übereinstimmung mit Vereinbarungen nach den §§ 75 bis 80 des Zwölften Buches auszugestalten.

(7) Die Erlaubnis ist zurückzunehmen oder zu widerrufen, wenn das Wohl der Kinder oder der Jugendlichen in der Einrichtung gefährdet und der Träger der Einrichtung nicht bereit oder nicht in der Lage ist, die Gefährdung abzuwenden. Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Rücknahme oder den Widerruf der Erlaubnis haben keine aufschiebende Wirkung."

14. § 47 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Der Träger einer erlaubnispflichtigen Einrichtung hat der zuständigen Behörde unverzüglich

1. die Betriebsaufnahme unter Angabe von Name und Anschrift des Trägers, Art und Standort der Einrichtung, der Zahl der verfügbaren Plätze sowie der Namen und der beruflichen Ausbildung des Leiters und der Betreuungskräfte,
2. Ereignisse oder Entwicklungen, die geeignet sind, das Wohl der Kinder und Jugendlichen zu beeinträchtigen, sowie
3. die bevorstehende Schließung der Einrichtung anzuzeigen."

15. Die Überschrift des Fünften Abschnitts des Dritten Kapitels wird wie folgt gefasst:

„Fünfter Abschnitt

Beurkundung, vollstreckbare Urkunden".

16. § 59 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„§ 59

Beurkundung".

b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 Nummer 9 werden die Wörter „§ 648 der Zivilprozessordnung" durch die Wörter „§ 252 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit" ersetzt.

bb) In Satz 2 werden die Wörter „und Beglaubigungen" gestrichen.

17. In § 65 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 werden die Wörter „dem Vormundschafts- oder" gestrichen.

18. § 72a wird wie folgt gefasst:

„§ 72a

Tätigkeitsausschluss  
einschlägig vorbestrafter Personen

(1) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe dürfen für die Wahrnehmung der Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe keine Person beschäftigen oder vermitteln, die rechtskräftig wegen einer Straftat nach den §§ 171, 174 bis 174c, 176 bis 180a, 181a, 182 bis 184f, 225, 232 bis 233a, 234, 235 oder 236 des Strafgesetzbuchs verurteilt worden ist. Zu diesem Zweck sollen sie sich bei der Einstellung oder Vermittlung und in regelmäßigen Abständen von den betroffenen Personen ein Führungszeugnis nach § 30 Absatz 5 und § 30a Absatz 1 des Bundeszentralregistergesetzes vorlegen lassen.

(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sicherstellen, dass diese keine Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, beschäftigen.

(3) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen sicherstellen, dass unter ihrer Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe über die Tätigkeiten entscheiden, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(4) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen durch Vereinbarungen mit den Trägern der freien Jugendhilfe sowie mit Vereinen im Sinne des § 54 sicherstellen, dass unter deren Verantwortung keine neben- oder ehrenamtlich tätige Person, die wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist, in Wahrnehmung von Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzieht oder ausbildet oder einen vergleichbaren Kontakt hat. Hierzu sollen die Träger der öffentlichen Jugendhilfe mit den Trägern der freien Jugendhilfe Vereinbarungen über die Tätigkeiten schließen, die von den in Satz 1 genannten Personen auf Grund von Art, Intensität und Dauer des Kontakts dieser Personen mit Kindern und Jugendlichen nur nach Einsichtnahme in das Führungszeugnis nach Absatz 1 Satz 2 wahrgenommen werden dürfen.

(5) Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen von den nach den Absätzen 3 und 4 eingesehenen Daten nur den Umstand, dass Einsicht in ein Führungszeugnis genommen wurde, das Datum des Führungszeugnisses und die Information erheben, ob die das Führungszeugnis betreffende Person wegen einer Straftat nach Absatz 1 Satz 1 rechtskräftig verurteilt worden ist. Die Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe dürfen diese erhobenen Daten nur speichern, verändern und nutzen, soweit dies zum Ausschluss der Personen von der Tätigkeit, die Anlass zu der Einsichtnahme in das Führungszeugnis gewesen ist, erforderlich ist. Die Daten sind vor dem Zugriff Unbefugter zu schützen. Sie sind unverzüglich zu löschen, wenn im Anschluss an die Einsichtnahme keine Tätigkeit nach Absatz 3 Satz 2 oder Absatz 4 Satz 2 wahrgenommen wird. Andernfalls sind die Daten spätestens drei Monate nach der Beendigung einer solchen Tätigkeit zu löschen."

19. § 74 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 wird wie folgt gefasst:

„1. die fachlichen Voraussetzungen für die geplante Maßnahme erfüllt und die Beachtung der Grundsätze und Maßstäbe der Qualitätssent-

wicklung und Qualitätssicherung nach § 79a gewährleistet."

20. § 79 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen gewährleisten, dass zur Erfüllung der Aufgaben nach diesem Buch

1. die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen; hierzu zählen insbesondere auch Pfleger, Vormünder und Pflegepersonen;
2. eine kontinuierliche Qualitätsentwicklung nach Maßgabe von § 79a erfolgt.

Von den für die Jugendhilfe bereitgestellten Mitteln haben sie einen angemessenen Anteil für die Jugendarbeit zu verwenden."

21. Nach § 79 wird folgender § 79a eingefügt:

„§ 79a

Qualitätsentwicklung  
in der Kinder- und Jugendhilfe

Um die Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe nach § 2 zu erfüllen, haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe Grundsätze und Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung für

1. die Gewährung und Erbringung von Leistungen,
2. die Erfüllung anderer Aufgaben,
3. den Prozess der Gefährdungseinschätzung nach § 8a,
4. die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

weiterzuentwickeln, anzuwenden und regelmäßig zu überprüfen. Dazu zählen auch Qualitätsmerkmale für die Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen und ihren Schutz vor Gewalt. Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe orientieren sich dabei an den fachlichen Empfehlungen der nach § 85 Absatz 2 zuständigen Behörden und an bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität sowie Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung."

22. § 81 wird wie folgt gefasst:

„§ 81

Strukturelle Zusammenarbeit  
mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen, deren Tätigkeit sich auf die Lebenssituation junger Menschen und ihrer Familien auswirkt, insbesondere mit

1. den Trägern von Sozialleistungen nach dem Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften, Sechsten und dem Zwölften Buch sowie Trägern von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz,
2. den Familien- und Jugendgerichten, den Staatsanwaltschaften sowie den Justizvollzugsbehörden,
3. Schulen und Stellen der Schulverwaltung,

4. Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstigen Einrichtungen und Diensten des Gesundheitswesens,

5. den Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und Suchtberatungsstellen,

6. Einrichtungen und Diensten zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen,

7. den Stellen der Bundesagentur für Arbeit,

8. Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung,

9. den Polizei- und Ordnungsbehörden,

10. der Gewerbeaufsicht und

11. Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung

im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse zusammenzuarbeiten."

23. § 86c wird wie folgt gefasst:

„§ 86c

Fortdauernde Leistungsverpflichtung  
und Fallübergabe bei Zuständigkeitswechsel

(1) Wechselt die örtliche Zuständigkeit für eine Leistung, so bleibt der bisher zuständige örtliche Träger so lange zur Gewährung der Leistung verpflichtet, bis der nunmehr zuständige örtliche Träger die Leistung fortsetzt. Dieser hat dafür Sorge zu tragen, dass der Hilfeprozess und die im Rahmen der Hilfeplanung vereinbarten Hilfeziele durch den Zuständigkeitswechsel nicht gefährdet werden.

(2) Der örtliche Träger, der von den Umständen Kenntnis erhält, die den Wechsel der Zuständigkeit begründen, hat den anderen davon unverzüglich zu unterrichten. Der bisher zuständige örtliche Träger hat dem nunmehr zuständigen örtlichen Träger unverzüglich die für die Hilfestellung sowie den Zuständigkeitswechsel maßgeblichen Sozialdaten zu übermitteln. Bei der Fortsetzung von Leistungen, die der Hilfeplanung nach § 36 Absatz 2 unterliegen, ist die Fallverantwortung im Rahmen eines Gespräches zu übergeben. Die Personensorgeberechtigten und das Kind oder der Jugendliche sowie der junge Volljährige oder der Leistungsberechtigte nach § 19 sind an der Übergabe angemessen zu beteiligen."

24. In § 89a Absatz 2 werden die Wörter „oder wird“ gestrichen.

25. § 98 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

a) Nummer 3 wird wie folgt gefasst:

„3. Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 in Pflegestellen durchführen, und die von diesen betreuten Kinder,"

b) Nummer 9 wird wie folgt gefasst: „9. Maßnahmen des Familiengerichts,"

c) Nach Nummer 12 wird folgende Nummer 13 eingefügt:

„13. Gefährdungseinschätzungen nach § 8a".

26. § 99 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:

aa) Bei Buchstabe i wird nach dem Wort „Hilfe“ ein Komma eingefügt und das Wort „sowie“ gestrichen.

bb) Nach Buchstabe i wird folgender Buchstabe j eingefügt:

„j) vorangegangene Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1 sowie“.

b) In Absatz 2 Nummer 1 werden nach den Wörtern „Zeitpunkt des Beginns und Dauer der Maßnahme,“ die Wörter „Durchführung auf Grund einer vorangegangenen Gefährdungseinschätzung nach § 8a Absatz 1,“ eingefügt.

c) Absatz 6 wird wie folgt gefasst:

„(6) Erhebungsmerkmale bei der Erhebung zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung nach § 8a sind Kinder und Jugendliche, bei denen eine Gefährdungseinschätzung nach Absatz 1 vorgenommen worden ist, gegliedert

1. nach der Art des Trägers, bei dem der Fall bekannt geworden ist, der die Gefährdungseinschätzung anregenden Institution oder Person, der Art der Kindeswohlgefährdung sowie dem Ergebnis der Gefährdungseinschätzung,

2. bei Kindern und Jugendlichen zusätzlich zu den in Nummer 1 genannten Merkmalen nach Geschlecht, Alter und Aufenthaltsort des Kindes oder Jugendlichen zum Zeitpunkt der Meldung sowie dem Alter der Eltern und der Inanspruchnahme einer Leistung gemäß den §§ 16 bis 19 sowie 27 bis 35a und der Durchführung einer Maßnahme nach § 42.“

d) Nach Absatz 6a wird folgender Absatz 6b eingefügt:

„(6b) Erhebungsmerkmal bei den Erhebungen über Maßnahmen des Familiengerichts ist die Zahl der Kinder und Jugendlichen, bei denen wegen einer Gefährdung ihres Wohls das familiengerichtliche Verfahren auf Grund einer Anrufung durch das Jugendamt nach § 8a Absatz 2 Satz 1 oder § 42 Absatz 3 Satz 2 Nummer 2 oder auf andere Weise eingeleitet worden ist und

1. den Personensorgeberechtigten auferlegt worden ist, Leistungen nach diesem Buch in Anspruch zu nehmen,

2. andere Gebote oder Verbote gegenüber den Personensorgeberechtigten oder Dritten ausgesprochen worden sind,

3. Erklärungen der Personensorgeberechtigten ersetzt worden sind,

4. die elterliche Sorge ganz oder teilweise entzogen und auf das Jugendamt oder einen Dritten als Vormund oder Pfleger übertragen worden ist,

gegliedert nach Geschlecht, Alter und zusätzlich bei Nummer 4 nach dem Umfang der übertragenen Angelegenheit.“

e) Absatz 7 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 1 Buchstabe c werden vor dem Wort „Anzahl“ die Wörter „Art und“ eingefügt.

bb) Nummer 3 wird wie folgt geändert:

aaa) In Buchstabe c wird das Wort „tägliche“ gestrichen.

bbb) In Buchstabe d wird der Punkt am Ende durch ein Komma ersetzt.

ccc) Nach Buchstabe d wird folgender Buchstabe e angefügt:

„e) Gruppenzugehörigkeit.“

f) Absatz 7b wird wie folgt gefasst:

„(7b) Erhebungsmerkmale bei den Erhebungen über Personen, die mit öffentlichen Mitteln geförderte Kindertagespflege gemeinsam oder auf Grund einer Erlaubnis nach § 43 Absatz 3 Satz 3 durchführen und die von diesen betreuten Kinder sind die Zahl der Tagespflegepersonen und die Zahl der von diesen betreuten Kinder jeweils gegliedert nach Pflegestellen.“

27. § 101 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:

„(1) Die Erhebungen nach § 99 Absatz 1 bis 5 sowie nach Absatz 6b bis 7b und 10 sind jährlich durchzuführen, die Erhebungen nach § 99 Absatz 1, soweit sie die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche betreffen, beginnend 2007. Die Erhebung nach § 99 Absatz 6 erfolgt laufend. Die übrigen Erhebungen nach § 99 sind alle vier Jahre durchzuführen, die Erhebungen nach Absatz 8 beginnend 1992, die Erhebungen nach Absatz 9 beginnend mit 2006. Die Erhebung nach § 99 Absatz 8 wird für das Jahr 2012 ausgesetzt.“

b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Nummer 8 wird die Angabe „6,“ gestrichen und nach der Angabe „6a“ wird die Angabe „ , 6b“ eingefügt.

bb) In Nummer 10 wird nach dem Wort „März“ ein Komma und danach folgende Nummer 11 angefügt:

„11. § 99 Absatz 6 sind zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gefährdungseinschätzung“

28. Dem § 103 wird folgender Absatz 3 angefügt:

„(3) Die Ergebnisse der Kinder- und Jugendhilfestatistiken gemäß den §§ 98 und 99 dürfen auf der Ebene der einzelnen Gemeinde oder des einzelnen Jugendamtsbezirkes veröffentlicht werden.“

### Artikel 3

#### Änderung anderer Gesetze

(1) § 21 Absatz 1 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch - Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen - (Artikel 1 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046, 1047), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (BGBl. I S. 2854) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt.

2. Nach Nummer 6 wird folgende Nummer 7 angefügt:

„7. das Angebot, Beratung durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe bei gewichtigen Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung in Anspruch zu nehmen.“

(2) Das Schwangerschaftskonfliktgesetz vom 27. Juli 1992 (BGBl. I S. 1398), das zuletzt durch Artikel 36 des Gesetzes vom 8. Dezember 2010 (BGBl. I S. 1864) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Absatz 1 werden nach dem Wort „Beratungsstelle“ die Wörter „auf Wunsch anonym“ eingefügt.

2. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Zur Information über die Leistungsangebote im örtlichen Einzugsbereich und zur Sicherstellung einer umfassenden Beratung wirken die Beratungsstellen in den Netzwerken nach § 3 des Gesetzes zur Kooperation und Information im Kinderschutz mit.“

b) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 3 und 4.

#### Artikel 4

##### Evaluation

Die Bundesregierung hat die Wirkungen dieses Gesetzes unter Beteiligung der Länder zu untersuchen und dem Deutschen Bundestag bis zum 31. Dezember 2015 über die Ergebnisse dieser Untersuchung zu berichten.

#### Artikel 5

##### Neufassung des Achten Buches Sozialgesetzbuch

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kann den Wortlaut des Achten Buches Sozialgesetzbuch in der vom 1. Januar 2012 an geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.

#### Artikel 6

##### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2012 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt. Es ist im

Bundesgesetzblatt zu verkünden.

Berlin, den 22. Dezember 2011

Der Bundespräsident

Christian Wulff

Die Bundeskanzlerin

Dr. Angela Merkel

Die Bundesministerin

für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

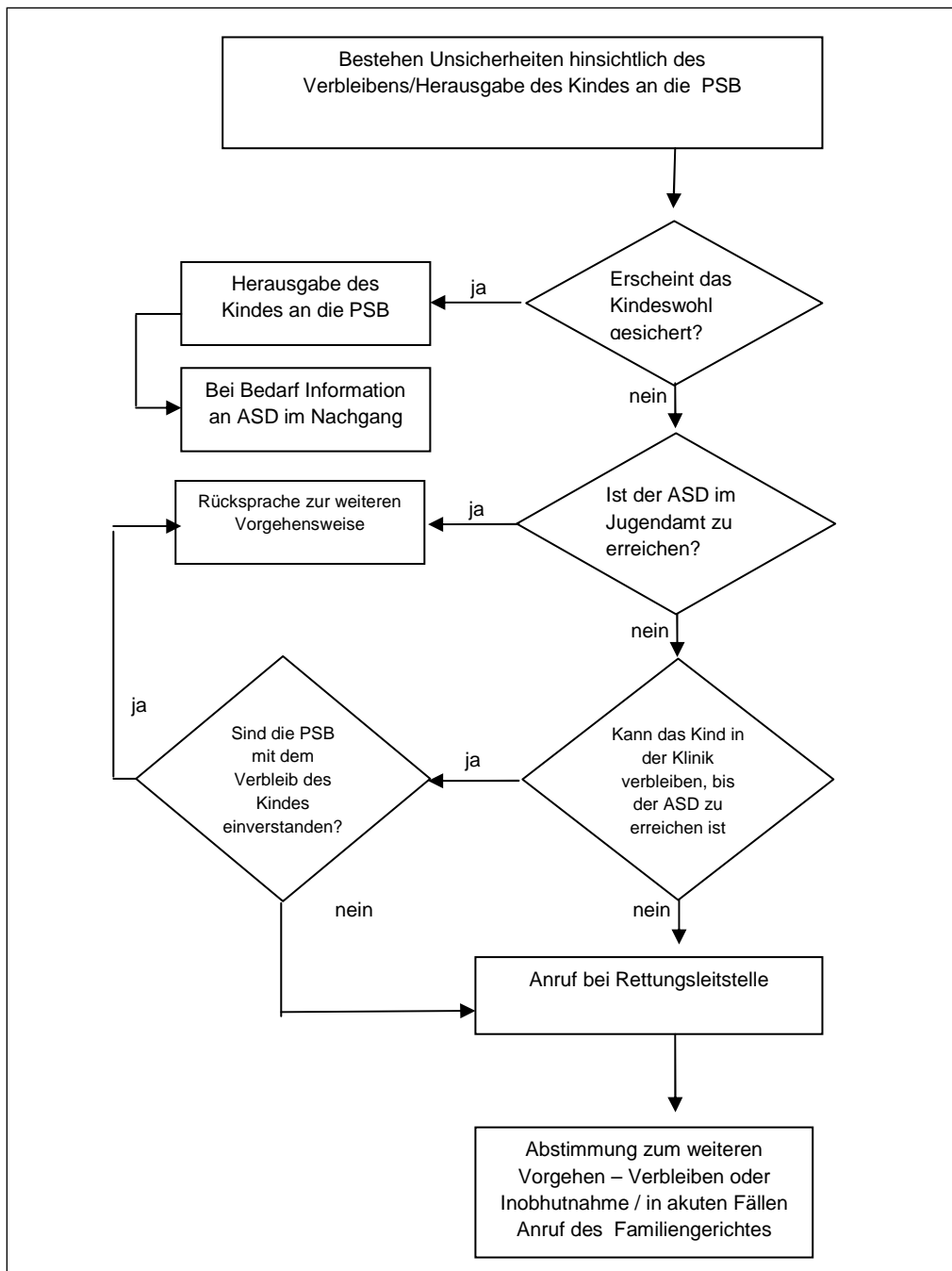
Kristina Schröder

## A III Notfallplan



**Notfallplan - Was ist in akuten Fällen zu tun, in denen der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes für Rücksprache nicht zu erreichen ist (Nacht, Wochenende, Feiertage)?**

In Zeiten, in denen der ASD des Jugendamtes nicht unmittelbar erreichbar ist, ist von der Fachkraft einzuschätzen, ob das Kindeswohl bei Herausgabe des Kindes an die Personensorgeberechtigten (PSB) gesichert erscheint. Ist dies nicht der Fall, ist am Wochenende über die Rettungsleitstelle der Bereitschaftsdienst des Landratsamtes in Anspruch zu nehmen bzw. die Polizei einzuschalten. Der Kiju-Notdienst übernimmt während der Schließzeiten des Jugendamtes dessen besondere Aufgaben.



<p><b>Rettungsleitstelle:</b> <b>03437 192 22</b></p> <p>→ Kontaktdaten Bereitschaftsdienst des Landratsamtes und des Familiengerichtes</p>	<p><b>Polizei: 110</b></p> <p>→ aktuelle Kontaktdaten zu den Inobhutnahmestellen im Landkreis Leipzig</p>	<p><b>Kiju Notdienst LK-L:</b> <b>0152 02088104</b></p> <p>→ Annahme und Bearbeitung eingehender Meldungen vermuteter Kindeswohlgefährdung während der Schließzeit des Jugendamtes</p>
---	---	--

# A IV

Artikel „insoweit erfahrene  
Fachkraft“

Dieser Text ist erschienen in „Das Jugendamt, Zeitschrift für Jugendhilfe und Familienrecht“, Heft 11 12007, S. 515-520, Hg.: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.



**Ralf Slüter**

## **Die „insoweit erfahrene Fachkraft“**

### **Überlegungen zu Standards der Fachberatung nach § 8 a SGB VIII**

#### **I. Vorbemerkung**

Mit der Einführung des §8a SGB VIII wurde der Schutzauftrag für die Jugendhilfe konkretisiert und auf die Träger der freien Jugendhilfe verlängert.

Bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags geht es darum: Gefährdungen zu erkennen, Risiken einzuschätzen, auf Hilfen hinzuwirken, Hilfen anzubieten und die Wirksamkeit der angenommenen Hilfen zu überprüfen. Dabei sollen betroffene Kinder, Jugendliche und Eltern so früh wie möglich beteiligt werden — es sei denn, der Schutz des Kindes oder des/der Jugendlichen wäre dadurch gefährdet. Der Begriff Schutzauftrag ist daher zentral als Hilfeauftrag zu begreifen.

Schutz und Hilfe als Kontinuum entspricht dem fachlichen Grundverständnis der Kinderschutz-Zentren. Sie verfügen über langjährige Erfahrungen in der Fachberatung von Jugendhilfeeinrichtungen in Fällen von Kindeswohlgefährdung. Aus dem persönlichen Erfahrungsschatz sollen die folgenden Überlegungen einen Beitrag zur Diskussion über Standards der Fachberatung nach § 8 a SGB VIII leisten.

#### **II. Einführung**

*Fallbeispiel:* Eine Erzieherin aus dem Kindergarten ruft im Kinderschutzzentrum an und berichtet Folgendes: Die 3-jährige N. befinde sich seit vier Wochen in einer Krise, die den Erzieher/inne/n und der Mutter große Sorgen bereite. Das Kind lasse sich kaum beruhigen, schreie, weine und suche permanent den Schutz bei der Mutter oder in deren Abwesenheit bei einer Erzieherin. Sie nehme keine altersgerechten Spielangebote mehr wahr, spreche nicht, esse kaum und verbringe viel Zeit auf der Toilette mit der Klage über Schmerzen. Alle seien in großer Sorge. Man wisse nicht, was zu tun sei und man könne auch nicht einschätzen, was zuhause wirklich passiere.

Der Kindergarten ist in großer Sorge. Fragen, die sich die Erzieher/innen stellen, sind: Wie sind die Auffälligkeiten zu bewerten? Ist dem Kind innerhalb oder außerhalb der Familie Schlimmes widerfahren? Ist das Kindeswohl gefährdet? Was soll ich in dieser Situation tun? Soll ich — darf ich - den Kinderarzt anrufen? Muss ich mich an das Jugendamt wenden? Wie soll ich den Eltern gegenüber treten? Muss das Kind aus der Familie herausgenommen werden? Kann man das den Eltern antun?

Der Schutzauftrag verpflichtet in diesem Fall die Einrichtung, gefährdungskritische Anhaltspunkte sensibel wahrzunehmen, sich um Klärung zu bemühen und, als Unterstützungs(an)gebot, eine im Kinderschutz erfahrene Fachkraft zu konsultieren.

Schutzauftrag heißt für Fachkräfte in Einrichtungen und Diensten der Jugendhilfe:

- Signale von Kindeswohlgefährdungen erkennen,

- Risiken für Kinder im Zusammenwirken mit anderen Fachkräfte oder mit der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ einschätzen,
- Kontakt aufnehmen zu Eltern und Kindern in schweren Familienkrisen, um deren Problemsicht zu erkunden,
- auf Hilfen hinwirken und anbieten,
- Jugendamt einbeziehen, wenn die angebotenen Hilfen nicht ausreichen, um Gefährdungen abzuwenden.

Da viele Einrichtungen nicht über die notwendige Fachkompetenz zur Abschätzung des Gefährdungsrisikos verfügen (können), sieht der Gesetzgeber die Hinzuziehung einer „insoweit erfahrenen Fachkraft“ vor (§ 8 a Abs. 2 S. 1 SGB VIII).<sup>1</sup> Oft ist spezielles Fachwissen, beispielsweise über psychische Erkrankungen, medizinische Zusammenhänge oder über die besondere Familiendynamik in Gewaltfamilien notwendig, um Gefährdungen einschätzen zu können.

Im Gesetz nicht beschrieben sind jedoch die notwendigen Kompetenzen der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ und die Standards in der Fachberatungspraxis. Dies ist der fachlichen Diskussion vorbehalten.

Im Folgenden werden formuliert:

- Schwierigkeiten in der Wahrnehmung des Schutzauftrags,
- notwendige Kompetenzen der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ und
- einige Standards der Fachberatung nach § 8 a SGB VIII.

### **Schutzauftrag für die Kinder- und Jugendhilfe: Gefährdungen erkennen, Risiken einschätzen und auf Hilfen hinwirken**

#### **1. Ursachen von Gefährdungen**

Kindesvernachlässigung, sexueller Missbrauch und Misshandlung von Kindern und Jugendlichen sind Ursachen von Kindeswohlgefährdung.

Für die Kinderschutz-Zentren ist Gewalt gegen Kinder ein Ausdruck der Überforderung von Eltern, Alltagsprobleme, Paarkonflikte, Erziehungskonflikte oder persönliche Krisen zu bewältigen und zu lösen. Familien in Krisen sind mit den Anforderungen des alltäglichen Lebens und mit ihren Kindern überlastet. Sie stehen hilflos einer Vielzahl von Problemen gegenüber und haben meist kaum noch Zugang zu ihren Ressourcen, Probleme zu bewältigen. Sie wollen gute Eltern sein, ziehen sich aber aus Scham oder aus Angst vor Strafe und dem Verlust ihrer Kinder zurück, sie isolieren sich. Oft übernehmen diese Eltern keine Verantwortung für das, was sie tun oder nicht tun und machen die Kinder, die Gesellschaft, die Schule oder das Jugendamt für ihr Elend verantwortlich. Dennoch: Familien in Krisen wollen Hilfe — und sie haben gleichzeitig Angst davor.

Die Kinder- und Jugendhilfe kommt häufig zu einem Zeitpunkt in Kontakt mit Familien, zu dem die Konflikte bereits lange Zeit bestehen, sich zuspitzen und zu entgleisen drohen. Die Helfer sehen dann heftige, manchmal auch lebensgefährliche Bedrohungen und Verletzungen und haben selbst mit Gefühlen von Angst, Wut, Ohnmacht und Hilflosigkeit zu tun.

#### **2. Gefährdungseinschätzung und Hilfebeziehung**

Der § 8 a SGB VIII ist kein Meldeparagraf.<sup>2</sup> Er ist eine Aufforderung an Helfer/innen, die eigenen Möglichkeiten auszuschöpfen und zugleich eine Haltung einzunehmen, die einerseits Eltern ernst nimmt und einen Zugang zu ihnen ermöglicht, und die andererseits ermöglicht, den Konflikt mit ihnen zu wagen, wenn sie Probleme und Gefährdungen verharmlosen oder verleugnen und/oder eine andere Sicht der Dinge haben.

Die Kinder- und Jugendhilfe soll schützen und helfen und sich nicht auf das Helfen beschränken und den Schutz an andere (z. B. Familiengerichte, Polizei) delegieren. Dabei steht jedoch die gesetzlich formulierte Klarheit des Schutzauftrags oft im Kontrast zum Alltag der Kinder- und Jugendhilfe:

*Meysen/Schindler JAmt 2004, 449 (452).*

<sup>2</sup> *Meysen/Schindler JAmt 2004, 449 (452).*

Bei vermuteter Kindeswohlgefährdung geht es häufig um diffuse und chaotische Situationen. Der Grad der Gefährdung von Kindern, Gefährdungsursachen und Lösungen sind meist auf den ersten und auch auf den zweiten Blick nicht erkennbar.<sup>3</sup> Gerade in diesen chaotischen und mehrdeutigen Situationen sind Eltern, Kinder und Jugendliche die Informationsgeber/innen, die Situationen durchschaubarer machen.

Gefährdungseinschätzungen gelingen daher am besten im Kontakt mit Eltern, Kindern und Jugendlichen. Deren Sicht auf die Probleme, ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Gefährdungen zu sehen und Hilfen anzunehmen, sind Teile jeder umfassenden Gefährdungseinschätzung. Ziel der Kontaktaufnahme ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Problemsicht. Vermutungen der Helfer über Gefährdungen sind meist subjektive Hypothesen. Realistische Einschätzungen entstehen, wenn Fachkräfte und Eltern zu einer gemeinsamen Problemsicht gelangen.

Die Einbeziehung von Eltern, Kindern und Jugendlichen bei der Gefährdungseinschätzung ist vom Gesetzgeber vorgesehen und fachlich notwendig, sofern der Schutz der Kinder nicht durch die Einbeziehung der Eltern gefährdet ist. Die Bedeutung einer gelingenden Beziehung zwischen Eltern und Helfer/innen zeigt sich auch in den tragischen Fällen von Kindesvernachlässigung, die in der letzten Zeit die Öffentlichkeit bewegt haben. Oft bestand in diesen Fällen anfänglich ein Kontakt zum Hilfesystem. Weil das Risiko nicht angemessen und beziehungsgestützt eingeschätzt wurde, konnte später die Eskalation der familiären Situation nicht mehr wahrgenommen werden, da der Kontakt zwischen Eltern und Helfer/innen nicht tragfähig, sondern abgebrochen war.<sup>4</sup>

Bei der Wahrnehmung des Schutzauftrags geht es nicht um einen kurzfristigen Kontakt zu Eltern zur Einschätzung der Gefährdung. Risikoeinschätzung und Hilfebeziehung sind untrennbar miteinander verbunden. Die gelungene Einbeziehung der Eltern ist der erste Schritt in die Hilfebeziehung.

### 3. Schutzauftrag im Beziehungsdreieck Eltern, Kinder und Helfer/innen

Die Wahrnehmung des Schutzauftrags ist insbesondere für Einrichtungen, in denen Fachkräfte täglich mit Kindern und Jugendlichen arbeiten, umgehen und leben, eine besondere Herausforderung. Sie fühlen sich den Kindern verbunden und oft ist der Kontakt zu Eltern z. B. in Kindertageseinrichtungen freundschaftlich getönt. Die Sorge um ein in der Einrichtung betreutes Kind ist für die Fachkräfte eine Stresserfahrung: Krisen von Familien werden leicht auch zu Krisen der Helfer/innen.<sup>5</sup>

Der entstehende Handlungsdruck kann dabei zu einer Einengung der Aufmerksamkeit führen. Gefühle werden handlungsleitend. Die Angst um das Kind, der Ärger auf schlecht versorgende Eltern und die Angst vor Fehlern erschweren das Handeln im Beziehungsdreieck Eltern-Kind-Helfer/in und die Wahrnehmung des Schutzauftrags.

Diese Schwierigkeiten sollen exemplarisch beschrieben werden:

*Überreaktionen:* Die Vermutung, dass ein Kind misshandelt, vernachlässigt oder sexuell missbraucht wird, setzt Helfer/innen unter extremen Handlungsdruck. Sie sind mit eigenen Gefühlen von Ohnmacht, Angst und Wut auf die Eltern konfrontiert. Unreflektiert können diese Gefühle zu Überreaktionen führen: Ziel von Hilfe ist dann, die Gewalt zum Verschwinden zu bringen. Bedürfnisse, Ängste, Ressourcen und wichtige Beziehungsaspekte zwischen Kind und Eltern werden dann nicht wahrgenommen. Voreilige Interventionen (z. B. Trennungen) können die Folge sein.

*Verleugnungen und Verharmlosungen:* Ebenso können Überforderungsgefühle dazu führen, dass reale Gefährdungen für die Kinder verleugnet werden und gar nichts passiert.

*Angst vor Konflikten:* Einbeziehung von Eltern im Rahmen der Gefährdungseinschätzung bedeutet, Eltern mit Wahrnehmungen, Bewertungen und Sorgen der Helfer zu konfrontieren. Die Konfliktfähigkeit der Fachkraft hat daher Einfluss auf das Ergebnis dieser Einschätzung und auf das Gelingen des Hilfeprozesses. Vor allem in Einrichtungen, die mit den Kindern arbeiten, gibt es oft wenig Erfahrung mit der Durchführung konfrontierender Elterngespräche. Aus der Sorge vor einem Konflikt mit Eltern (die Eltern melden ihr Kind ab!) werden Gefährdungen nicht angesprochen.

<sup>3</sup> Kindesvernachlässigung. Dokumentation Kongressbericht, 2001, S. 9 (<sup>10</sup>).

<sup>4</sup> Gerber, Von der Checkliste zur persönlichen Risikoabschätzung, Vortrag Hamburger Fachtagung Februar 2006, S. 5 (www.■BA).

<sup>5</sup> Dazu Kohaupt JAmT 2005, ■BA.

*Ablehnung von Verantwortung:* Die Angst vor Fehlern kann die Vermeidung von Verantwortung zur Folge haben: Man fühlt sich nicht zuständig und verweist die Familie an andere Einrichtungen. Auch Meldungen an das Jugendamt, die ohne eine vorherige Kontaktaufnahme zu Eltern, Kindern und Jugendlichen vorgenommen werden, können als Versuch gedeutet werden, Verantwortung abzuwenden.

*Subjektivität und Fehleinschätzungen:* Wenn Fachkräfte sich um das Wohl eines Kindes sorgen, werden Eltern zumeist zu Beschuldigten.<sup>6</sup> Dies verändert die Beziehung: Aus Kooperation wird ein Konflikt zwischen Eltern und Einrichtung. Dabei ist im Rahmen der Gefährdungseinschätzung die Verarbeitung von Informationen nicht nur von fachlichen Kriterien, sondern auch von der Persönlichkeit, den Werten des Bewertenden und von der Qualität des Kontakts zwischen Eltern und Helfer/innen abhängig. Fehleinschätzungen bei der Gefährdungseinschätzung können die Folge sein.

*Schuldzuschreibungen und Spaltung:* Die Jugendhilfe hat oft mit Familien zu tun, in denen Kinder gefährdet sind, die Gefährdungen jedoch nicht ausreichen, um Maßnahmen gegen den Willen der Eltern einzuleiten. Fachkräfte sind identifiziert mit dem Kind, fühlen sich hilflos und leiden darunter, dass sich nichts bewegt. Diese emotionale Belastung kann zu Schuldzuschreibungen an andere Helfer/innen führen. Beispielsweise wird den Jugendämtern dann vorgeworfen, trotz massiver Gefährdungen nichts zu tun. Die Einteilung in gute und schlechte Hilfen und gute und schlechte Helfer ist Ausdruck solcher Spaltungen im Hilfesystem.

Identifikationen, Parteilichkeiten, Gefühle von Macht und Ohnmacht, Verleugnungen, Schuldzuschreibungen und Spaltungen sind Beziehungsstörungen innerhalb der Familien, die sich auch in der Beziehung zwischen Helfern und Familien wieder finden.

Die dargestellten emotionalen Verstrickungen führen zu Schwierigkeiten in der Wahrnehmung des Schutzauftrags. Sie sind in der Fachberatung nach § 8 a SGB VIII zu reflektieren. Mit Hilfe der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ ist es notwendig, die eigene Rolle, das eigene Selbstverständnis, Gefühle den Eltern und Kindern gegenüber, die eigene Haltung und das Selbstverständnis der Einrichtung kritisch zu hinterfragen, da sie wesentlichen Einfluss auf die Gefährdungseinschätzung und das Gelingen des Hilfeprozesses haben.

#### **IV. Kompetenzen der „insoweit erfahrenen Fachkraft“**

Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe sollen Gefährdungen erkennen und sie in Beziehung zu Eltern und Kindern gewichten. Ziel der Beziehungsaufnahme ist die Erarbeitung einer gemeinsamen Problemsicht, einer von den Eltern verstandenen und akzeptierten Diagnose. Dies ist auch ein wesentliches Qualitätsmerkmal von Hilfeplanung.

Die Aufgabe der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ ist die Begleitung von Helfer/innen in der Umsetzung dieses so verstandenen Schutzauftrags. Der Rahmen, den diese Begleitung braucht, ist die Fachberatung nach § 8 a Abs. 2 S. 2 SGB VIII.

Folgende Kompetenzen der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ erscheinen für den Prozess der Fachberatung nach §8a SGBVIII notwendig. Sie sollte:

- Formen und Ursachen von Kindeswohlgefährdung kennen;
- Dynamiken von Gewalt gegen Kinder kennen (in Familien und zwischen Helfer/innen und Familien); Erziehungskompetenzen und die Veränderungsfähigkeit von Eltern einschätzen können;
- Wirksamkeit verschiedener Hilfen beurteilen können;
- über Erfahrungen in Gesprächen mit Eltern und Kindern verfügen, um andere in solchen Gesprächen anleiten zu können;
- über notwendige Spezialkenntnisse verfügen;

<sup>6</sup> Kohaupt, Expertise zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung aus der Sicht eines Mitarbeiters der Kinderschutz-Zentren, S. 4 ([www.kindeschutz.de/rz](http://www.kindeschutz.de/rz)).

<sup>7</sup> Die Ausführungen über Kompetenzen und Aufgaben der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ knüpfen an die Beiträge von Georg Kohaupt, xxxTitel Expertisexxx und Monika Weber-Hornig, „ Weiterbildungskonzept zur insoweit erfahrenen Fachkraft“, (unveröffentlichtes Konzept) Mainz 2005, an. Beide haben als Vorstandsmitglieder von Die Kinderschutz-Zentren Deutschland e. V. die Fachdiskussionen zum § 8 a SGB VIII innerhalb und außerhalb des Verbandes geprägt.

- Hilfesysteme kennen (z. B. Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheit, Schule);
- über supervisorische Kenntnisse verfügen, um Helfer/innen in der Reflexion der eigenen Rolle und im Erwerb von Handlungsstrategien unterstützen zu können;
- persönlich belastbar sein und Angebote der Selbstreflexion kontinuierlich wahrnehmen.

## **V. Fachberatung nach §8a SGB VIII: Drei Phasen/Aufgaben des Beratungsprozesses**

Der Schutzauftrag der Jugendhilfe beschreibt einen Prozess zwischen Helfer/inne/n, Eltern und Kindern. Dabei ist die fortlaufende Risikoeinschätzung Bestandteil des Hilfeprozesses. Die begleitende Fachberatung ist ein Beratungsprozess zwischen Helfer/inne/n und der „insoweit erfahrener Fachkraft“.

Der Beratungsprozess ist nicht auf die Sammlung von Informationen und deren Bewertung begrenzt. Darüber hinaus ist die Fachberatung eine Form der begleitenden Beratung, in der Interventionen und Hilfeideen überlegt und vorbereitet und — in einem weiteren Schritt — deren Wirkungen und Ergebnisse überprüft werden.

Sie kann sich daher über mehrere Sitzungen erstrecken. Dabei ist die „insoweit erfahrene Fachkraft“ als eine eigene, von der Rat suchenden Fachkraft unabhängige Organisationseinheit zu betrachten.<sup>8</sup> in Kinderschutz erfahrenen Teams kann jedoch die Funktion der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ kollegial erbracht werden.

Der Einfachheit halber soll der — an sich komplexe — Prozess der begleitenden Fachberatung in unterschiedliche Phasen/ Aufgaben eingeteilt werden:

### *Phase/Aufgabe 1: Orientierung*

Informationen sammeln und Erstbewertung vornehmen

### *Phase/Aufgabe 2: Beziehungsaufnahme begleiten*

Eltern und Kinder einbeziehen und auf Hilfen hinwirken

### *Phase/Aufgabe 3: Prozessorientierte Bewertung*

Akute Gefährdung einschätzen, Kindeswohlgefährdungsprognose erstellen und Hilfeideen entwickeln

## **1. Orientierung: Informationen sammeln und Erstbewertung vornehmen (Phase 1)**

### **a) Auftragsklärung: Anliegen an die Fachberatung nach § 8 a SGB VIII**

Am Anfang der Fachberatung steht die Auftragsklärung: Der/Die Helfer/in muss aus seiner/ihrer Sicht das Problem definieren, damit eine Vereinbarung über den Auftrag getroffen werden kann.

Folgende Anliegen an die begleitende Fachberatung sind denkbar:

- Klärung von unklaren Situationen (Erkunden und Gewichten von Gefährdungen der Kinder);
- Reflexion der Rolle des/der Helfers/Helferin (Einstellungen und Gefühle im Beziehungsdreieck Eltern-Kind-Helfer/in);
- Vorbereitung und Unterstützung bei der Einbeziehung der Eltern zur Gefährdungseinschätzung;
- Entwicklung von Perspektiven in der Arbeit mit den betroffenen Familien;
- Erlangung einer größeren eigenen Handlungssicherheit;
- Vorbereitung einer Überleitung an eine andere Einrichtung;
  - Vorbereitung einer Überleitung an das Jugendamt.

## b) Informationssammlung

Gewalt gegen Kinder engt die Aufmerksamkeit der Helfer/innen ein. In der Phase der Orientierung müssen daher möglichst viele Informationen aus unterschiedlichsten Blickwinkeln zusammengetragen und von der Rat suchenden Fachkraft dokumentiert werden. Auch auf Seiten der „insoweit erfahrenen Fachkraft sollte der Beratungsprozess schriftlich dokumentiert werden.

So genannte Checklisten können eine umfassende Gefährdungseinschätzung nicht ersetzen.<sup>9</sup> Sie können aber eine Orientierung zur Einordnung von Beobachtungen und zum Erkennen von Gefährdungsmerkmalen sein.<sup>10</sup>

Bei der Informationssammlung geht es neben der Darstellung von Gefährdungsmerkmalen um das Verstehen von Beziehungen innerhalb der Familie, zwischen der Familie und den Helfern und zwischen dem Kind und der Einrichtung. Ein Genogramm, das Familienbrett, die „Cent-Methode“ oder ein soziales Atom eignen sich besonders, um diese Beziehungen abzubilden.

Im Einzelnen sollten folgende Informationen (möglichst anonymisiert) gesammelt werden:

- Die Problemsicht des/der Rat suchenden Helfers/Helferin;
- Anhaltspunkte, die auf eine Gefährdung hinweisen können. Leitfragen sind: Wer weiß was? Von wem? wie genau und wie sicher?
- *bzgl. des Kindes*: Hinweise können verbale Äußerungen des Kindes, sichtbare Merkmale von Gewalt, Versorgungsmängel, Symptome (z. B. psychosomatische Beschwerden), plötzliche Verhaltensänderungen oder auch Spielszenen oder Bilder sein;
- *bzgl. der Eltern*: Risikofaktoren, die Eltern in der Ausübung ihrer Elternrolle einschränken können, sollten überprüft werden (Persönlichkeit der Eltern, materielle Situation, Lebenssituation der Familie, etc.);
- *bzgl. der Beziehung zwischen Eltern und Kind*: Erziehungsstile, Reaktionen des Kindes auf die Eltern etc. sind in diesem Zusammenhang wichtig;
- Ressourcen von Eltern und Kindern (z. B. positive Kräfte und verlässliche Bindungen, die halten und fördern);
- bisherige Hilfeverläufe;
- Reflexion der bisherigen Beziehung zu den Eltern (auch bzgl. Problemakzeptanz, Problemkongruenz, Hilfeakzeptanz und Veränderungsfähigkeit);
- Eigendiagnose von Helfer/inne/n: Gefühle und Konflikte von Helfer/inne/n mit den Eltern, die eigene Haltung dem Kind gegenüber, mögliche institutionelle Probleme oder Belastungen, die Einfluss auf die Beziehung zwischen Fachkraft und Eltern haben könnten.

## c) Planung des weiteren Vorgehens

Am Ende dieser 1. Phase der Orientierung sollte in der Fachberatung eine Erstbewertung der Gefährdung auf den Ebenen Gefährdungstatbestand (erhebliche Schädigung mit ziemlicher Sicherheit vorhersagbar), Gefährdungsursachen, Elternwille- und Fähigkeit vorgenommen werden

Ergebnisse können sein:

- Wenn eine erhebliche Gefährdung mit Gefahr für Leib und Leben eines Kindes angenommen wird (§ 1666 Abs. 1 BGB), wird unverzüglich das Jugendamt einbezogen.
- Wenn eine Gefährdung nicht ausgeschlossen werden kann, werden Elterngespräche vorbereitet (sofern nicht gewichtige fachliche Gründe dagegen sprechen).

<sup>9</sup> Hamburg 2006: Ergebnisse im Überblick (zu finden unter [www.BRZ](http://www.BRZ)).

<sup>10</sup> Das Kinderschutzzentrum orientiert sich an den Prüfbögen des DJI (in *Kindler/Lillig/Blinnl/Meysen/Werner*, Handbuch Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst [ASDI, 2006 im Anhang) und den Hamburger Bmpfehlungen zum Umgang mit Kindeswohlgefährdung (zu finden unter [www.kindesschutz.de](http://www.kindesschutz.de)).

<sup>11</sup> *Merchel/Schone*, Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „Garantenstellung“ des Jugendamtes bei Kindeswohlgefährdung, in: Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales und Familie, 2004, S. 22 ff. ■■■ist das ein Buch? im Internet zu finden?



- Ebenfalls wird über eine Einbeziehung des Kindes entschieden (sofern nicht gewichtige fachliche Gründe dagegen sprechen).
- Hilfen, die Eltern und Kindern angeboten werden können, werden vorüberlegt.

## **2. Beziehungsaufnahme vorbereiten: Eltern und Kinder einbeziehen und auf Hilfen hinwirken (Phase 2)**

Die Einbeziehung von Eltern ist für die Gefährdungseinschätzung unabdingbar (bzgl. Problemakzeptanz, Problemkongruenz und Hilfeakzeptanz). Gleichzeitig ist die Einbeziehung von Eltern der erste Schritt in die Hilfebeziehung (auf Hilfen hinwirken). Die Phase zwei ist die Phase der Beziehungsaufnahme.

Problemgespräche, in denen Eltern auf Beobachtungen hingewiesen und um ihre Problemsicht gebeten werden, sollten durchgeführt werden. Hier ist es manchmal sinnvoll, dass die Fachkraft der Einrichtung im Elterngespräch Unterstützung durch eine zweite Person bekommt (z. B. eine Familienberater/in des Kinderschutzzentrums).<sup>12</sup> Zu dieser Phase gehört auch Reflektion des Elterngesprächs in der Fachberatung.

## **3. Prozessorientierte Bewertung: Akute Gefährdung einschätzen, Kindeswohlgefährdungsprognose erstellen und Hilfeideen entwickeln (Phase 3)**

### **a) Bewertung der Informationen**

In Phase 3 steht die Bewertung aller Informationen aus den Gesprächen zwischen Fachberater/in und Helferlin und den Elterngesprächen im Vordergrund. Es geht darum, zentrale Zusammenhänge herauszuarbeiten. Der Begriff prozessorientierte Bewertung deutet darauf hin, dass die Einschätzung von Gefährdungen keine einmalige Bewertung ist. Einschätzungen und Gefährdungslagen verändern sich stetig, so dass die Gefährdungseinschätzung als Teil des gesamten Hilfeprozesses zu verstehen ist.

Die Informationen können unter folgenden Gesichtspunkten bewertet werden:<sup>13</sup>

- Gewährleistung des Kindeswohls auf den Dimensionen;
- Ausmaß der Beeinträchtigung;
- Häufigkeit und Chronizität der Belastung;
- Verlässlichkeit der Versorgung;
- Ausmaß und Qualität der Zuwendung der Sorgeberechtigten zum Kind und dessen Annahme;
- Qualität der Erziehungskompetenz;
- Selbsthilfekompetenz des Kindes (und der Eltern);
- Vorhandensein kompensierender Unterstützungen;
- Problemakzeptanz der Sorgeberechtigten und der Kinder selbst (sehen Eltern und Kinder ein Problem?);
- Problemkongruenz (stimmen Eltern und Kinder mit Helfern in Erklärungen überein?);
- Hilfeakzeptanz (sind Eltern und Kinder bereit, Hilfe in Anspruch zu nehmen?);
- Veränderungsbereitschaft und Veränderungsfähigkeit (können und/oder wollen Eltern sich verändern?).

---

Fachberater/in sein.

<sup>13</sup> Grundlagen des Beratungsprozesses sind die Ausführungen des Dormagener Qualitätskatalogs, ■■, die dort unter dem Stichwort „Gründliche Risikoeinschätzung“ aufgeführt sind und vom Deutschen Städtetag (JAmt 2003, **BUB**) und dem Saarbrücker Memorandum (DIJuF, Verantwortlich handeln. Schutz und Hilfe bei Kindeswohlgefährdung, 2004) aufgenommen wurden.

## **b) Dissens zwischen Helfer/in und Fachberater/In**

Ziel der Bewertungsphase ist eine gemeinsame, zwischen Helfer/in und „insoweit erfahrener Fachkraft“ geteilte Problemsicht über Vorliegen und Ausmaß einer Kindeswohlgefährdung und über notwendige Handlungsschritte.

Im Falle unterschiedlicher Einschätzungen — eines Dissenses zwischen Helfer/in und Fachberater/In —, ist dies klar zu benennen. Beide sollten sich um eine Klärung bemühen. Zu empfehlen sind ein weiterer Beratungstermin und/oder die Einbeziehung einer weiteren, besonders qualifizierten Fachkraft, die zu einer Klärung beitragen kann.

Eine Einbeziehung des Jugendamts gegen den Willen der Helfer/in erscheint nicht sinnvoll, da es sich bei der Fachberatung um Informationen handelt, die im Vertrauen mitgeteilt wurden, also schützenswert sind. Die Vertraulichkeit sollte gewahrt bleiben.<sup>14</sup> Die Fallverantwortung für den Hilfeprozess liegt in den Händen der Fall führenden Fachkraft (bzw. der Jugendhilfeeinrichtung).

Dennoch sind Grenzfälle konstruierbar, in denen sich für die „insoweit erfahrene Fachkraft“ auch die Frage der ethischen Verantwortung stellt. In einer solchen, von der Norm abweichenden Grenzsituation, kann dies zu einer Einbeziehung der Hierarchieebene des entsprechenden Jugendhilfeträgers oder zu einer Einbeziehung des Jugendamts gegen den Willen (aber mit dem Wissen) des/der Rat suchenden Helfers/Helferin führen. Dies sollte jedoch vorher in der Supervision oder Fallbesprechung reflektiert werden, weil der Vertrauensschutz der wesentliche Standard einer jeden beratenden oder therapeutischen Arbeit ist.

## **c) Planung des weiteren Vorgehens**

### *Keine Gefährdung*

Wenn keine Kindeswohlgefährdung gesehen wird, kann die Fachberatung beendet werden. Oft besteht jedoch weiterer Hilfebedarf für die Familie. Die Annahme angebotener Hilfen ist dann jedoch freiwillig und liegt in der Entscheidung der Familie.

### *Keine akute Gefährdung:*

Wenn keine akute Gefährdung vorliegt, jedoch prognostisch Gefährdungen zu befürchten sind, entsteht verpflichtender Handlungsbedarf. Den Eltern und Kindern wird Hilfe und Unterstützung angeboten. Die Situation muss sich ändern, um zukünftige Gefährdungen abzuwenden zu können. Die Wirkung dieser Hilfen muss überprüft werden. Das Ausmaß der Gefährdung sollte im Sinne einer prozessorientierten Bewertung im Hilfeverlauf kontinuierlich mit Unterstützung der „insoweit erfahrene Fachkraft“ reflektiert werden, da sich aufgrund von neuen familiären Krisen die Gefährdungslage des Kindes verändern kann.

### *Akute Gefährdung*

Von einer akuten Gefährdung ist auszugehen, wenn:

- eine gegenwärtige erhebliche Gefährdung vorliegt,
- Zugänge zum Kind verwehrt werden,
- und/oder eine gemeinsame Problemsicht mit Eltern nicht herzustellen ist,
- und/oder die Eltern keine Akzeptanz zeigen, Hilfe in Anspruch zu nehmen,
- und/oder die Hilfen nicht geeignet sind, um die Gefährdung abzuwenden.

Wenn die Gesamtbewertung zu der Befürchtung Anlass gibt, dass die Sicherheit des Kindes nicht mehr gewährleistet ist, müssen das Jugendamt und/oder ggf. andere Institutionen einbezogen werden. Den Eltern wird mitgeteilt, dass das Jugendamt informiert wird und welche Informationen weitergegeben werden.

An dieser Stelle ist der Prozess der Fachberatung (wichtig: nicht der Hilfeprozess in der Jugendhilfeeinrichtung) nach § a SGB VIII beendet. Dies sollte gemeinsam von Helfer/in und

„insoweit erfahrener Fachkraft“ beschlossen werden. Für eine weiterführende Begleitung ist ein neuer Kontrakt notwendig.

## **VI. Einbeziehung des Jugendamtes**

Eine Überleitung an das Jugendamt ist für Helfer/innen und Eltern nicht selten eine belastende Situation. Oft wird sie von Helfer/inne/n wie ein Verrat an Eltern und Kindern erlebt, die sich selbst verraten fühlen.

Unsere Erfahrungen zeigen, dass die Beziehung zwischen Helfer/innen und Familie nach Einbeziehung des Jugendamts — entgegen der anfänglichen Befürchtung, Eltern würden den Kontakt abbrechen — oft nicht beendet wird, eventuell wird sie nur unterbrochen. Manche Eltern wenden sich zu einem späteren Zeitpunkt mit der erneuten Bitte um Unterstützung an das Kinderschutzzentrum.

Der Schritt, dem Jugendamt die Sorge um das Kind mitzuteilen, kann eine Form der Beziehungsklärung sein, die von Eltern als neues Beziehungsangebot erlebt wird, das neue Hilfsperspektiven eröffnen kann. Entscheidend ist die innere Haltung der Helfer/innen. Die Botschaft an Eltern sollte sein: „Ich Sorge mich um Dein Kind, angekündigte Konsequenzen werden umgesetzt, ich nehme mich, euch und euer Kind ernst.“

Empathisch sein und konfrontieren, an Verantwortung erinnern, verstehen und den Konflikt wagen, dies ist die Haltung, mit der der Schutzauftrag der Kinder- und Jugendhilfe umgesetzt werden soll. Dieses Beziehungsangebot trägt dazu bei, dass Eltern die Überleitung an das Jugendamt als Chance und nicht als Verrat begreifen.

A V

Das Elterngespräch – schwieriges  
zur Sprache bringen aber wie

# A V Das Elterngespräch – schwieriges zur Sprache bringen aber wie

---

## 1. Gesprächsvorbereitung

Warum will ich das Gespräch führen?

Welche Informationen liegen mir vor?

Durch welche Kriterien war bisher meine Beziehung zu den Eltern geprägt?

### Hintergrundwissen:

In dieser gefühlsmäßig sehr zugespitzten Situation fürchten Eltern den Kontakt mit jeglichen Institutionen - aus Angst vor Strafe, vor dem Verlust ihres Kindes und auch, um Scham- und Schuldgefühle zu vermeiden

Eltern sind häufig ambivalent, weil sie Hilfe möchten und zugleich Angst vor der dringend gewünschten Hilfe haben. Sie sind misstrauisch, sich zu öffnen und eine vertrauenswürdige Beziehung zuzulassen.

Es ist davon auszugehen, dass sich Eltern nur schwer oder gar nicht öffnen, keine Hilfe in Anspruch nehmen und ihre Probleme am liebsten nach außen hin negieren bzw. bagatellisieren wollen.

## 2. Gesprächsphase

### Kontakt herstellen, halten und Beziehungen entwickeln

- Kontakt zur Familie herzustellen
- Sprechweise sollte beschreibend und nicht bewertend sein.
- Interesse dafür zu signalisieren, was den Alltag der Familie ausmacht
- Klar sagen, was von den Eltern erwartet wird.
- Den Eltern kann zugesichert werden, nichts hinter ihrem Rücken zu tun.
- Angst der Eltern ansprechen

### Konflikte und Auffälligkeiten klar benennen

- Klar benennen, welche Auffälligkeiten das Kind hat
- Interesse zeigen, gerade darüber mit den Eltern zu sprechen
- Versuchen, Affekte mit Worten zu besetzen und eine Sprache dafür zu finden.

- Die Eltern unterstützen, sich in ihr Kind einzufühlen und tieferes Verständnis für seine Bedürfnisse zu entwickeln.

### **3. Abschlussphase:**

Über welche Ressourcen verfügen die Eltern?

Wie gestaltet sich die (neue) Beziehung?

Vereinbarungen von Maßnahmen / Schutzplänen treffen

Es ist wichtig, nach dem Gespräch zu einer Vereinbarung zu kommen. Sie kann die Notwendigkeit weiterer Gespräche und deren Ziel betreffen und Angebote beinhalten.

Wichtig ist es, Schutzpläne zur Verhinderung neuer Vorfälle zu vereinbaren.

# Literaturhinweise

---

## **Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung**

**Kinderschutz-Zentrum Berlin e.V. (Hg.):** Kindeswohlgefährdung. Erkennen und Helfen. Berlin. Fuldaer Verlagsanstalt GmbH & Co. KG, 2009

**Bundesarbeitsgemeinschaft der Kinderschutz-Zentren e.V. (Hg.):** Kindheit mit psychisch belasteten und süchtigen Eltern. Kinderschutz durch interdisziplinäre Kooperation. Köln, 2011

**Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz (Hg.):** Sachsen: Kinderschutz ganz praktisch. Umsetzung des Sächsischen Handlungskonzeptes für präventiven Kinderschutz. Dresden. Thomas Verlag und Druckerei GmbH, 2010

**Techniker Krankenkasse, Landesvertretung NRW (Hg.):** Gewalt gegen Kinder. Ein Leitfaden für Früherkennung, Handlungsmöglichkeiten und Kooperation. Düsseldorf, 2011

**Interdisziplinäre Arbeitsgruppe Kinderschutz bei Kindesmisshandlung am Universitätsklinikum AoR. Department für Frauen- und Kindermedizin (Hg.):** Handlungsrichtlinien bei Verdacht auf körperliche Misshandlung, sexuellen Missbrauch, bedrohliche Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen. Leipzig, 2013

**Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften (AWMF) (Hg.):** Leitlinie der deutschen Gesellschaft für Sozialpädiatrie und Jugendmedizin.

[www.kindesmisshandlung.de/mediapool/32/328527/data/AWMF-S2\\_Leitlinie\\_Kinderschutz\\_2008-2009.pdf](http://www.kindesmisshandlung.de/mediapool/32/328527/data/AWMF-S2_Leitlinie_Kinderschutz_2008-2009.pdf)

**Beneke, Doris (Hg.):** Expertise „Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung“ - Anforderungen an Träger von Kindertageseinrichtungen

**Brazelton, Greenspan (Hg.):** Die sieben Grundbedürfnisse von Kindern. Was jedes Kind braucht, um gesund aufzuwachsen, gut zu lernen und glücklich zu sein. Weinheim und Basel, 2008

**Sächsische Landesärztekammer (Hg.):** Gewalt gegen Kinder – Misshandlung Minderjähriger, 2. Aktualisierte Auflage. Dresden, 2006

**Dettmeyer, Thyen (Hg.):** Kindesmisshandlung. Medizinische Diagnostik, Intervention und rechtliche Grundlagen. Berlin, Heidelberg, 2010

**Kindler, Lillig, Blüm, Meysen, Werner (Hg.):** Handbuch Kindeswohlgefährdung nach §1666BGB und Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD) München. Deutsches Jugendinstitut e.V.

**Maywald, Jörg (Hg.):** Kinderschutz in der Kita. Ein praktischer Leitfaden für Erzieherinnen. Freiburg im Breisgau, 2009

**Schader, Heike (Hg.):** Risikoabschätzung bei Kindeswohlgefährdung. Ein systemisches Handbuch. Weinheim/Basel, 2012

**Schone, Gintzel, Jordan, Kalscheuer, Münder (Hg.):** Kinder in Not. Vernachlässigung im frühen Kindesalter und Perspektiven sozialer Arbeit. Münster, 1997

Ziegenhain, Ute; Fegert, Jörg (Hg.): Kindeswohlgefährdung und Vernachlässigung. München, 2008

### **Kommunikation**

**Conen, Marie-Luise (Hg.):** Wo keine Hoffnung ist, muss man sie erfinden. Heidelberg, 2011

**Conen, Marie-Luise (Hg.):** Wie kann ich Ihnen helfen, mich wieder loszuwerden? Beratung in Zwangskontexten. Heidelberg, 2007



**Schulz von Thun (Hg.):** Miteinander reden 1-3, 2008

**Weinberger S. (Hg.):** Klientenzentrierte Gesprächsführung. Weinheim, 2008

**Kindl-Beilfuß, Carmen (Hg.):** Fragen können wie Küsse schmecken. Systemische Fragetechniken für Anfänger und Fortgeschrittene. 4.Auflage. Heidelberg, 2013

**Haug-Benien, R. (Hg.):** Kollegiale Beratung-Ein Fall nicht nur für zwei. 3. Auflage. Heidelberger Institut Beruf und Arbeit, 1998

# Herausgegeben von:

---

**Landratsamt Landkreis Leipzig**  
Jugendamt

---



## **Ansprechpartnerin:**

Koordinatorin Netzwerk für Kinderschutz und Frühe Hilfen  
Karl-Marx-Straße 22, Haus 2  
04668 Grimma

Tel.: 03437 / 984-2352  
E-Mail: [kinderschutz@lk-l.de](mailto:kinderschutz@lk-l.de)

Redaktion: Anke Thomas  
Susanne Weiße  
Kristin Jarke

Mit freundlicher Unterstützung und Förderung durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz sowie der Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Vervielfältigungen, auch auszugsweise, sind nur mit Quellangabe gestattet.

Stand: April 2016